



ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT.

***Das Regierungsprogramm
der SPD Niedersachsen
2017-2022.***



Liebe Wählerinnen und Wähler!

Am 15. Oktober 2017 finden in Niedersachsen vorgezogene Landtagswahlen statt. Das ist die Folge höchst undurchsichtiger Vorgänge, die mit Recht viele Menschen in unserem Land empört haben. Auch darüber wird vor den Wahlen zu reden sein, aber noch wichtiger ist der niedersächsischen SPD etwas anderes: Die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen.

Wir blicken dabei zurück auf eine sehr erfolgreiche Phase unserer Landesentwicklung. Die rot-grüne Mehrheit hat Niedersachsen in vielen Bereichen deutlich voran gebracht. Wir haben eine Rekordbeschäftigung, wir haben den Haushalt saniert, wir haben das Turbo-Abitur und die Studiengebühren abgeschafft und vieles mehr.

Auf dieser Grundlage können wir die Zukunft unseres Landes mit Zuversicht angehen. Wir wollen Bildung und Qualifizierung ausbauen und über alle Stufen hinweg Ausbildung in Niedersachsen gebührenfrei stellen. Wir brauchen gut ausgebildete Menschen, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Wir stehen für Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur – von der Krankenhaussanierung über den Straßenbau bis zu den Datennetzen.

Und, das ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig: Wir konzentrieren uns auf alles, was den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Wir wollen uns gemeinsam für eine gute Zukunft Niedersachsens anstrengen!

Auf dieser Grundlage werden wir auch in den nächsten Jahren arbeiten und bitten dafür um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.



Ihr

STEPHAN WEIL

Landesvorsitzender und Ministerpräsident

Inhalt

1. NIEDERSACHSEN: AUF GUTEM WEG.

1.1	Die Zukunft beginnt heute	9
1.2	Bildung hat Vorrang	12
1.3	Niemand bleibt zurück	14
1.4	Freiheit braucht Sicherheit	17
1.5	Stabile Finanzen ohne neue Schulden	19

2. DIE LEITPROJEKTE: ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT.

2.1	Gebührenfreie Bildung in Niedersachsen	22
2.2	Investitionen in Niedersachsens soziale Infrastruktur	24
2.3	Moderne Verkehrsinfrastruktur	27
2.4	Zukunft der ländlichen Räume	29

3. JUNGES LEBEN IN NIEDERSACHSEN.

3.1	Familien unterstützen und beraten: Kinder schützen und fördern	34
3.2	Jugendpolitik: Zukunft und Chancengleichheit	36
3.3	Frühkindliche Bildung: mehr Qualität in Krippe und Kita	38
3.4	Gute Schule: sichern und ausbauen	40
3.5	Berufsbildende Schule: Orientierung und Chancengarantie	43
3.6	Hochschulen: offen für alle und fit für morgen	45
3.7	Berufliche und akademische Bildung gleichstellen: duale Ausbildung stärken	49
3.8	Lebenslange Bildung: politische und kulturelle Teilhabe sichern	50

4. MITEINANDER LEBEN IN NIEDERSACHSEN.

4.1	Frauen und Männer – mehr als ein kleiner Unterschied	54
4.2	Menschen mit und ohne Handicap	56
4.3	Menschen mit und ohne deutschen Pass	58
4.4	Starke Kommunen in einem starken Land	63
4.5	Wohnraum für alle	65
4.6	Pflege vor großen Herausforderungen	67
4.7	Kunst – Kultur – gemeinsam	70
4.8	Leben aktiv gestalten	71

Inhalt

5. GESUNDES LEBEN IN NIEDERSACHSEN.

5.1	Natur und Umwelt	77
5.2	Gesunde Ernährung vom Land	85
5.3	Gesundheit schützen und Gesundheit schaffen	88

6. GUTE ARBEIT UND GESUNDE WIRTSCHAFT IN NIEDERSACHSEN.

6.1	Gute Arbeit im Mittelpunkt	95
6.2	Sichere Arbeit in erfolgreichen Unternehmen	98
6.3	Energieland Nr. 1 und Land der „Smart Energy“	100
6.4	Maritime Offensive an der Küste	102
6.5	Mobilität für Land und Wirtschaft	103
6.6	Innovation ist Zukunft	106
6.7	Mittelstand und Handwerk stärken	109

7. GESCHÜTZT UND SICHER IN NIEDERSACHSEN.

7.1	Sicher leben in Stadt und Land	113
7.2	Zuwanderung aktiv steuern	118
7.3	Starker Rechtsstaat und bürgernahe Justiz	120
7.4	Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst erhalten	127
7.5	Gesunde Kassen für einen aktiven Staat	129

8. HEIMAT IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG.

8.1	Digitalisierung – mit Elan und sozialer Verantwortung	134
8.2	Starke Regionen in einem innovativen Land	139
8.3	Niedersachsen in Europa – Europa für Niedersachsen	143

9. MIT ZUVERSICHT IN EINE GUTE ZUKUNFT.

Weil
dieses
Land

Zukunft
hat.



Niedersachsen: Auf gutem Weg.

- 1. Die Zukunft beginnt heute.**
- 2. Bildung hat Vorrang.**
- 3. Niemand bleibt zurück!**
- 4. Freiheit braucht Sicherheit.**
- 5. Stabile Finanzen - ohne neue Schulden.**

Die SPD hat Wort gehalten. Sie hat einen Schlussstrich unter die dunklen Jahre der CDU/FDP-Regierung gezogen und eine neue Politik für Niedersachsen eingeleitet. Natürlich ist noch nicht alles erreicht, was vor vier Jahren bei der Übernahme der politischen Verantwortung im rot-grünen Regierungsprogramm festgelegt worden ist. Aber die Bilanz zeigt: Niedersachsen ist auf einem guten Weg.

90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung wohl in ihrem Land. Zwei Drittel sind der Ansicht, dass es mit Niedersachsen bergauf geht. Fast 70 Prozent sehen hier eine gute berufliche Perspektive und 85 Prozent sind der Ansicht, dass man in Niedersachsen gut eine Familie gründen und Kinder großziehen kann. Dazu trägt wohl auch das Vertrauen in die zukünftige gute Entwicklung der Wirtschaft und der eigenen wirtschaftlichen Lage bei. Mehr als 70 Prozent der Niedersachsen glauben, dass die Situation in ihrem Land stabil bleiben wird oder es sogar noch aufwärts geht.

Klar, dass so viele Niedersachsen gern in diesem Land leben, dazu hat auch die bisherige Politik der SPD-geführten Landesregierung wichtige Beiträge geleistet. Sie hat entscheidende Weichen gestellt, vieles auf den Weg gebracht und vieles umgesetzt. Das lässt sich an einigen ausgewählten Beispielen zeigen.

Die Zukunft beginnt heute.

Niedersachsen geht es gut. Im Herbst 2016 hatten in Niedersachsen 2,82 Millionen Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Das sind rund 200.000 mehr als 2012. Gleichzeitig war die Arbeitslosenquote im Jahresschnitt mit sechs Prozent so niedrig wie seit 36 Jahren nicht mehr. 540.000 Menschen haben ihren Arbeitsplatz in einem niedersächsischen Industrieunternehmen. Stark ist auch das Handwerk: Mit seinen rund 83.000 Betrieben, 520.000 Beschäftigten und etwa 47.000 Auszubildenden ist es für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nach der jüngsten Umfrage der Industrie- und Handelskammern blickt die niedersächsische Wirtschaft zuversichtlich in die Zukunft.

Die SPD will, dass es so bleibt. Deshalb will sie die Gegenwart gestalten. Im Zentrum ihrer Politik steht dabei das Leitbild „Gute Arbeit“ mit fairer Bezahlung. Bereits 2014 hat die SPD-geführte Landesregierung mit dem Niedersächsischen Tarifreue- und Vergabegesetz ein Mindestentgelt bei allen öffentlichen Aufträgen eingeführt. Seit 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn. In der Folge wurden in kaum einem anderen westdeutschen Land so viele Mini-jobs in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt wie in Niedersachsen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich auch für eine Regulierung der Leiharbeit eingesetzt, um Dumpinglöhne und den Ersatz von Stammbelegschaften sowie den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. Die gesetzlichen Änderungen dazu sind 2017 in Kraft getreten.

Wer gute Arbeit will, muss sowohl die Rechte von Gewerkschaften, Betriebsräten und Beschäftigten als auch die Wirtschaft stärken. Das zeigen folgende Beispiele:

- 2015 ist es gelungen, dass Siemens im Deutschen Offshore-Industriezentrum in Cuxhaven an die 1.000 Arbeitsplätze schafft. Hinzu kommen viele weitere in Zulieferbetrieben.
- Im Frühjahr 2017 ist im Landkreis Friesland ein gemeinsames Projekt des niedersächsischen Energieversorgers EWE und japanischer Unternehmen gestartet, das in Zeiten Erneuerbarer Energien mit schwankender Einspeisung über einen hybriden Batteriespeicher die Stabilität der Stromversorgung absichert. Die japanische Wirtschaftsförderorganisation Nedo unterstützt das Projekt mit 24 Millionen Euro.

- Trotz großer Probleme ist es gelungen, den Umschlag des JadeWeserPort im Jahr 2016 um 13 Prozent zu steigern. Um die maritime Wirtschaft insgesamt zu stärken, hat das Land 2016 rund 55 Millionen Euro in die landeseigenen Häfen investiert.

Seit 2013 wurden 45 Projekte wirtschaftsnaher Infrastrukturprojekte in strukturschwachen Kommunen mit insgesamt rund 57,36 Millionen Euro aus EU-Mitteln und Landesgeldern gefördert. Ebenfalls seit 2013 sind mehr als 120 Millionen Euro Fördergelder für 287 Unternehmen in strukturschwachen Gebieten bewilligt worden. Damit wurden Folgeinvestitionen von 977 Millionen Euro ausgelöst, mehr als 3.300 sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze mit rund 400 Ausbildungsplätzen geschaffen und weitere 687 Arbeitsplätze im Land gesichert.

Niedersachsen ist Windenergieland Nr. 1 und Spitzenreiter bei Erneuerbaren Energien. Im Jahr 2015 stammten bereits 40 Prozent des in Niedersachsen erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien. Mit rund 9.324 Megawatt (MW) stellt das Land den größten Anteil der in Deutschland installierten Leistung aus Windenergie und konnte im Jahr 2016 mit 312 Anlagen den größten Zubau aller Länder verzeichnen. Die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Windenergie lag 2016 bei 32.000.

Zugleich hat die SPD-geführte Landesregierung den anderen Ländern und dem Bund in einem Kraftakt die Zusage abgerungen, dass keine weiteren Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben gebracht werden und eine bundesweite ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager begonnen wird.

Aber nicht nur dabei wurden Wirtschaft und Umwelt zusammengebracht. An der Ems konnte 2015 ein seit mehr als zehn Jahren schwelender Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie beendet werden: Mit dem „Masterplan Ems 2050“ werden die Wasserqualität der Ems verbessert und gleichzeitig Tausende Arbeitsplätze in der Region gesichert.

Schon heute stellt die SPD-geführte Landesregierung die Weichen für die digitale Zukunft. Der neu berufene „Digitalrat Niedersachsen“ hat die Aufgabe, Handlungsoptionen im Hinblick auf den digitalen Wandel zu benennen und die Landesregierung in Zukunftsfragen zu beraten. Er nahm im März 2017 seine Arbeit auf. Ihm gehören 20 sachkundige Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft an.

Um kleine und mittlere Unternehmen im digitalen Wandel zu fördern, unterstützt die SPD-geführte Landesregierung Existenzgründungen und neue Geschäftsmodelle unter anderem durch Pilotprojekte zu zukunftsfähigen Energiesystemen. Die zunehmende Globalisierung erfordert stetige Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE), um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Niedersachsen setzt sich deshalb für eine steuerrechtliche Anreizregelung für betriebliche FuE-Investitionen ein. Jedes forschende

kleine oder mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten soll eine Prämie in Höhe von zehn Prozent der FuE-Personalausgaben erhalten.

Die Breitbandversorgung in Niedersachsen ist aktuell besser ausgebaut als in Deutschland insgesamt – wichtige Voraussetzung für eine innovative Wirtschaft. 2016 hatten nach aktuellen Zahlen 81,1 Prozent der Haushalte mindestens 30 Megabit/Sekunde (Mbit/s), 73,0 Prozent mindestens 50 Mbit/s und 66,0 Prozent mindestens 100 Mbit/s.

Innovative Betriebe brauchen gute Fachkräfte. Darum hat die SPD-geführte Landesregierung gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern am Arbeitsmarkt 2014 eine Fachkräfteinitiative gestartet. Die Unternehmen in Niedersachsen sollen auch künftig qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden. Rund 200 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung – unter anderem auch für eine verbesserte Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Auch für eine bessere Mobilität der Menschen in Niedersachsen wurden erhebliche Mittel investiert. Für die Landesstraßen setzt die SPD-geführte Landesregierung seit 2015 jährlich 85 Millionen Euro ein. Drei nicht mehr genutzte Bahnstrecken und rund 30 Bahnhaltepunkte werden seit Anfang 2017 für den Personenverkehr reaktiviert. Dort, wo es an Schienennetzen fehlt, wird künftig die Einrichtung von Landesbuslinien mit bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr gefördert. Seit 2015 wird die Beschaffung von Omnibussen, insbesondere mit alternativen Antrieben wie Dieselhybrid- und Elektroantrieb, wieder unterstützt. Die Förderung von Bürgerbussen ist seit 2013 deutlich angehoben worden. Schließlich wird auch der Schülerverkehr mit garantierten Finanzhilfen von 90 Millionen Euro pro Jahr gefördert.

Um dem besonderen Bedarf der unterschiedlichen Regionen gerecht zu werden, hat die SPD-geführte Landesregierung das neue Instrument der regionalen Landesentwicklung geschaffen. Damit wurde ein besserer Zuschnitt der EU-Förderung auf die regionalen Bedürfnisse erreicht. Niedersachsen hat als einziges Land in Deutschland ein Multifondsprogramm, das alle europäischen Förderprogramme koordiniert. Die regionalen Handlungsstrategien sorgen dafür, dass diese Förderung in den Regionen maßgeschneidert umgesetzt wird. Dafür wurden die Ämter für regionale Landesentwicklung an den Standorten Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg als wichtige Ansprechpartner etabliert. Die EU-Förderung wird so nicht nur umfassend zwischen den Ebenen verzahnt, sondern vor Ort werden auch möglichst viele regionale Akteure mit einbezogen. Mit dem Südniedersachsen-Programm fließen 100 Millionen Euro für regional besonders bedeutsame Projekte zusätzlich in das noch strukturschwache Südniedersachsen.

Bildung hat Vorrang.

GUTE BILDUNG IST VORAUSSETZUNG...

...für eine selbstbestimmte Zukunft und gesellschaftliche Teilhabe. Sie garantiert eine gerechte Gesellschaft, in der alle ihre Talente frei entfalten können. Sie steht im Mittelpunkt der SPD-Politik und deshalb gab es in den vergangenen fünf Jahren hier besondere Bemühungen.

In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land und Kommunen wurde der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllt. Seit 2013 sind mehr als 12.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen oder gefördert worden. Seit Januar 2015 finanziert das Land eine dritte Fach- oder Betreuungskraft in Krippengruppen mit mindestens elf belegten Plätzen.

Niedersachsen hat als erstes Land die Abschaffung des G8-Modells zugunsten des Abiturs nach 13 Jahren beschlossen. Mit dem Schuljahr 2018/19 beginnt wieder eine dreijährige Oberstufe. Damit ist dem starken Wunsch von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern nach einem entspannten Schulalltag entsprochen worden. Die Benachteiligung niedersächsischer Abiturientinnen und Abiturienten gegenüber den Schülerinnen und Schülern der meisten anderen Bundesländer soll durch die Abschaffung des fünften Prüfungsfachs beseitigt werden.

Die SPD-geführte Landesregierung hat Ganztagschulen massiv ausgebaut. So wird eine bessere Förderung der Kinder erreicht und für die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Der Faktor zur Berechnung des Ganztagszusatzbedarfs wurde zum Schuljahr 2014/15 deutlich angehoben und damit eine erhebliche und notwendige Qualitätsverbesserung erzielt. Das beanspruchte in der Zeit von 2014 bis 2017 insgesamt 434 Millionen Euro. Mit einem Ausbaustand von mehr als 60 Prozent hat Niedersachsen in der Ganztagschulentwicklung bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen.

Zwischen 2012 und 2017 stieg die Zahl der Vollzeitlehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen um fast 2.000 auf 72.013, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Schülerinnen und Schüler um rund 60.000 gesunken ist. Das ist der höchste Stand an Lehrkräften seit

dem Jahr 2000. Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich von 14,7 Lernende pro Lehrkraft im Schuljahr 2010/2011 auf 13,3 Lernende pro Lehrkraft im Schuljahr 2014/2015 verbessert.

2016 wurden rund 500 weitere Vollzeitstellen unbefristet für schulische Sozialarbeit an den rund 650 Haupt-, Real-, Ober- und Gesamtschulen eingerichtet. Zuvor waren bereits 100 Vollzeitstellen an 160 Grundschulen geschaffen worden, die besonders viele Kinder mit Fluchtgeschichte betreuen. Die meisten Ganztagschulen sind damit dauerhaft mit sozial-pädagogischen Fachkräften ausgestattet.

Alle Menschen müssen unabhängig von ihren sprachlichen, geistigen oder körperlichen Voraussetzungen ihre Talente entfalten können. Deshalb begleitet das Land die Inklusion in den Schulen mit umfangreichen Ressourcen und deutlich gesteigerter Personalausstattung. 986 Millionen Euro wurden zwischen 2013 und 2016 hierfür bereitgestellt. Schritt für Schritt sollen Förderschullehrerinnen und -lehrer nicht mehr an verschiedenen Schulen unterrichten, sondern an einer Schule in multiprofessionellen Teams oder in eigenverantwortlichem Unterricht eingesetzt werden.

Die Integration geflüchteter Kinder und junger Menschen wurde zwischen 2014 und 2017 kontinuierlich vorangebracht. Für Sprachfördermaßnahmen stellt das Land im Zeitraum 2017 bis 2021 Personalressourcen in Höhe von umgerechnet 713 Millionen Euro zur Verfügung.

Die SPD-geführte Landesregierung hat mit der Abschaffung der Studiengebühren die Voraussetzung für einen gerechten Zugang zu den Hochschulen geschaffen. Die wegfallenden Studiengebühren werden durch „Studienqualitätsmittel“ vollständig kompensiert. Dafür stellt das Land zum Beispiel im Jahr 2017 mehr als 150 Millionen Euro zur Verfügung und gewährleistet so gute Studienbedingungen auch bei gestiegenen Studierendenzahlen. Denn noch nie haben so viele Menschen in Niedersachsen studiert wie heute. Im Wintersemester 2016/2017 wurde mit 205.497 Studierenden ein historischer Höchstwert erreicht. Seit 2013 ist die Anzahl der Studierenden um 21,1 Prozent gestiegen.

Um den Hochschulzugang für Berufstätige mit und ohne Abitur zu unterstützen, stellt das Land bis zum Jahr 2020 10,6 Millionen Euro aus Europamitteln und weitere 2,5 Millionen Euro aus dem Landesetat bereit. Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm wurden die Mittel für Fachhochschulen um 64 Millionen Euro angehoben, damit mehr Studienplätze und Professorenstellen eingerichtet werden konnten. Für die Sanierung der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen stellt das Land in den kommenden Jahren die notwendigen Mittel für eine Generalsanierung zur Verfügung.

Die Kulturförderung wird von 2013 bis 2018 um mehr als 18 Prozent auf 235 Millionen Euro erhöht.

Niemand bleibt zurück!

DIE SPD STEHT FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT,...

...in der Schwächeren geholfen wird und in der alle Menschen Chancen auf eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens erhalten. Diese Überzeugung schlägt sich in der Politik des Landes an vielen Stellen nieder – für die Menschen in Niedersachsen.

Eine besondere Herausforderung im Flächenland Niedersachsen ist es, Pflege sicherzustellen. Daher hat die SPD-geführte Landesregierung ein groß angelegtes Förderprogramm zur Stärkung der ambulanten Pflege in den ländlichen Räumen auf den Weg gebracht und mit jährlich sechs Millionen Euro ausgestattet. Mit dem Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen wurde die Gründung ambulant betreuter Wohngemeinschaften vereinfacht.

Die Versorgung in der ambulanten und stationären Pflege wurde insgesamt verbessert. Im ambulanten Bereich ist die Zahl der Pflegekräfte von 2013 bis 2015 um 3.550 und die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege um 471 Auszubildende gestiegen. Um mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, hat die SPD-geführte Landesregierung gesetzlich geregelt, dass Auszubildende in der Altenpflege kein Schulgeld zahlen. Das Personal in den Heimen hat sich von 75.691 Pflegekräfte im Jahr 2011 auf 85.225 in 2015 erhöht. Das Land hat die Ausgaben für die Pflege gesteigert – von 157 Millionen Euro im Jahr 2012 auf rund 187 Millionen Euro 2017.

Die SPD-geführte Landesregierung hat das Gesundheitswesens gestärkt und dafür das Projekt „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ ins Leben gerufen. 2014 bis 2017 wurden gemeinsam mit der AOK Niedersachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, den Ersatzkassen, dem BKK Landesverband Mitte und der Ärztekammer Niedersachsen kommunale Strukturen und Projekte gefördert, die auf eine bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung abzielen.

Erstmals wurde der Investitionsstau in niedersächsischen Kliniken deutlich reduziert. Mit dem 2017 aufgelegten Sondervermögen investiert das Land zusammen mit einem Strukturfonds und einem jährlichen Investitionsprogramm rund 1,3 Milliarden Euro in die Krankenhäuser.

Für die Jahre 2017/2018 haben alle Landesministerien und die Staatskanzlei gemeinsam mit Betroffenen und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen 211 konkrete Schritte zu mehr Inklusion verbindlich vereinbart. Ziel ist es dabei immer, Menschen mit Behinderungen den Zugang zu ihren Menschenrechten zu eröffnen, die in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert sind. Eine wichtige Säule dieses zweijährigen „Aktionsplans Inklusion“ ist das neue Behindertengleichstellungsgesetz. Gemeinsam mit den Betroffenen und den Verbänden arbeitet die SPD-geführte Landesregierung bereits an der Weiterentwicklung des Aktionsplans für die Zeit ab 2019. Generelle Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung sollen abgeschafft werden.

In den vergangenen Jahren hat die SPD-geführte Landesregierung deutlich Hilfestellung für den sozialen Wohnungsbau geleistet. Die Zahl der geförderten Wohnungen hat sich seit 2012 fast verdoppelt und den höchsten Stand seit 2008 erreicht. Mit 113,9 Millionen Euro bewilligter Fördermitteln in 2016 wurde der Einsatz gegenüber dem Jahr 2012 sogar fast vervierfacht und der höchste Stand seit 1999 erreicht. Gemeinsam mit den Entflechtungsmitteln des Bundes stehen damit bis 2019 mehr als 800 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung.

Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt Familien, Kinder und Jugendliche durch die Förderung von Familienbüros, Mehrgenerationenhäusern, Mütterzentren oder Familienbildungsstätten. Die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen wurden mit der Wieder einföhrung des Landesjugendhilfeausschusses und der Einrichtung einer Kinderkommission deutlich gestärkt.

Durch die Einrichtung der Position der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe hat Niedersachsen der Integration besonderes Gewicht gegeben. Wie richtig dies war, hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, als viele Schutzsuchende nach Niedersachsen geflüchtet sind. Die SPD wird dafür sorgen, dass diese Menschen gesellschaftlich integriert werden. Deshalb wird Spracherwerb, Integration in Schule, Ausbildung und Arbeit sowie das Ankommen in der Gesellschaft nach den hiesigen Regeln des Miteinanders gefördert.

Bei dieser großen Aufgabe setzt die SPD-geführte Landesregierung auch auf das Engagement der niedersächsischen Gesellschaft. Mit dem DGB, den beiden großen Kirchen und den Unternehmerverbänden wurde die Initiative „Niedersachsen packt an“ gegründet. Darin engagieren sich kommunale Spitzenverbände, im Landtag vertretene Parteien, Unternehmen, zahlreiche Verbände, Organisationen und Einzelpersonen gemeinsam für die erfolgreiche Integration Geflüchteter.

Im Jahr 2015 wurde eine Reihe von Modellprojekten gestartet, um geflüchtete Menschen möglichst schnell ins Arbeitsleben zu integrieren: so das „Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“, mit dem jüngere Geflüchtete für eine Ausbildung im Handwerk gewonnen werden sollen.

Nicht nur im Bereich Integration leisten Ehrenamtliche wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit. Fast jeder zweite Mensch über 14 Jahre engagiert sich in Niedersachsen während der Freizeit freiwillig in Verbänden und Vereinen. Das Land stützt dieses bürgerschaftliche Engagement zum Beispiel mit einem Versicherungsschutz für Aktive und mit der Ehrenamtskarte.

Die SPD-geführte Landesregierung hat neue Formen der Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten entwickelt und erprobt. So fiel beim Dialogforum „Schiene Nord“ in einem demokratischen, transparenten Verfahren die Entscheidung für den Trassenverlauf zwischen Hannover und Hamburg unter den vom Dialogforum formulierten Bedingungen der Region (z. B. Vollschutz vor Bahnlärm), damit der Schienenausbau auch akzeptiert wird.

Freiheit braucht Sicherheit.

SICHERHEIT: EINE KERNAUFGABE DEUTSCHLANDS.

Für die SPD ist die Sorge um innere Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates. Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf wirkungsvollen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihres Eigentums. Dies möglichst umfassend zu gewährleisten ist das Ziel. Auch da konnte schon einiges erreicht werden.

Die Zahl der registrierten Straftaten ist in Niedersachsen zurückgegangen. 2016 wurden 561.963 Fälle in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das sind 6.507 (1,14 Prozent) Fälle weniger als im Jahr 2015. Die Aufklärungsquote bei der Gesamtkriminalität lag bei 61,41 Prozent und konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,24 Prozentpunkte leicht verbessert werden. 2007 lag die Quote noch bei 56,86 Prozent. Zugleich wurde der Stellenbestand im Polizeivollzug kontinuierlich auf jetzt 21.061 Stellen erhöht. Er befindet sich damit zurzeit auf dem Höchststand seit Gründung des Landes Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorgefahr hat die SPD-geführte Landesregierung auch in Sicherheit und Einsatzkraft der Beamten investiert. Sie werden derzeit mit neuen ballistischen Schutzwesten und First-Response-Helmen ausgerüstet. Niedersachsen ist eines der ersten Länder, das flächendeckend Tablets im Einsatz- und Streifendienst einführt und damit die schnelle Vernetzung voranbringt.

Als Wertschätzung für ihre Arbeit wurde Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erstmals seit zehn Jahren die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, an Wochenenden und Feiertagen erhöht. Diese Zulage soll in der nächsten Legislaturperiode erneut deutlich steigen: für Sonn- und Feiertagsarbeit um 25 Prozent auf 4,00 Euro pro Stunde, für Samstagsarbeit um 50 Prozent auf 1,20 Euro pro Stunde und für sonstige Arbeit zur Nachtzeit um rund 33 Prozent auf 2,40 Euro. Außerdem gibt es wieder die Heilfürsorge. Das macht für Viele eine Ersparnis zwischen 100 bis 150 Euro pro Monat aus.

Die Sicherheitsbehörden des Landes sind für die Bekämpfung und die Aufklärung des islamistischen Extremismus und Terrorismus umfangreich personell verstärkt worden. Im Bereich der Polizei wird dies flankiert durch die Einrichtung der „Ermittlungseinheiten Staatsschutz“ bei den Zentralen Kriminalinspektionen. Die „Kompetenzstelle Islamis-

mus-Prävention“ beim Innenministerium koordiniert die Maßnahmen von Verfassungsschutz, Landeskriminalamt, Justizministerium und Sozialministerium.

Die Überwachung von sogenannten Gefährdern aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum wird durch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln nach dem neuen Gefahrenabwehrgesetz verbessert. Mit dem Verbot des Vereins „Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim“ hat die SPD-geführte Landesregierung deutlich gemacht, dass sie konsequent gegen diejenigen vorgeht, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen. Das zeigt sich auch darin, dass Niedersachsen als erstes Land die Abschiebungsanordnung des Aufenthaltsgesetzes angewendet und zwei Terrorverdächtige aus Göttingen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in ihre Heimatländer abgeschoben hat.

Beim Rechts- und Linksextremismus verfolgt die SPD-geführte Landesregierung eine Strategie, die repressive und präventive Elemente kombiniert. So wird zum Beispiel die „Reichsbürgerbewegung“ genau beobachtet. Beim Landespräventionsrat wurde mit dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ ein Rahmen geschaffen, um die Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern gut abzustimmen. Polizei und Verfassungsschutz sind dabei eingebunden.

Auch der Justizbereich wurde gestärkt: 622 neuen Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten haben die Effizienz gestärkt. Für besondere Aufgabenschwerpunkte, wie die Verfolgung terroristischer und extremistischer Straftaten, wurden 177 Stellen bereitgestellt. Seit 2013 gibt es eine kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer im Strafverfahren. Sie haben nun einen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegenüber der Vollzugsbehörde, wenn die Täterin oder der Täter wieder auf freien Fuß gelangt. Gemeinsam mit anderen Ländern hat Niedersachsen erreicht, dass mit der Änderung des Strafgesetzbuches endlich auch sexuelle Handlungen ohne Einverständnis unter Strafe stehen, unabhängig von Gewalt oder der Gegenwehr. Nein heißt Nein!

Stabile Finanzen ohne neue Schulden.

SEIT 2016 MACHT DAS LAND KEINE NEUEN SCHULDEN MEHR

Seit 70 Jahren ist dies das erste Mal – und das soll dauerhaft so bleiben. Damit wird der grundgesetzliche Auftrag der Schuldenbremse vier Jahre früher als gefordert umgesetzt.

Neben vorausschauender Haushaltspolitik ist auch das Steuerrecht wichtiger Teil einer soliden und vor allem gerechten Finanzierung des Gemeinwesens. Steuergerechtigkeit setzt voraus, dass Steuergesetze gleichmäßig angewandt und vollzogen werden. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung personell verstärkt, um Steuerbetrug konsequenter verfolgen zu können. Das Land hat sich am Ankauf von Steuer-CDs aus dem Ausland beteiligt, um auch auf diesem Wege eine gesetzmäßige Besteuerung sicherzustellen. Auf Initiative des Landes geht der Bund mit Blick auf überseeische Briefkastenfirmen weiter gegen die Steuerumgehung vor.

Vorläufiges Fazit: Neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, Investitionen in Zukunftsbranchen, Vorrang für Bildung und Inklusion, Stärkung der Familien und junger Menschen, solide und stabile Finanzen: Schon wenige Beispiele machen deutlich, dass die SPD-geführte Landesregierung einen kraftvollen Politikwechsel vollzogen hat. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind ins Land zurückgekehrt. Mit dieser SPD-Politik hat Niedersachsen Gestaltungsspielräume zurückgewonnen und kann mit Mut und Zuversicht in die Zukunft blicken.

Weil wir
gemeinsam

alles
schaffen.



Die Leitprojekte: Zukunft und Zusammenhalt.

Mit Mut und Zuversicht für „Zukunft und Zusammenhalt“: In diesem Regierungsprogramm legt die SPD Niedersachsen ihre Ziele für die nächsten fünf Jahren fest, um das Land weiter voranzubringen. Vier Leitprojekte stehen dabei an vorderster Stelle, weil sie das Leitmotto „Zukunft und Zusammenhalt“ nachdrücklich verdeutlichen.

- 1. Gebührenfreie Bildung in Niedersachsen!**
- 2. Investitionen in Niedersachsens soziale Infrastruktur.**
- 3. Moderne Verkehrsinfrastruktur.**
- 4. Zukunft der ländlichen Räume.**

Gebührenfreie Bildung in Niedersachsen!

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich 2013 auf den Weg gemacht, die Qualität der Bildung zu verbessern und jungen Menschen die Chance für eine bestmögliche Entwicklung zu geben. Soziale Herkunft soll kein Hemmnis mehr für den Bildungserfolg sein – ebenso wenig wie die Finanzkraft der Lernenden. Mit Abschaffung der Studiengebühren und gesetzlicher Absicherung der Schulgeldfreiheit in der Altenpflege erfolgten erste wichtige Schritte. Aber noch immer verstellen finanzielle Hürden manchen Jugendlichen den Zugang zu bestmöglicher Bildung.

Eine SPD-Landesregierung wird darum weiter Anstrengungen unternehmen, um den Zugang zu Bildung letztlich gebührenfrei und damit sozialer und gerechter zu gestalten. Dafür sollen rund 240 Millionen Euro zur Verfügung stehen. In einem weiteren Schritt wird die SPD – soweit finanziell machbar – die schrittweise Einführung der Lernmittelfreiheit prüfen.

GEBÜHRENFREIHEIT IN KINDERTAGESSTÄTTEN

Das dritte Jahr ist bereits beitragsfrei, deshalb wird eine SPD-Landesregierung bis 2019 stufenweise die Beitragsfreiheit auch für das erste und zweite Kita-Jahr einführen. Das stärkt den Anreiz zu frühkindlicher Bildung und eröffnet allen Kindern frühzeitig gleiche Bildungschancen. Es entlastet Familien finanziell und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den Kommunen und freien Trägern von Kitas werden die Kosten über eine Pauschale erstattet.

SCHULGELDFREIHEIT IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Eine SPD-Landesregierung wird das Niedersächsische Schulgesetz mit dem Ziel novellieren, Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in der Ergotherapie, der PTA, den Erzieherberufen und der Sozialassistenz einzuführen. Auf Bundesebene wird sie sich dafür engagieren, auch Gesundheitsfachberufe in der Zuständigkeit des Bundes wie MTA, Logopädie, Physiotherapie und Hebammen gebührenfrei zu stellen. Bis dies erfolgt ist, wird das Land Niedersachsen diese Schulgelder finanzieren und damit den Gesundheitsstandort Niedersachsen durch ausreichende gut ausgebildete Fachkräfte zukunftssicher machen.

Gebühren in der beruflichen Bildung, an Schulen in freier Trägerschaft, stellen nicht nur für Einzelne oft erhebliche Hürden dar. Sie sind auch vor dem Hintergrund einer inklusiven, alternden Gesellschaft und einem deshalb wachsenden Fachkräftebedarf kontraproduktiv.

GEBÜHRENFREIE MEISTERAUSBILDUNG

Eine SPD-Landesregierung wird die Lehrgangs- und Prüfungskosten bei der Meisterausbildung zu 100 Prozent über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) bezuschussen. Darüber hinaus erfolgt eine Förderung zum Unterhalt. Die SPD fordert beim Bund eine gesetzliche Neuregelung zu den Darlehensbedingungen des § 13b AFBG.

Während Ausbildung und Prüfung an der Technikerschule in Hildesheim im Bereich Holztechnik oder Holzgestaltung gebührenfrei sind, verursacht zum Beispiel die Abschlussprüfung einer zukünftigen Tischlermeisterin Kosten. Das darf so nicht bleiben. Eine SPD-Landesregierung will Handwerk und Mittelstand stärken, Anreize für die Meisterausbildung setzen und die Menschen finanziell entlasten: Auch das ist ein Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Investitionen in Niedersachsens soziale Infrastruktur.

Niedersachsens Kommunen sind so vielfältig wie das Land. Gleichwertige Lebensverhältnisse gehören deshalb zum gemeinsamen Interesse von Land und Kommunen. Dies erfordert starke Städte, Kreise und Gemeinden mit guten Dienstleistungen und einer funktionierenden Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft.

Die SPD-geführte Landesregierung ist diesem Ziel durch Erhöhung des Kommunalen Finanzausgleichs sowie Unterstützungs- und Entschuldungsmaßnahmen in den vergangenen fünf Jahren entscheidend näher gekommen. Auf dieser Basis können nun neue Perspektiven für Städte, Kreise und Gemeinden eröffnet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen Gesundheit, Mobilität und Integration. Das Land muss seine Kommunen in die Lage versetzen, in diese sozialen Zukunftsthemen zu investieren. Dies ist auch jenen Kommunen zu ermöglichen, die aufgrund ihrer besonderen Struktur geringe Finanzkraft, hohe Schulden oder sogar Defizite aufweisen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in drei zentralen Bereichen investieren, um die soziale Infrastruktur zu modernisieren:

INVESTITION 1: MILLIARDEN FÜR MODERNE KRANKENHÄUSER

Die Krankenhauslandschaft steht vor einem Strukturwandel. Auch kleine Krankenhäuser müssen als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge erhalten werden, wenn sie für die medizinische Versorgung der Bevölkerung sinnvoll und notwendig sind.

Eine SPD-Landesregierung wird in den Jahren 2016 bis 2020 ein Gesamtpaket von mehr als 1,3 Milliarden Euro für Investitionen in die Niedersächsischen Krankenhäuser schaffen: Krankenhaus-Investitionsprogramm, Sonder-Investitionsprogramm zur Sicherung der Krankenhausstruktur, Förderungen über den Strukturfonds. Zusätzlich gibt das Land 2017 sowie in den Folgejahren jeweils rund 110 Millionen Euro Pauschalförderung für Kliniken, um kleinere Baumaßnahmen zu bewältigen und Großgeräte anzuschaffen.

Zusätzlich werden über ein Sondervermögen notwendige Erneuerungen bei der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin in Göttingen sichergestellt. Der

Investitionsbedarf für den Bereich der Krankenversorgung an beiden Hochschulkliniken wird derzeit auf rund 2,1 Milliarden Euro geschätzt. Im ersten Schritt sollen diesem Sondervermögen 750 Millionen Euro zugeführt werden. 600 Millionen Euro davon sind als erste Marge für die Unikliniken reserviert – mit 150 Millionen Euro wird der Sanierungsstau an anderen Hochschulen abgebaut. Zur Gesamtfinanzierung ist es erforderlich, das Sondervermögen in den nächsten Jahren mit weiteren Mitteln des Landeshaushalts auszustatten. Dazu wird sich eine SPD-Landesregierung verpflichten.

INVESTITION 2: NIEDERSACHSENFONDS FÜR KOMMUNALE HERAUSFORDERUNGEN

Eine SPD-Landesregierung wird einen „Niedersachsenfonds“ im Umfang von einer Milliarde Euro auflegen. Innerhalb von fünf Jahren sollen damit zusätzliche kommunale Investitionen in Breitband, Verkehr, Bildung, Sport und Integration finanziert werden. Im Mittelpunkt stehen finanzschwache Kommunen und solche, die sich besonderen demografischen Problemen gegenübersehen. Ziel ist es, die Stabilisierung Not leidender Kommunalhaushalte fortzusetzen und zugleich den entstandenen Investitionsstau dort abzubauen, wo der strukturelle und demografische Wandel besondere Probleme erzeugt.

Zusätzlich zu den kommunalen Investitionshilfen wird eine SPD-Landesregierung aus dem Fonds ein Programm für das Zusammenleben in Niedersachsen finanzieren. Es richtet sich ebenfalls an Städte, Kreise und Gemeinden und soll sie dabei unterstützen, die Herausforderungen des demografischen Wandels, sozialer Umbrüchen und der Integration von Zuwandernden zu bewältigen.

Auf der Basis eines landesweiten Sozial-Monitorings gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden sollen sozialintegrative Ausgaben und Investitionen in den Kommunen gefördert werden. Auch dabei liegt das Augenmerk auf einer Hilfe, die auf kommunale Selbstverwaltung anstatt bürokratischer Gängelung vertraut. Muster für dieses Programm ist deshalb der 2017 aufgelegte Aktionsplan Sekundärmigration, der in Struktur und Volumen fortgesetzt und erweitert werden soll.

INVESTITION 3: BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE

Die SPD-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um den sozialen Wohnungsbau verstärkt zu fördern. Bis zum Jahr 2019 stehen dafür mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung. Trotzdem bleiben hier weitere große Herausforderungen bestehen. Der 23. Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung 2017/2018 zeigt, dass der jährliche Bedarf an neuen Wohnungen bis 2035 durchschnittlich 14.800 Wohnungen beträgt und es dabei weiterer Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau und für Menschen mit geringem Einkommen bedarf.

Deswegen wird eine SPD-Landesregierung dafür sorgen, dass jedes Jahr mindestens 25.000 neue Wohnungen in Niedersachsen entstehen. Sie wird besonders darauf achten, dass auch im preisgünstigen Segment ausreichend Mietwohnungen geschaffen werden. Dabei werden auch weitere Anreize geprüft – zum Beispiel Landeszuschüsse für den Ankauf von Belegrechten durch Kommunen. Übergeordnetes Ziel ist es, die Wohnungsmärkte gerade für Menschen mit kleinem Einkommen möglichst zu entspannen.

Häufig ist fehlendes Bauland ein wesentliches Hemmnis für den Bau günstiger Mietwohnungen. Die SPD appelliert deshalb an die Kommunen, in Gebieten mit hoher Nachfrage geeignetes Bauland auch für geförderten Wohnungsbau auszuweisen. Gemeinsames Ziel von Land und Kommunen sollte sein, bei Neubaugebieten eine Quote von 20 Prozent für sozialen Wohnungsbau zu erreichen. Im Gegenzug wird eine SPD-Landesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus allgemein auch Vereinfachungen von Bauregeln prüfen und sie wird versuchen, die derzeit schnelllebigen Veränderungen der Vorgaben nach der Energieeinsparverordnung abzumildern.

Moderne Verkehrsinfrastruktur.

Im Flächenland Niedersachsen gehört der Ausbau guter Verkehrswege und des öffentlichen Personennahverkehrs zu den zentralen Dienstleistungen des Landes und der Kommunen. Für eine bessere Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wird eine SPD-Landesregierung deshalb erhebliche Mittel investieren. Sie wird

- die seit 2015 für den Ausbau von Landesstraßen jährlich eingesetzten Mittel von 85 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro erhöhen.
- drei nicht mehr genutzte Bahnstrecken und rund 30 Bahnhaltepunkte ab 2017 so schnell wie möglich für den Personenverkehr reaktivieren. Fehlen Schienenstrecken, wird die Einrichtung von Landesbuslinien mit bis zu zehn Millionen Euro jährlich gefördert.
- Nahverkehrs-Projekte wie barrierefreie Zugänge oder Ladegeräte für Elektrofahrräder und -autos an Park & Ride-Anlagen fördern. Seit 2015 wird die Beschaffung von Omnibussen wieder gefördert, seit 2013 ist die Förderung von Bürgerbussen deutlich gestiegen. Für Fahrzeuge mit alternativen Dieselhybrid- und Elektroantrieb gibt es dabei mehr Geld als für solche mit herkömmlichem Dieselmotor. Dies wird künftig so bleiben.

Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 ist es gelungen, deutlich mehr Bundesbaummittel als bisher für Niedersachsen zu verbuchen. Landesprojekte im vordringlichen Bedarf werden damit in den nächsten 15 Jahren auch realisiert.

Von ganz entscheidender Bedeutung werden dabei der Ausbau der Straßeninfrastruktur wie die großen Autobahnprojekte sein. Eine SPD-Landesregierung wird den Bau der A20 und A39 zügig beginnen und wesentliche Abschnitte noch in der nächsten Legislaturperiode fertigstellen. Gleiches gilt für Abschnitte der A26 und den Ausbau von A7, A2 und E233. Sie wird nach dem Start der Infrastrukturgesellschaft des Bundes die Planungen für die wichtigen niedersächsischen Autobahnen selbst vorantreiben, um zeitliche Verzögerungen zu verhindern. Weiter wird sie in den nächsten Jahren den Personalaufbau der Landesbehörde fortsetzen und zusätzliche Planungsmittel bereitstellen. Die Bundesstraßen werden dauerhaft in Landesverantwortung verbleiben.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist der dringend notwendige Ausbau der Schieneninfrastruktur. Die Anbindung an den JadeWeserPort wird in der nächsten Legislatur fertiggestellt. Durch das von der SPD-geführten Landesregierung initiierte Dialogforum Schiene Nord ist die ehemalige Y-Trasse inzwischen aus der Landesraumordnung gestrichen. Der sinnvolle Ausbau des „alpha e“ als gemeinsam entwickelte Lösung stellt die Schutzbedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt und formuliert Bedingungen für den Schienenausbau. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich eine SPD-Landesregierung gegenüber dem Bund dafür einsetzen, die im Bundesverkehrswegeplan „Schiene“ vorgesehene Beseitigung des Engpasses auf der Bahnstrecke Hannover-Bielefeld-Dortmund durch Ausbau der Strecke Haste-Löhne zu realisieren. Das Bundesverkehrsministerium hat sich mit dem alternativen Vorschlag einer Neubautrasse nicht nur über den erklärten Willen der Bevölkerung und den Protest aller betroffenen Kommunen hinweggesetzt, sondern auch die erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Natur unberücksichtigt gelassen. Eine SPD-Landesregierung wird das Vorhaben in einem Dialogprozess intensiv begleiten und die Region unterstützen.

Um dem wachsenden Güterverkehrsaufkommen gerecht zu werden, benötigen auch Wasserstraßen besondere Investitionen. Dazu gehören die dringend notwendigen Fahrinnenanpassungen der Außen-Ems und der Weser bis Brake. Auch der Ausbau der Mittelweser muss fortgesetzt werden. An dem Ziel, dass der Bund die Schleuse Lüneburg bis 2025 fertigstellt, hält eine SPD-geführte Landesregierung fest.

Neben Investitionen in Asphalt, Stahl und Beton ist auch die weitere Digitalisierung der Infrastruktur notwendig. Intelligente Verkehrslenkungs- und Leitsysteme sind nicht nur für den fließenden Verkehr wichtig, sondern auch für die Entwicklung hochautomatisierter und autonomer Fahrzeuge. Das Testfeld Niedersachsen dient dafür als ein europaweit einmaliges Beispiel und als ideale Plattform zur Weiterentwicklung dieser Technologien. Dabei steht auch das Thema Verkehrssicherheit im Fokus.

Zukunft der ländlichen Räume.

Im Flächenland Niedersachsen und seinen ländlichen Räumen sind schnelle Verbindungen im Internet und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zentrale Voraussetzungen für Teilhabe und attraktive Lebensgestaltung. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb hier Schwerpunkte setzen.

AUSBAU EINES FLÄCHENDECKENDES GIGABIT-NETZES BIS 2025

Eine zukunftssichere und leistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für die Gestaltung des digitalen Wandels und ein wichtiger Standortfaktor für Niedersachsen. Dem hat die SPD-geführte Landesregierung durch die Entwicklung einer landesweiten Breitbandstrategie Rechnung getragen, mit der durch eine Kombination von Fördermitteln und Darlehensprogrammen rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Ziel ist der flächendeckende Ausbau einer zukunftssicheren, leistungsfähigen und nachhaltigen Breitbandinfrastruktur. Die SPD steht für eine flächendeckende Versorgung zu gleichen Bedingungen in der Stadt und auf dem Land. Bis 2020 werden voraussichtlich rund 300.000 Gebäude in Niedersachsen über Breitbandanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s verfügen. Mit dieser massiven Ausbauförderung und den Eigenausbauten der Industrie ist dann eine annähernd flächendeckende Versorgung erreicht. Dies kann aber nur ein Zwischenschritt sein. Der Breitbandausbau soll künftig insbesondere in ländlichen Regionen weiter vorangetrieben werden, sofern kein hinreichender marktgetriebener Ausbau erfolgt.

Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus eine wirkungsvolle Förderkulisse für den flächendeckenden Ausbau mit glasfaserbasierter Breitbandinfrastruktur bis 2025 schaffen, mit der Übertragungen von 1.000 Mbit/s und mehr realisiert werden können. Sozio-ökonomische Schwerpunkte wie Bildungseinrichtungen, Hauptanbieter öffentlicher Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Verkehrsknotenpunkte sowie die Standorte von Unternehmen sollen vorrangig angeschlossen werden. Das Modell des „Kommunalen Breitbandnetzes“ soll dabei vermeiden, dass eine bloße Subventionierung von Investitionen in private Telekommunikationsnetze erfolgt. Ergänzend sollen zukünftig auch gemeinsame Ausbaute mehrerer Kommunen erleichtert werden.

BESSERE MOBILITÄT FÜR JUNGE MENSCHEN

Das Gesetz zur Sicherung der Ausbildungsverkehre war ein wichtiger Schritt für die Stärkung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs. Mit garantierten Finanzhilfen von 90 Millionen Euro pro Jahr wird seitdem insbesondere der Schülerverkehr in der Fläche dauerhaft gesichert. Landkreise und kreisfreie Städte haben seit Anfang 2017 mehr Gestaltungsspielraum – auch zur Finanzierung besonderer Tarifangebote für Jugendliche: Sie bekommen dauerhaft 20 Millionen Euro mehr. Damit wird vor allem der ÖPNV in den ländlichen Räumen gestärkt.

Eine SPD-Landesregierung wird insbesondere für junge Menschen das ÖPNV-Angebot noch weiter verbessern. Unser Ziel ist es, dass zukünftig alle jungen Menschen, die noch zur Schule gehen oder sich in Ausbildung befinden, im ÖPNV zu stark ermäßigten Tarifen unterwegs sein können. Für den Sekundarbereich I gibt es bereits den kostenlosen Schülerverkehr. Wir wollen die gebührenfreie Schülerbeförderung auch für den Sekundarbereich II einführen. Eltern werden bisher belastet, da im Sekundarbereich II kein kostenloser Schülerverkehr gilt. Diese Ungerechtigkeit wollen wir ändern und werden daher die gebührenfreie Schülerbeförderung im Sek.-II-Bereich analog der Regelung in der Sekundarstufe I einführen.

Schließlich streben wir die Einführung eines Landesschüler_innentickets an, welches Auszubildende (einschließlich schulischer Azubis) und Menschen, die einen Bundesfreiwilligendienst, ein FSJ oder einen anderen Freiwilligendienst absolvieren, einschließt.

Weil Menschsein



kinderleicht
sein muss.

Junges Leben in Niedersachsen.

- 1. Familien unterstützen und beraten: Kinder schützen und fördern.**
- 2. Jugendpolitik: Zukunft und Chancengleichheit.**
- 3. Frühkindliche Bildung: mehr Qualität in Krippe und Kita.**
- 4. Gute Schule: sichern und ausbauen.**
- 5. Berufsbildende Schule: Orientierung und Chancengarantie.**
- 6. Hochschulen: offen für alle und fit für morgen.**
- 7. Berufliche und akademische Bildung gleichstellen:
duale Ausbildung stärken.**
- 8. Lebenslange Bildung: politische und kulturelle Teilhabe sichern.**

Die SPD hat die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich vorangebracht. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind nach Niedersachsen zurückgekehrt. Die frühkindliche Erziehung wurde ausgebaut, die Einrichtung von Ganztagschulen vorangetrieben und die von Gesamtschulen erleichtert, die Familienhilfe intensiviert. Landesjugendhilfeausschuss, Landesjugendamt und Landeszentrals für politische Bildung sind wiederbelebt und die Kinderkommission verankert. Die Qualitätsentwicklung von Kinder- und Jugendhilfe sowie von Jugendarbeit wurde als Modellvorhaben im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung fest eingerichtet.

Der klassische Bildungsauftrag der Schule korrespondiert aus Sicht der SPD dabei mit dem eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Die nicht an einen formalen Rahmen gebundenen Bildungsinhalte dort sollen auch für die jungen Menschen geeignet sein, die bisher nicht oder nicht ausreichend erreicht wurden oder die als Geflüchtete nach Niedersachsen gekommen sind.

Eine SPD-Landesregierung wird diese Politik konsequent gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und allen anderen daran beteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen und Verbänden fortsetzen. Sie wird sich dabei an den Bedürfnissen junger Menschen und ihrer Familien orientieren. Sie wird gesellschaftliche Phänomene wie den demografischen Wandel und die Digitalisierung berücksichtigen. Sie will den Anforderungen der Integration von jungen, geflüchteten Menschen und des Kinderschutzes gerecht werden. Und sie wird das Konzept für die Bildungspolitik sowie die Kinder- und Jugendpolitik so ausgestalten, dass alle Kinder und Jugendliche optimal gefördert und finanzielle Barrieren abgebaut werden. Dazu gehört auch das Leitprojekt der gebührenfreien Bildung in Niedersachsen.

Familien unterstützen und beraten: Kinder schützen und fördern.

Familie ist für die SPD der Ort, an dem Menschen verschiedener Generationen füreinander Sorge tragen – egal ob alleinerziehend, verheiratet, in Partnerschaft oder zusammenlebend. Die SPD richtet ihren Blick dabei auf Familien mit Kindern – vergisst aber auch Familien nicht, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen.

Familien brauchen neben dem Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen für unter Dreijährige vor allem Informationen über alle weiteren Facetten von Kinderbetreuung – über Sport, Elterngeld oder Elternzeit. Eine SPD-Landesregierung wird die Angebote dafür ausbauen; dazu gehört auch ein neuer Service im Internet – eine Väter-App und eine Elterninfo-App. Die SPD wird die Einrichtungen der Familienbildung zur Unterstützung für alle Familien fördern und Familienzentren entwickeln. Dabei geht es besonders um folgende Zielgruppen:

- Junge Mütter und Teenager, auch Alleinerziehende und Schwangere, brauchen Beratung und Hilfe. Hier fehlen Einrichtungen vor allem im ländlichen Raum.
- Immer mehr berufstätige Väter gehen in Elternzeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für sie aber noch immer nicht leicht. Das Handlungskonzept „Aktive Väter“ wird deshalb fortgesetzt. Neue Programme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter werden aufgelegt, kleine und mittlere Unternehmen bei Maßnahmen für Familien, vor allem der Väterfreundlichkeit, unterstützt.

GEGEN DIE ARMUT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Der SPD ist schmerzlich bewusst, dass sich der Anteil armer oder von Armut bedrohter Kinder seit Jahren auf hohem Niveau hält. Armut wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus: Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten in und außerhalb der Schule sind eingeschränkt. Arme Kinder leiden unter Nachteilen, die ihre Entwicklungschancen deutlich beeinträchtigen: bei der Grundversorgung mit Nahrung und Kleidung, in sozialen Beziehungen, bei der Gesundheit und kulturellen Teilhabe.

Kinder und Jugendliche büßen dabei für die Armut ihrer Eltern. Ziel der SPD-Sozial- und Wirtschaftspolitik ist es, Eltern so abzusichern, dass sie ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Darüber hinaus genießen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe erhalten oder deren Eltern Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, einen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen. Auch Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz begründet diesen Anspruch.

Das Netz von Institutionen, die Familien, Kindern und Jugendlichen zur Seite stehen, muss so verdichtet werden, dass jede Familie die Hilfe bekommt, die sie braucht. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb ein Kinderschutzgesetz mit wirksamen Hilfestellungen für Familien auf den Weg bringen. Nötig ist weiter ein Systemwechsel in der Familienförderung, damit langfristig jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern, die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. Deshalb fordert eine SPD-Landesregierung über den Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung.

FÜR EINE KINDERGERECHTE BETREUUNGSSTRUKTUR

Die Bekämpfung von materieller Armut ist ein wichtiger Schritt – aber nicht die einzige Lösung für Kinder und deren Familien, um der Armutsfalle zu entkommen. Nötig ist neben auskömmlichen Regelsätzen eine kostenfreie Infrastruktur bei Kinderbetreuung, Bildung, Freizeit und Mobilität. Dabei kommt Einrichtungen wie Kitas, Jugendzentren und Familienberatungen eine hohe Bedeutung zu.

Auch die Ausbildung von Familienhebammen und das Konzept früher Hilfen sind Bausteine erfolgreichen Kinderschutzes. Zur Prävention sollen junge Menschen schon in der Schule über Erziehung, Kindergesundheit und Kinderschutz aufgeklärt werden. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung Formen der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und den Schulen initiieren, die ihrem gesonderten Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechen.

Jugendpolitik: Zukunft und Chancengleichheit.

Das Jugendförderungsgesetz und die Förderung der Jugendverbandsarbeit sollen den jungen Menschen gerecht werden und Ehren- wie Hauptamtlichen eine zeitgemäße Jugendarbeit ermöglichen. Deshalb will die SPD die Unterstützung und Förderung für die Vielfalt der Träger der Jugendarbeit qualitativ und quantitativ ausbauen. Dazu gehört eine Erhöhung der Zuschüsse für die Jugendverbände. Als essenzieller Bestandteil soll die Jugendarbeit in Niedersachsen im Zentrum der Politik von Kommunen, Land und Bund stehen. Die fachliche Grundlagenforschung zur politischen Steuerung sollen die Hochschulen leisten.

JUNGE MENSCHEN BRAUCHEN POLITISCHE BILDUNG

Eine SPD-Landesregierung sucht in der Jugendpolitik den Anschluss an die Kinder- und Familienpolitik und will damit jungen Menschen einen guten Übergang ins Erwachsenenalter und Teilhabe an der Gesellschaft sichern. Jugendliche brauchen Unterstützung und Bestätigung bei der Suche nach Identität, Respekt, Anerkennung und Zugehörigkeit. In dieser Phase sind sie anfällig für extremistische Gruppierungen. Allerdings sind die meisten jungen Menschen aufgeschlossen, aktiv und engagiert – sie zeigen zum Beispiel häufiger eine positivere Einstellung zu Europa und Zuwanderung als vorherige Generationen. Diese Potenziale sind für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu erschließen.

Tatsächlich leistet Jugendarbeit wesentliche Beiträge für die Zukunft der Zivilgesellschaft sowie bei Integration und Inklusion. Deshalb wurde in der laufenden Legislaturperiode das Qualitätsentwicklungsprojekt der Jugendarbeit im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung eingeführt. Eine SPD-Landesregierung wird die Jugendarbeit und den Jugendschutz im Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen.

Auf die von einer SPD-Landesregierung geplanten Einführung des „Wahlalters 16“ bei Landtagswahlen müssen junge Menschen auch politisch vorbereitet werden: Das Interesse an politischer Partizipation steigt umso mehr, je eher junge Menschen sich beteiligen und mitentscheiden dürfen.

Die Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen, sie regt zu sozialem Engagement an, wenn außerschulische und politische Bildung funktionieren. Aus diesem Grund soll die Jugendarbeit der öffentlichen und freien Träger und der Landeszentrale für politische Bildung kooperieren.

Um allen jungen Menschen interkulturelle Erfahrungen und Mobilität im Übergang von Schule zu Beruf zu ermöglichen, wird eine SPD-Landesregierung die Angebote der internationalen Jugendarbeit nutzen und die EU-Jugendstrategie umsetzen. Als besonderer Bildungsschwerpunkt gehört auch der Umgang mit Medien dazu.

ARBEIT DER KOMMUNEN UND VERBÄNDE STÄRKEN

Jugendarbeit braucht eine Vielfalt von Angeboten und Trägern: Wohlfahrtsverbände, Jugendinitiativen, Jugendverbände, Migrantjugendorganisationen etc. Dabei sind die unterschiedlichen Voraussetzungen in ländlichen Räumen und Städten zu berücksichtigen, wie dies auch die Handlungsempfehlungen des Zukunftsforschungsausschusses vorschlagen. Jugendarbeit soll sich an den zukünftigen Interessen aller jungen Menschen sowie den gesellschaftlichen Erfordernissen orientieren – und damit auch verändertes Freizeit-, Sozial- und Medienverhalten der jungen Generation abbilden. Jugendarbeit dient der Chancengleichheit.

Eine SPD-Landesregierung will die Jugendsozialarbeit gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe intensivieren. Sie wird bedarfsgerechte Angebote der Jugendsozialarbeit und sozialpädagogische Hilfestellungen auch auf die Jugendberufshilfe mit Jugendwerkstätten, Pro Active Centren (PACE) oder Produktionsschulen richten. Die Kooperation mit Jugendmigrationsdiensten wird ausgebaut. Neben der Erziehung in Pflegefamilien und in stationären Einrichtungen wird für Heranwachsende und junge Volljährige ein Förderprogramm und ein Modellprojekt für Formen des Jugendwohnens entwickelt.

Frühkindliche Bildung: mehr Qualität in Krippe und Kita.

Frühkindliche Erziehung ist das Fundament für gesunde und ganzheitliche Entwicklung von Kindern hin zu mündigen Erwachsenen. Deshalb sollen alle Kinder Zugang zu Krippe und Kita erhalten. Fehlende finanzielle Mittel im Elternhaus dürfen nicht dazu führen, dass Kindern der Besuch von Bildungseinrichtungen verwehrt bleibt. Deshalb ist es sinnvoll, zusätzlich zum bereits kostenfreien dritten Jahr stufenweise auch die Beitragsfreiheit für das erste und zweite Jahr einführen – ohne dabei die Qualitätsentwicklung zu vernachlässigen.

BEDARFSGERECHTE BETREUUNG UND MEHR QUALITÄT

Frühkindliche Bildung prägt die Entwicklung der Kinder. In der ersten Phase des Lebens werden Grundlagen für gute Bildung, besonders im Bereich der Sprachentwicklung, der Motorik, der Kognition, der Emotionalität und des sozialen Miteinanders gelegt. Eine SPD-Landesregierung wird das Platzangebot der Einrichtungen ausbauen und strebt dabei ein flächendeckendes Angebot an: Jedem Kind soll wohnortnah ein Krippen-, bzw. Kita-platz angeboten werden.

Viele Eltern sind darauf angewiesen, dass ihr Kind auch außerhalb der bestehenden Öffnungszeiten betreut wird. Dafür sollen die Vor- und Nachbetreuungszeiten der Kitas bedarfsgerecht erweitert und die Träger unterstützt werden, vom Halbtags- zum Ganztagsangebot zu kommen. Insgesamt soll die Qualität an den Kitas verbessert werden. Eine SPD-Landesregierung wird an der vollständigen Einführung einer qualifizierten dritten Kraft in den Krippen festhalten und zudem schrittweise auch im Kita-Bereich den Personal-schlüssel verbessern. Das bestehende Kindertagesstätten-Gesetz wird an die Erfordernisse der Zeit angepasst.

In sozial besonders belasteten Quartieren wird eine SPD-Landesregierung mit einer dauerhaften zusätzlichen Investition von 60 Millionen Euro für mehr Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsqualität sorgen. Zugleich soll die Sprachförderung an Kitas weiter ausgebaut werden – eine Maßnahme, die auch die Arbeit an den Grundschulen entlastet.

Durch bessere Arbeitsbedingungen wird eine SPD-Landesregierung die Attraktivität des Erzieherinnen- und Erzieherberufs steigern und mehr Ausbildungsplätze als bisher schaffen. Sie wird zugleich klären, wie die Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher den hohen Personalbedarf decken und die Ausbildungssituation verbessern kann. Sie wird Sozialassistentinnen und -assistenten ermutigen, sich als Erzieherin oder Erzieher zu qualifizieren – angemessene Vergütung und gute Weiterbildungsmöglichkeiten inklusive.

Die Lebens- und Erfahrungsvielfalt von Kindern sollte sich in Kitas widerspiegeln. Deshalb soll der Anteil männlicher Fachkräfte in den Kitas wachsen. Kinder brauchen außerdem eine individuelle Begleitung, die auf die Familienverhältnisse abgestimmt ist. Es ist allerdings festzustellen, dass Familien zunehmend Beratung und Unterstützung benötigen. Darum wird eine SPD-Landesregierung mehr Angebote für entsprechende Fort- und Weiterbildungen sowie eine verstärkte Fachberatung gestalten.

Gute Schule: sichern und ausbauen.

Bildungspolitik gehört zum Kern sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Sie ist ein Schlüssel für Gerechtigkeit und Teilhabe. Die SPD will erreichen, dass nicht mehr soziale Herkunft über Bildungserfolg und zukünftigen Lebenschancen eines Kindes bestimmt. Bei diesem Thema gibt es noch viel zu tun: Die pädagogische Qualität muss steigen; gute Arbeitsbedingungen der im Bildungssystem Beschäftigten sind kein Selbstläufer; nicht zuletzt setzt SPD-Regierungsarbeit auch hier auf weitgehende Kostenfreiheit des Bildungssystems.

KOOPERATIONSVERBOT BILDUNG MUSS FALLEN

Eine künftige SPD-Landesregierung hat wichtige Aufgaben vor sich: die Digitalisierung der Bildung, die Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte, den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels – alles kostenintensive Herausforderungen, die nicht von einem Bundesland zu schultern sind. Deshalb setzt sie sich dafür ein, dass das unsinnige Bund-Länder-Kooperationsverbot abgeschafft wird. Bundes- und länderübergreifende Unterstützungsmaßnahmen sind für eine gute Schulbildung aller Kinder unverzichtbar. Deutschland muss einen höheren Anteil seiner Wirtschaftsleistung als 4,3 Prozent in Bildung investieren. Mindestens der von der OECD ermittelte Durchschnittswert von 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist notwendig.

VON DER KITA IN DIE GRUNDSCHULE

Der Übergang von der Kita in die Schule ist für Kinder oft eine Herausforderung. Eine SPD-Landesregierung will die Rahmenbedingungen für die Kooperationen von Kindertageseinrichtungen mit Grundschulen ausbauen und dafür beiden Seiten Anreize geben. Die Fachkräfte an Grundschulen und Kitas sollen sich auf Augenhöhe begegnen.

BILDUNGSBENACHTEILIGUNG ABBAUEN

Das 2015 in Niedersachsen beschlossene Bildungschancengesetz bietet bereits viele Elemente für bessere Bildung und eine möglichst hohe Teilhabe daran. Eine SPD-Landesregierung wird Bildungsbenachteiligungen weiter abbauen.

Der Ganztagsbetrieb an Grundschulen soll ausgearbeitet werden. Gebundene Angebote und die Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse des pädagogischen Personals sollen dabei Verlässlichkeit und Qualität bieten. Gemischte Teams aus Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften können für mehr Qualität sorgen. Dazu gehört auch die Kooperation mit Kitas, Vereinen, Verbänden und weiteren Anbietern der Jugendhilfe. Die Schulträger werden bei einer Entwicklungsplanung unterstützt, die noch engere Kooperation von Schulstandorten ermöglicht. Für guten Unterricht müssen genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb bleibt eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent ein vorrangiges Ziel einer SPD-Landesregierung. Sie wird weiterhin mehr Lehrkräfte einstellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das aber bedeutet: mehr Studienplatzkapazitäten für das Lehramtsstudium an den Hochschulen. Zugleich macht das einen Ausbau der Kapazitäten der Studienseminare notwendig, um einen nahtlosen Übergang in das Referendariat zu gewährleisten. Darüber hinaus sollen die Einstiegsbedingungen für Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen vereinfacht werden.

LEHRKRÄFTE ENTLASTEN UND AUFWERTEN

Eine SPD-Landesregierung will anhand der Auswertung der Aufgabenkritik Konsequenzen ziehen und gemeinsam mit den Lehrerverbänden Erleichterungen oder auch Streichungen von Aufgaben prüfen: bei Vergleichsarbeiten, Verschlankung von Rechtsnormen, Beratung zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und Entlastung von Schulleitungen. Grundlagen dafür sollen die Ergebnisse der eingesetzten Arbeitszeitkommission liefern, die gemeinsam mit den Lehrerverbänden ausgewertet werden.

Weiter will eine SPD-Landesregierung die Tätigkeit der Grundschullehrkräfte aufwerten, um den Veränderungen durch Inklusion und Integration schon im Primarbereich Rechnung zu tragen. Dazu wird auch die Besoldung im Zusammenhang mit einer veränderten Ausbildung der Lehrkräfte überprüft. In einem ersten Schritt sollen die Leitungsstellen an allen Grundschulen auf A13 angehoben und damit das Amt der Schulleitung attraktiver gestaltet werden. Eine SPD-Landesregierung wird sicherstellen, dass es auch an kleinen Schulen die Möglichkeit gibt, durch Vertretungsregelungen die Leitung zu verbessern und dort die Erhöhung der Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben überprüfen. Außerdem werden wir schrittweise die Bezahlung von Grundschullehrkräften auf A13 anheben.

- Schulfrieden statt unproduktiver Strukturdebatten
Eine SPD-Landesregierung will unproduktive Schulstrukturdebatten beenden.
Dagegen soll überall ein breites schulisches Angebot vorgehalten werden, das den regionalen Bedürfnissen entspricht:
- Schulen werden bei der Entwicklung zu Gesamt- bzw. Oberschulen unterstützt.

- Die Umstellung auf das Abitur nach neun Gymnasialjahren (G9) und die Oberstufenumform werden behutsam weiterentwickelt.
- Bereits heute ist eine Oberstufenkooperation verschiedener zum Abitur führender Schulformen möglich.
- Wünschenswert sind stärkere Kooperationen zwischen den Schulen und Schulformen zum besseren Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II.

Eine SPD-Landesregierung schenkt der Sicherung des Fachkräftebedarfs im sogenannten MINT-Bereich mit den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik besondere Aufmerksamkeit. Dies soll entlang der gesamten Bildungskette vom schulischen Elementarbereich bis zur Hochschule gewährleistet werden.

SCHULSOZIALARBEIT FÜR ALLE SCHULFORMEN

Auf alle Schulen, besonders aber die im Ganztagsbetrieb, sind über die Bildungsarbeit hinaus neue Aufgaben für soziale Betreuung von Schülerinnen und Schülern zugekommen. Eine SPD-Landesregierung will deshalb die Schulsozialarbeit als neue Landesaufgabe langfristig ausbauen und wie beim Ganztagsbetrieb auf alle Schulformen ausweiten.

LEHRKRÄFTE BEDARFSGERECHT AUSBILDEN

Das Schulsystem unterliegt einem ständigen Wandel. Kulturelle Veränderungen der Gesellschaft, neue bildungspolitische und pädagogische Zielvorstellungen, ein anderes Schulwahlverhalten und die wachsende Heterogenität der Schülerschaft machen eine kontinuierliche Anpassung nötig. Die Arbeitsqualität der Lehrkräfte spielt dabei eine wichtige Rolle. Deswegen muss auch die Lehrer_innenausbildung auf einen neuen Prüfstand gestellt werden. Nur durch die Evaluation und Weiterentwicklung der Ausbildung von Lehrkräften kann eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsqualität an den Niedersächsischen Schulen im Zusammenspiel mit weiteren Reformen herbeigeführt werden. Insbesondere die Situation der Referendar_innen zu Beginn der Ausbildung, die mangelnde Transparenz zwischen Ausbilder_innen und Referendar_innen und das Fehlen von allgemeingültigen Anforderungen und Kriterien für die zu erbringenden Prüfungsleistungen bedürfen einer Reform. Eine SPD-Landesregierung tritt für ein modernes Lehrerbildungsgesetz ein: Lehrkräfte sollen nicht länger nach Schulformen, sondern nach pädagogischen Ansprüchen der Schulstufen ausgebildet werden. Dazu gehört auch die Ausbildung in Sonderpädagogik.

Berufsbildende Schule: Orientierung und Chancengarantie.

Berufsschulen knüpfen an die berufsorientierende Vorarbeit der allgemeinbildenden Schulen. Sie sollen junge Menschen, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen, nicht nur für das Berufsleben qualifizieren, sondern auch auf das Leben vorbereiten. Die Möglichkeit, dabei neben der beruflichen Ausbildung grundbildende und höher qualifizierte Abschlüsse zu erreichen, zeichnet die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen aus. Das bietet vielen Jugendlichen eine zweite Chance, sich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu erarbeiten. In den Sprach- und Integrationsprojekten SPRINT und SPRINT-Dual erhalten junge Flüchtlinge dafür wichtige Grundlagen.

BERUFSBILDENDE SCHULEN ALS REGIONALE KOMPETENZZENTREN

Eine SPD-Landesregierung wird die berufsbildenden Schulen an allen Standorten mit gezielten Schwerpunkten erhalten und dabei die Kooperation zwischen Schulträgern fördern: Den neuen Anforderungen der Hochtechnologie und der Digitalisierung 4.0 in der Wirtschaft wird die duale Ausbildung am besten gerecht. Deshalb wird die Aufwertung berufsbildender Schulen zu regionalen Kompetenzzentren unterstützt. Ziel ist es, ein flächendeckendes Angebot beruflicher Grundbildung zu sichern – und zugleich die Jugendlichen in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern. Damit können qualifizierte Berufe in der Fläche erhalten, die Wirtschaftskraft der Regionen gestärkt und eine wohnort- und betriebsnahe Beschulung angeboten werden.

Die Schulträger sollen nach dem Willen einer SPD-Landesregierung Instrumente für ein Regionalmanagement erhalten, um eine wohnortnahe Beschulung der Jugendlichen zu gestalten. Weiter will sie alle Schulabgänger erfassen, um ihnen eine gute Beratung und Begleitung an die Hand zu geben. Zugleich kann so die Zahl derjenigen verringert werden, die keine Ausbildung beginnen wollen oder der Berufsschulpflicht nicht nachkommen. Begleitend dazu soll die erfolgreiche Arbeit von Jugendberufsagenturen weiter flächendeckend ausgebaut werden. Zeiten der Berufsfachschulausbildung sind auf die duale Berufsausbildung anzurechnen.

Auf mindestens drei Jahre wird eine SPD-Landesregierung die Ausbildungsförderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung anheben. Falls ein Berufsabschluss zu erreichen ist, soll eine Verlängerung der Ausbildungsdauer möglich sein. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderung, die sich außerhalb der Werkstätten ausbilden lassen.

PFLEGEBERUFE IN DIE DUALE AUSBILDUNG

Mehr denn je werden junge Menschen gebraucht, die einen Beruf im Gesundheits- und Sozialwesen ergreifen wollen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb auch hier prüfen, ob sich die schulische Ausbildung in den sozialen- und Gesundheitsfachberufen zu einer dualen Ausbildung weiterentwickeln lässt: Sie garantiert die gute Verbindung von Theorie und Praxis. Dabei sind Auszubildende von Anfang an Teil der aktuellen täglichen Abläufe des Ausbildungsbetriebs. Sie sollen nicht zusätzlich durch ein Schulgeld belastet werden, sondern als angehende Fachkräfte ein Entgelt erhalten.

ENGAGIERTE LEHRKRÄFTE GESUCHT

Berufliche Bildung braucht engagierte Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler in ihrer beruflichen Perspektive unterstützen und die Unterrichtsversorgung verbessern. Wegen des wachsenden Bedarfs wird eine SPD-Landesregierung ihre Offensive für Fachkräfte in der Pflege verstärken. Die Lehrerbildung in den Studiengängen von Mangelfächern soll forciert und der Quereinstieg erleichtert werden. Ihr soll auch die Abschaffung des Numerus Clausus bei Bedarfsfächern im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zugutekommen.

Alles das ist nur mit genügend Lehrkräften umzusetzen. Deshalb gilt auch für die Berufsbildenden Schulen, dass die Unterrichtsversorgung deutlich verbessert wird.

Hochschulen: offen für alle und fit für morgen.

SPD-Hochschulpolitik steht für Hochschulautonomie, Demokratie und Exzellenz, für mehr Durchlässigkeit und Gebührenfreiheit. Unterm Strich: für gute Studienbedingungen.

Wissenschaft ist für eine moderne Gesellschaft und eine zukunftsfähige Wirtschaft unverzichtbar. Das spiegelt sich in dem deutlich gestiegenen Ressourceneinsatz für die Wissenschaft durch Bund, Land und Privatwirtschaft wider. Zugleich steigt die Erwartung der Gesellschaft an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mit ihren Erkenntnissen zur Lösung der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme beizutragen. Deshalb hat die SPD geführte Landesregierung den Hochschulentwicklungsvertrag bereits bis 2021 verlängert.

NEUE KOOPERATION VON BUND UND LÄNDERN

Bund und Länder haben mit der „Exzellenzstrategie“, dem Programm „Innovative Hochschule“ und dem „Professorinnen-Programm“ drei wichtige Vorhaben für das Wissenschaftssystem auf den Weg gebracht. Mit dem neuen Artikel 91b des Grundgesetzes zum Zusammenwirken des Bundes und der Länder bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre können beide staatlichen Ebenen jetzt dauerhaft und gemeinsam die Hochschulen unterstützen.

Eine SPD-Landesregierung unterstützt solche Projekte nicht nur ausdrücklich, sondern sucht gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern nach weiteren gemeinsamen Förderwegen für die Hochschulen – so für die uneingeschränkte Grundfinanzierung von Hochschulen mit einem substanziellen Beitrag des Bundes sowie für Bau und Sanierung von Hochschulbauten. Nur ein gemeinsames Engagement für die Wissenschaft kann entscheidende Impulse durch den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation, das Programm „Innovative Hochschule“ sowie die Exzellenzstrategie verstetigen.

KAPAZITÄTEN DER FACHHOCHSCHULEN VERBESSERT

Die SPD-geführte Landesregierung hat mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm (FEP) den Ausbau der Fachhochschulen vorangebracht und deren Grundkapazitäten ausgeweitet. Dass bedeutet wesentliche Beiträge

- zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers in die Regionen,
- zur Bindung Hochqualifizierter,
- zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit,
- zum Anstieg der Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich.

Damit wurde die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung vergrößert. Diese Durchlässigkeit soll durch Studienmodelle weiter steigen, die duale, berufsbegleitende, virtuelle Studienangebote und akademische Weiterbildungsangebote einschließen. Ferner setzt sich eine SPD-Landesregierung dafür ein, dass Bildungsleistungen im Rahmen der beruflichen Ausbildung noch besser bei akademischen Ausbildungen anerkannt werden. Wer den Meisterbrief hat, soll zukünftig automatisch für eine Masterausbildung zugelassen werden. Eine SPD-Landesregierung wird qualitätsgesicherte Promotionsnachlässe auch für forschungsstarke Bereiche an Fachhochschulen oder in Hochschulverbünden ermöglichen.

GUTE ARBEIT AUCH IN DER WISSENSCHAFT

Wissenschaft ist ein attraktives Arbeitsfeld für junge Menschen. Es bietet Chancen über die Landesgrenzen hinaus und öffnet Karrierepfade. Wissenschaft ist für manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch von kurzfristigen Arbeitsverträgen, unsicheren Arbeitsverhältnissen und unklaren Perspektiven geprägt. Durch die Absicherung der Promotionsphase ist Niedersachsen schon ein erhebliches Stück weitergekommen. Durch die Selbstbindung der Hochschulen konnten weitere Erfolge erzielt und mit dem Nachwuchsprogramm der Länder und des Bundes für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wichtige Perspektiven eröffnet werden. Voraussetzung dafür ist eine neue Balance zwischen begründbar befristeten Stellen und Dauerstellen – für wissenschaftliches Personal wie für wissenschaftsunterstützende Beschäftigte. Hierzu wird die SPD-Landesregierung darauf hinwirken, der Entfristung entgegenstehende Bedingungen in Förderrichtlinien des Bundes abzuschaffen bzw. anpassen. Eine SPD-Landesregierung will mit den Hochschulen zu Regelungen kommen, die zum Beispiel die „sachgrundlose Befristung“ ausschließen.

Besonders wichtig ist es, die Karrierechancen von Frauen in Wissenschaft und Forschung zu verbessern. Jede neue Stelle soll einen Beitrag zur Gleichstellung an den Hochschulen leisten. Deshalb soll die sogenannte Post-Doc-Phase wie schon die Promotionsphase durch verlässliche Rahmenbedingungen abgesichert und so die Durchlässigkeit der wissenschaftlichen Ausbildung, besonders für Frauen, verbessert werden.

Eine SPD-Landesregierung wird für die Fachhochschulen verlässliche Wege zur Promotion aufzubauen. Promotionskollegs an forschungsstarken Bereichen sind dafür ein guter Weg. Ausgebaut werden die akademischen Verfahren zu einer Festanstellung (Tenure-Track-Stellen), dazu Konzepte zur Personalstruktur und Karriereplanung. Gefordert sind auch Professuren neuen Typs für die Lehre, die selbstständig innerhalb der Hochschulen tätig sind und damit nachhaltig die Studienbedingungen verbessern.

Eine SPD-Landesregierung will

- die Förderung von Frauen in der Wissenschaft erweitern,
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie an Hochschulen verbessern und
- die Inklusion für Beschäftigte und Studierende in der Wissenschaft voranbringen.

GUTE INFRASTRUKTUREN FÜR DIE WISSENSCHAFT

Forschung und Lehre benötigen gute Infrastrukturen. Wettbewerbsfähig bleiben kann man aber nur, wenn Energie- und Betriebskosten nicht die Etats für Forschung und Lehre auffressen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb zumindest die bisherige Finanzierung beibehalten – sich aber darüber hinaus beim Bund im Rahmen der veränderten Kooperationsbedingungen für weitere Mittel stark machen.

Einen besonderen Schwerpunkt wird als Leitprojekt die Sanierung der universitätsmedizinischen Einrichtungen des Landes bilden. Wer für die Zukunft forscht und nach bestem Wissensstand Schwerkranke versorgt, soll dies nicht in Gebäuden der vorletzten Generation tun. In den kommenden Jahren soll deshalb eine Trendwende im Sanierungsbereich eingeleitet werden – mit Neubauprojekten für die Universitätsmedizin Göttingen und die Medizinische Hochschule Hannover (MHH).

Studierende und Studentenwerke

In Niedersachsen waren im Wintersemester 2016/17 insgesamt 205.000 Studierende immatrikuliert – 35.000 oder 20 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Damit hat die SPD-geführte Landesregierung die vornehmlich durch Studiengebühren verursachte Abwanderung junger Menschen (Brain-Drain) aus Niedersachsen gestoppt. Nun soll gemeinsam mit den Hochschulen geprüft werden, ob auch die Verwaltungskostenbeiträge an den Hochschulen auf das allgemeine bundesweite Niveau gesenkt werden können.

Studienqualitätsmittel des Landes verhelfen jungen Menschen zu einer guten wissenschaftlichen Ausbildung und ermöglichen ihnen gleichzeitig kulturelle, soziale und politische Teilhabe. Über ihre Verwendung können die Studierenden maßgeblich mitentscheiden. Die

Studentenwerke sind dabei ein wichtiger Partner. Sie stellen die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums sicher, ihre Service- und Betreuungsangebote erleichtern den Studienerfolg und den Wettbewerb um Studierende. Eine SPD-Landesregierung wird mit den Studentenwerken erneut eine Finanzhilfevereinbarung zur Förderung guter Studienbedingungen abschließen.

Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren zwar Studienplätze vermehrt, die sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen aber nicht im gleichen Maße ausgebaut. Investitionen in die soziale Infrastruktur müssen jedoch mit den steigenden Studierendenzahlen Schritt halten, um die von den Studentenwerken gebotene Qualität bei studienbegleitenden Serviceleistungen zu gewährleisten. Besonders dringend sind in Niedersachsen Investitionen zur Sanierung bestehender und Einrichtung neuer Wohnheimplätze. Eine SPD-Landesregierung wird sich stark machen für ein Bund-Länder-Programm zur Finanzierung von zusätzlichem studentischem Wohnraum. Sie wird sich dafür einsetzen, Studentenwohnheime in den Förderkatalog des Wohnraumfördergesetzes aufzunehmen und ein Landesinvestitionsprogramm für den Neubau und die Sanierung studentischer Wohnheime aufzulegen. Wohnungsprobleme dürfen nicht länger über den Studienbeginn entscheiden.

Berufliche und akademische Bildung gleichstellen: duale Ausbildung stärken.

Die duale Berufsausbildung bildet die Fachkräftebasis von Industrie und Handwerk, sie sichert die Qualität im Handwerk und die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine SPD-Landesregierung wird die duale Berufsausbildung weiter stärken und die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung auch über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen. Wo eine wohnortnahe Ausbildung nicht möglich und auswärtige Unterbringungen notwendig sind, wird sie die Auszubildenden von den Fahrtkosten entlasten.

Der Zugang zu Bildung soll kostenfrei sein. Berufliche Bildungswege und akademische Bildungswege will eine SPD-Landesregierung gleichstellen. Sie wird deshalb die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Meister-, Fachwirt- und Technikerkursen von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren befreien und das AFBG entsprechend weiterentwickeln. Sollte das auf Bundesebene nicht durchsetzbar sein, wird eine SPD-Landesregierung dies in Niedersachsen umsetzen.

Lebenslange Bildung: politische und kulturelle Teilhabe sichern.

Lebenslanges Lernen besitzt für die SPD einen hohen Stellenwert. Es verbindet das Ziel ständig neuer Qualifizierung mit den Chancen individueller Weiterentwicklung. Dabei dient die Erwachsenenbildung der Bildungsgerechtigkeit. Eine SPD-Landesregierung wird

- die Digitalisierung voranbringen,
- die Herausforderung durch die globale Wanderungsbewegung annehmen,
- die Inklusion vorantreiben,
- ein vielfältiges Erwachsenenbildungsangebot auch im ländlichen Raum vorhalten,
- die Landeszentrale für politische Bildung mit der Erwachsenenbildung vernetzen,
- den 2. Bildungsweg stärken,
- den Analphabetismus bekämpfen,
- durch Sprachkurse die Integrationsangebote verbessern.

Unverzichtbar ist der 2. Bildungsweg mit seinem flächendeckenden Angebot dafür, Schulabschlüsse nachzuholen. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die unzureichende Bezahlung der Beschäftigten in diesem Bereich mit einem höheren Landesanteil aufwerten. Sie wird damit die Kommunen unterstützen, ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nachzukommen.

Eine SPD-Landesregierung wird die drei Säulen der Erwachsenenbildung unterstützen – die kommunalen Einrichtungen, die Landeseinrichtungen mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und die Heimvolkshochschulen. Koordination und Zusammenarbeit sollen optimiert, der drohende Fachkräftemangel durch den Ausbildungsgang der pädagogischen Assistentinnen und Assistenten bekämpft und die Arbeit in der Fläche weiter verbessert werden.

Landeszentrale für politische Bildung wirbt für Demokratie

Niedersachsen verfügt seit 2016 wieder über eine Landeszentrale für politische Bildung. Das Land braucht besonders in Zeiten von Salafismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, islamistischem und rechtsextremistischem Terror eine Institution, die für Demokratie wirbt und sie stärkt. Zugleich ist rechtspopulistischen Verzerrungen der gesellschaftlichen Realität entgegenzutreten. Die Landeszentrale soll ihre Angebote auf diese Themenkreise konzentrieren und neue barrierefreie Wege für Information und Beteiligung entwickeln. Gerade im Zeitalter der sozialen Netzwerke sind neue Formate für die politische Bildung nötig.

Unter diesen Vorzeichen wird eine SPD-Landesregierung die Landeszentrale in den nächsten Jahren verstärken und Impulse für ihre inhaltliche Arbeit geben. In einem Netzwerk mit allen niedersächsischen Trägern der Erwachsenenbildung soll sie dezentral Angebote im ganzen Land organisieren. Als Impulsgeber und Partner soll sie wirksam die Zusammenarbeit der Akteure mit allen Teilen der Landesregierung ermöglichen.

Weil wir
Niedersachsen
sind:

Ja,
so
sind
wir!



Miteinander leben in Niedersachsen.

1. **Frauen und Männer – mehr als ein kleiner Unterschied.**
2. **Menschen mit und ohne Handicap.**
3. **Menschen mit und ohne deutschen Pass.**
4. **Starke Kommunen in einem starken Land.**
5. **Wohnraum für alle.**
6. **Pflege vor großen Herausforderungen.**
7. **Kunst – Kultur – gemeinsam.**
8. **Leben aktiv gestalten.**

Frauen und Männer – mehr als ein kleiner Unterschied.

GLEICHSTELLUNG IM ERWERBSLEBEN IST ÜBERFÄLLIG

Gleichstellungspolitik bedeutet gesellschaftlicher Fortschritt in kleinen Schritten. Zum Beispiel gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Diese uralte Forderung der Frauenbewegung ist bis heute nicht erfüllt worden. Die Ungleichheit in der Bezahlung (Gender Pay Gap) führt dazu, dass immer noch bei vielen Frauen die Rente nicht zum Leben reicht (Gender Pension Gap). Die SPD hat hier mit einem Entgeltgleichheitsgesetz eingegriffen. Oder mit der Einführung der 30-Prozent-Pflichtquote für Frauen in Aufsichtsgremien: Sie hat mehr Gerechtigkeit ins Erwerbsleben gebracht. Aber das reicht noch lange nicht. Deshalb wird sich eine SPD-Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Quote auf 50 Prozent erhöht und auf mehr Aufsichtsgremien angewendet wird. Auch für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen soll mit dem Gleichberechtigungsgesetz eine 50-Prozent-Quote festgeschrieben werden. Zusätzlich wird eine SPD-Landesregierung gesetzlich regeln, dass Landesgremien gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt werden.

Chancengleichheit beginnt mit der Berufsorientierung

Entscheidende Weichen für eine später gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Berufsleben werden in frühen Jahren gelegt: bei der Berufsorientierung. Um beiden Geschlechter gleiche Startchancen zu geben, wird eine SPD-Landesregierung den Zukunftstag für Mädchen und Jungen neugestalten. Bildung soll mit den Leitlinien „Mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung“ von alten Stereotypen befreit und stärker auf gerechte Berufsorientierung ausgerichtet werden.

Frauen vor Gewalt schützen

Eine SPD-Landesregierung wird schon im Bildungsbereich jeder Form von Sexismus und sexistischer Gewalt entschieden entgegentreten. Bereits heute hat Niedersachsen ein enges Netz von Unterstützungseinrichtungen geknüpft, um von Gewalt betroffenen Frauen Schutz, sichere Unterkunft und professionelle Hilfe zu bieten. Lücken zeigt dieses Netz allerdings bei

suchabhängigen und psychisch kranken Frauen: Zu ihrem Schutz wird besonderer Beistand entwickelt und gefördert.

Auch behinderte Frauen sind Gewalt ausgesetzt. Deshalb sollen Schutzeinrichtungen mit einem Investitionsprogramm barrierefrei ausgebaut werden. Andere Frauen verbleiben mit ihren Kindern zu lange in Frauenhäusern, weil sie auf dem freien Markt keine Wohnung finden. Eine SPD-Landesregierung will ihnen den Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtern. Für Frauen, die nur kurzzeitig Schutz brauchen, sollen Schutzwohnungen bereitstehen.

Gender in Forschung und Lehre voranbringen

Niedersachsen verzeichnet schon Erfolge bei der Genderforschung. Dennoch ist gendersensible Ausbildung und Lehre noch nicht selbstverständlich. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung einen Preis für gendergerechte bzw. gendersensible Lehre ausloben.

Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst ausbauen

Mit dem Kommunalverfassungsgesetz werden Frauen besser gefördert. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten sollen weiter gestärkt werden. Das Gleichberechtigungsgesetz wird überarbeitet, um eine Frauenquote von 50 Prozent fest zu verankern. Um Gleichstellung im kommunalen Bereich weiter voranzubringen, wird eine SPD-Landesregierung das Programm „Geschlechtergerechte Kommune“ auflegen. Ein begleitendes Benchmark-Verfahren soll den Prozess unterstützen und Etat-Mittel geschlechtergerechter einsetzen.

Unterstützung geflüchteter Frauen

Die SPD will geflüchtete Frauen unterstützen. Unabhängig von ihrer Qualifikation sollen ihnen Modellprogramme bei der Arbeitssuche helfen. Für Frauen mit Kindern sind Teilzeitausbildungen und Sprachkurse zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt geplant.

Menschen mit und ohne Handicap.

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, die für alle staatlichen Ebenen Verpflichtung ist. Hier geht es um Menschenrechte, die wir mit Leben füllen wollen. Für die SPD in Niedersachsen bedeutet „Inklusive Gesellschaft“ eine politische Vorgabe für alle Bereiche der Landespolitik. Inklusion ist nur dann wirksam umzusetzen, wenn ihre Ziele von allen Menschen mitgetragen werden. Im Dialog mit Menschen mit Behinderung hat die SPD-geführte Landesregierung Ziele definiert und begonnen, sie abzuarbeiten. Diesen partizipativen Ansatz wird die neue SPD-Landesregierung fortsetzen. Damit ergeben sich unter anderem folgende Handlungsfelder:

INKLUSIVE SCHULE WIRD AUSGEBAUT

Die inklusive Schule setzt auf Vielfalt und fördert die Teilhabe aller an Bildung und Erziehung. Alle Kinder und Jugendlichen haben gleichberechtigten barrierefreien Zugang, um ihre unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ihre Begabungen zu entwickeln und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Inklusion ist Aufgabe für alle Schulformen.

Eine SPD-Landesregierung wird bei der weiteren Entwicklung der inklusiven Schule die bereitstehenden personellen und finanziellen Ressourcen berücksichtigen und möglichst ausbauen. Auf jeder Ausbaustufe soll ausreichender Einsatz von Lehrkräften, Assistenzpersonal und die notwendige Versorgung mit räumlich-sächlicher Ausstattung sichergestellt werden, genauso wie angemessene und gerechte Mittelverteilung. Die Zuweisung zusätzlicher pädagogischer Stellen muss nach prüfbaren und vergleichbaren Grundsätzen erfolgen. Eltern und andere Unterstützer werden bei der Erarbeitung regionaler Inklusionskonzepte einbezogen.

Die hohen Ansprüche des Projekts sind nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten zu erfüllen. Die verschiedenen Kompetenzen und Professionen der Beteiligten sollen stärker gebündelt und damit wirksamer werden. Zusätzlich zur Zusammenarbeit von Kräften unterschiedlicher Lehrämter und der Sonderpädagogik mit den Eltern wird dabei auch Fachpersonal der Schulsozialarbeit und -psychologie sowie der Kinder- und Sozialhilfe (SGB VIII), Assistenz- und Therapiepersonal einbezogen. Dazu zählen auch die Angebote von Vereinen oder Initiativen.

Eine SPD-Landesregierung wird die bedarfsgerechte Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und des Pädagogischen Personals erweitern. Die Universitätsausbildung soll mit regionalen Angeboten abgestimmt und vernetzt werden. Qualifizierungsmaßnahmen und vor allem die Ausbildung im Bereich der Sonderpädagogik sollen die Inklusion in der allgemeinen Schule zukunftsfest machen.

Inklusive Bildungskette beginnt in der Krippe

Eine SPD-Landesregierung wird die inklusive Bildungskette von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung fortsetzen. Die Landesbildungszentren sollen sich zu Kompetenz- und Förderzentren für Menschen mit Behinderungen entwickeln, die in inklusiven Systemen unterrichtet werden. Angestrebt wird ein flächendeckender Ausbau mobiler Beratungsangebote für Regelschulen: Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, die in der inklusiven Schule Schwierigkeiten haben.

Budgets für mehr Verantwortung

Eine SPD-Landesregierung will eine Vorrangförderung und Ausweitung des Persönlichen Budgets erreichen. Eine solche direkte Förderung von Menschen mit Behinderung stärkt die Eigenverantwortung und die Fähigkeit zur Mitentscheidung. Das gilt auch für das Budget für Arbeit, das behinderten Menschen eine dauerhafte Förderung außerhalb von Werkstätten ermöglicht. Eine SPD-Landesregierung wird diese Möglichkeit gemeinsam mit Betrieben, Werkstätten, Gewerkschaften und behinderten Menschen ausschöpfen. Auch schwer behinderten Menschen mit außergewöhnlichen Problemen soll die Ausgleichsabgabe zur Beschäftigung den allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen. Durch ein besonderes Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramm soll Menschen gezielt Ausbildung angeboten werden, die bisher beim Übergang von Schule-Beruf potenzielle Beschäftigte einer Werkstatt waren.

Barrierefrei im Alltag

Barrierefreies Bauen muss Standard werden, damit der Mehrkostenvorbehalt entfällt. Eine SPD-Landesregierung will erreichen, dass die Anforderung allgemeiner Zugänglichkeit für Landes- und Kommunalprojekte vorrangig bleibt: Bei Bauvorhaben sind die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Barrierefreiheit gehört auch zur Planung und Gestaltung öffentlicher Räume – für Gehbehinderte und Rollstuhlnutzer, Sehbehinderte und Blinde, Hörgeschädigte und anderweitig behinderte Menschen. Gemeinsamer Sport für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung soll gefördert werden. Schließlich ist auch eine barrierefreie Kommunikation im Internet und Intranet öffentlicher Einrichtungen sowie eine verständliche, leichte Sprache bei Informationen notwendig.

Menschen mit und ohne deutschen Pass.



MIGRATION PRÄGT DIE GESELLSCHAFT

Regionale Kriege und Konflikte, instabile Staaten, Verfolgung, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und humanitäre Not haben mehr als 65 Millionen Menschen veranlasst, ihre Heimat zu verlassen. Auf internationale Migrationsdynamiken kann Niedersachsen wenig Einfluss nehmen. Wohl aber können Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden: Das Land muss sich weiter auf erhöhte Zuwanderungen einstellen und die notwendigen Ressourcen bereithalten.

Zuwanderung ist fester Teil der 70-jährigen Geschichte Niedersachsens. Etwa 18 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner haben eine Zuwanderungsgeschichte, zwischen Nordsee und Harz leben mehr als 580.000 Menschen mit ausländischem Pass. Die SPD betrachtet sie als Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ethnische Verschiedenheit ist nicht Last, sondern eine Ressource für den Zusammenhalt eines lebendigen Gemeinwesens. Deshalb wendet sich die SPD gegen Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, die häufig in Gewalt gegen Flüchtlinge umschlägt. Ängsten und Vorurteilen begegnet sie mit sozialer Politik für alle Bürgerinnen und Bürger.

Aufnahme und Integration stellen hohe Anforderungen

Die SPD blickt zuversichtlich auf die anstehenden Aufgaben, nachdem Niedersachsen bereits im Jahr 2015 die Aufnahme von mehr als 100.000 Flüchtlingen gut bewältigt hat. Überall sind hauptamtliche Kräfte über ihre Leistungsgrenzen hinausgegangen. Tausende von freiwilligen Helferinnen und Helfern aus allen Schichten der Gesellschaft stehen für den großen Erfolg des – auch von der SPD-geführten Landesregierung unterstützten – Bündnisses „Niedersachsen packt an“.

Eine SPD-Landesregierung wird den interreligiösen Dialog mit dem Ziel weiterverfolgen, einen Vertrag mit den muslimischen Organisationen abzuschließen. Dafür strebt sie nach wie vor eine breite Mehrheit im Niedersächsischen Landtag an.

Integration ist auf keiner Ebene und für niemanden ein leichter Weg. Sie verlangt von den Zugewanderten Anstrengungen und von der Mehrheitsgesellschaft die Offenheit zum Dialog, die Bereitschaft zum Miteinander im Alltag und zur Begegnung mit den Neuankömmlingen. Integration ist ein langer Weg. Eine SPD-Landesregierung wird ihre Förderpolitik darauf anlegen. Ihre Integrationspolitik ist an Teilhabe orientiert und richtet sich an Geflüchtete, Zugewanderte sowie neue wie eingesessene Migrantinnen und Migranten.

Die vielschichtigen Aufgaben der Integration

Die SPD ist überzeugt, dass Integration alle Felder des gesellschaftlichen Miteinanders einschließen muss: Bildung und Arbeit, Freizeit und Wohnen, Religion und gesellschaftliche Teil-

habe. Zugleich sollen die Integrationsbedingungen in wichtigen Feldern wie Sprache, Arbeit und Bildung verbessert und miteinander verbunden werden. Ohne Sprachkenntnisse ist die Teilnahme an Arbeit und Bildung nicht möglich. Andererseits hat der Arbeitsmarkt nicht nur einen zentralen Stellenwert bei der Integration, sondern fördert auch das Erlernen der deutschen Sprache. Deshalb stehen diese drei Felder im Mittelpunkt der Integration.

- Sprachförderung: Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wie in den vergangenen Jahren wird eine SPD-Landesregierung auch künftig in die Sprachförderung zugewanderter Menschen investieren und die notwendigen Mittel für miteinander verzahnte und aufeinander aufbauende Sprachkurse bereitstellen.
- Arbeit und Bildung: Bildung ist die Basis für eine langfristige Bleibeperspektive. Bereits in früher Kindheit ist interkulturelles Erleben wichtig. Eine SPD-Landesregierung wird die Elternbildung interkulturell ausbauen. Kindertagesstätten können diese Angebote gemeinsam mit zugewanderten Eltern nutzen.

Zur zügigen Integration müssen die Kompetenzen der ankommenen Menschen früh erfasst und individuelle Förderketten entwickelt werden. Das erfordert Kooperation zwischen den Berufsschulen, Weiterbildungsträgern und Arbeitgebern. Dazu gehört auch die interkulturelle Öffnung der dualen Ausbildung. Netzwerke wie das IQ-Netzwerk sollen einbezogen werden, weil es Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und Anpassungsqualifizierungen anbietet.

Bildungs- und Qualifizierungsprogramme sollen so ausgestaltet werden, dass eine schnelle Integration in Gesellschaft und Arbeit gelingen kann. Das leisten zum Beispiel Kombimodelle mit berufsbezogener Sprachförderung und parallelen Arbeitsmarktmaßnahmen. Gemeinsam mit den öffentlichen Trägern der Erwachsenenbildung muss darüber hinaus ein Spektrum von Bildungsmaßnahmen inklusive der Grundbildung und nachholender Schulabschlüsse vorgehalten werden.

Prüfungen für Externe sollen einen normalen Zugang zu Berufsanerkennung und -ausübung bieten, ausländische Berufs- und Teilqualifikationen mit geringem Verwaltungsaufwand begutachtet werden. Geprüft werden soll, ob bei guten fachlichen Kenntnissen ein Quereinstieg ohne formale Qualifikationen möglich ist. Das erfordert den Ausbau von Beratungskapazitäten und die Anpassung der regionalen Anerkennungs- und Qualifizierungsstellen des Landes. Studiengänge an den Hochschulen, die direkt zur Einstellung in den öffentlichen Dienst führen, müssen hohe interkulturelle Kompetenz in der praktischen Arbeit vermitteln.

Eine SPD-Landesregierung will bürokratische Hürden abbauen, um allen Flüchtlingen einen möglichst schnellen Zugang zu diesen Maßnahmen zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für junge schutzsuchende Menschen, unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Niedrigschwellige Programme zur Existenzgründung können Migranten helfen, sich mit Mikrokrediten eine eigene Existenz aufzubauen.

- Wohnen: Die Integration zugewanderter Menschen erfordert im Bereich Wohnen schnelles Handeln und innovative Ideen. Eine SPD-Landesregierung wird die Wohnungsbau-Unternehmen bei der Entwicklung solcher Lösungen unterstützen. Im ländlichen Raum muss leerstehender Wohnraum reaktiviert werden, in Ballungsräumen geht es primär um Neubau in guter Integrationsumgebung. Finanzierung und Förderung von Wohnraum sollen daran anpasst, Wohnungsbau und soziale Projekte besser miteinander verbunden werden.
- Gesundheit: Eine SPD-Landesregierung wird barrierefreie Beratungsangebote für Gesundheitsbildung und die Zugänge zum Gesundheitssystem aufbauen. Für eine flächendeckende nachhaltige Gesundheitsversorgung hat das Land 2016 die elektronische Gesundheitskarte (eGk) eingeführt. Geprüft wird, wie Dolmetscher-Leistungen bei Inanspruchnahme medizinischer Leistungen finanziert werden können. Für traumatisierte Menschen ist der Ausbau interkulturell ausgerichteter psychotherapeutischer Betreuung wichtig.
- Bürgerschaftliches Engagement: Viele Menschen setzen sich tagtäglich für das friedliche und soziale Miteinander ein – im Stadtteil oder in der Nachbarschaft. Eine SPD-Landesregierung wird öffentliche Fördermöglichkeiten auch für niedrigschwellige, nicht an Vereine gebundene, für quartiersspezifische Integrationsprojekte und für Hilfsprojekte von Migrantinnen und Migranten für Migranten ausbauen. Bei informellem, spontanem, familienbetontem Engagement sollen „Nachbarschaftsstiftungen“ direkte finanzielle Unterstützung bieten. Eine SPD-Landesregierung will Hilfestellungen durch erleichterte Antragsverfahren für Fördergelder, den Internet-basierten „Freiwilligenserver“ und die Qualifizierung von Integrationslotsinnen und –lotsen ausbauen.

Integration vor Ort in den Kommunen stärken

Eine SPD-Landesregierung will Integrationspolitik vor Ort gezielt an den Bedürfnissen und Lebenswelten der einheimischen und zugewanderten Menschen ausrichten. In Rathäusern und Kreishäusern können zum Beispiel gemeinsame Anlaufstellen und Plattformen zum abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten gegründet werden. Diese „Integrationszentren“ sollen geflüchteten und arbeitsuchenden Migrantinnen und Migranten

- als eine erste kommunale Anlaufstelle dienen;
- lokale Koordinierungsaufgaben wie Vermittlung, Vernetzung und Beratung leisten und mit den Strukturen der Gemeinwesenarbeit abgleichen;
- kommunale und soziale Angebote zur Orientierung bei Behördengängen machen;
- Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration aus einer Hand organisieren.

Eine SPD-Landesregierung wünscht sich von der kommunalen Ebene sozialräumlich und ressortübergreifend gestaltete Integrationsarbeit statt einer Ausrichtung nach Themen und

Zielgruppen. Als wesentliche Impulsgeber für gemeinschaftliches Zusammenleben sollen langjährig erfahrene Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiersmanagement dienen. Dabei werden Neuzugezogene als Teil der Bewohnerschaft im Quartier behandelt, nicht als Migrantinnen und Migranten oder Geflüchtete: Erste Erfahrungen zeigen, dass ein solches „Integrationsmanagement“ das Ankommen im neuen sozialen Umfeld Wohnen erleichtert.

Für hauptamtliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sollen mehr finanzielle Ressourcen bereitgestellt, ihre Arbeit soll aufgewertet werden: Mit diesem Ziel will eine SPD-Landesregierung ein Sonderprogramm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit starten.

Gerechte Lastenteilung und bundespolitische Verantwortung

Für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sind Investitionen notwendig. Eine SPD-Landesregierung fordert zur gerechten Lastenteilung, dass sich der Bund zur Hälfte an diesen Kosten von Ländern und Kommunen beteiligt. Integrationsmaßnahmen sollen nach dem Grundgesetz zur Gemeinschaftsaufgabe (Artikel 91 a) erklärt werden. Junge Migrantinnen und Migranten sollen schnell Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten: Zugang zu Bildung und fachlicher Arbeitsmarktqualifizierung darf nicht an finanziellen Mitteln scheitern. Auch für die Rente sind zukunftsfähige Konzepte gefordert.

Eine SPD-Landesregierung wird sich im Bund für ein Basismodul Sprachförderung einsetzen. Es soll neben der deutschen Sprache auch gesellschaftliche Werte vermitteln und der Feststellung von Kompetenzen dienen. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, die das Land eigentlich verlassen müssten, doch längere Zeit bleiben. Ohne ein früh einsetzendes Programm sind Hunderttausende zur Untätigkeit verurteilt, statt früh ein Fundament für Integration legen zu können. Vom Bund ist dabei eine bedarfsgerechte Steuerung der Sprachlernangebote zu erwarten. Diese Angebote sind durch die Bundesagentur für Arbeit zu ergänzen und zu koordinieren. Denn ein großer Teil der anerkannten Flüchtlinge aus dem Asylbewerberleistungsgesetz wird in den Zuständigkeitsbereich der Agentur wechseln.

Eine SPD-Landesregierung fordert vom Bund die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen mit einem langen und berechtigten Aufenthaltsstatus – also auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger: Wer sich politisch einbringt und teilhaben kann, verbessert seine Integrationschancen.

Starke Kommunen in einem starken Land.

KOMMUNEN ALS GARANTEN GUTER LEBENSBEDINGUNGEN VOR ORT

Städte und Gemeinden sind als unabhängige und selbstbewusste Akteure der Mittelpunkt staatlichen Handelns. Ihre Dienstleistungen und ihre Infrastruktur prägen das öffentliche Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen. Das Lebens- und Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hängt entscheidend vom Zustand der öffentlichen Räume und der Qualität kommunaler Dienstleistungen ab. Bei der Infrastruktur vor Ort stellt sich immer auch die soziale Frage: Verwahrlosen Einrichtungen und Angebote, trifft das vor allem arme Menschen und gefährdet den sozialen Frieden.

Für die SPD gilt deshalb: Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Städte und Gemeinden weitgehende Handlungsfreiheit und eine angemessene Finanzausstattung haben. Dies gilt umso mehr angesichts weiterer Herausforderungen der freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft: Gestaltung des demografischen Wandels, Förderung von Bildung, Familien und jungen Menschen, Integration von Zuwanderern erfordern handlungsfähige Gemeinwesen.

Trotz der allgemein guten Haushaltslage ist die finanzielle und organisatorische Kraft der niedersächsischen Kommunen nach wie vor unterschiedlich. Das Leitbild gleichwertiger Lebenschancen bildet deshalb den Maßstab der SPD-Politik. Sozialer Ausgleich und Solidarität sind mehr denn je nötig, um Fortschritt und Aussicht auf sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Beides ist ein Unterpfand für Produktivität, aber auch für Akzeptanz anderer Kulturen und damit Basis für gesellschaftlichen Frieden, Innovation und Wohlstand.

Stabile Finanzen sichern kommunale Zukunft

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich als verlässlicher Partner der Kommunen gezeigt. So wurden im Jahr 2016 rund 400 Millionen Euro für finanzschwache Kommunen bereitgestellt. Auch dadurch konnte der dramatische Bestand an Kassenkrediten landesweit auf 2,3 Milliarden Euro halbiert und die Verschuldung der Kommunen von 2012 bis 2016 von 12,7 auf 11,6 Milliarden Euro gesenkt werden. Der kommunale Finanzausgleich ist dank eines stabilen Steueraufkommens gut ausgestattet, so dass die Kommunen ihre Aufgaben

auch bewältigen können. Die Zuweisung stieg von 2012 bis 2017 von 3,2 auf 4,2 Milliarden Euro. Das Fundament gestaltungsfähiger Selbstverwaltung wurde entscheidend gestärkt.

Mit den neuen Kommunalverfassungs- und Kommunalabgabengesetzen wurden die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitert. Die kommunalen Wahlzeiten wurden harmonisiert, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der örtlichen Verwaltung gefördert, Spielräume für die wirtschaftliche Betätigung geschaffen und Einnahmepotenziale für die Fremdenverkehrsförderung und die örtliche Infrastruktur erschlossen. Zudem sind die Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen über die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel hinaus deutlich erhöht worden.

Eine SPD-Landesregierung wird die kommunalen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten weiter ausbauen. Die kommunale Investitionskraft muss zum Beispiel für die Sanierung von Schulgebäuden gestärkt werden. Deshalb erhalten die Kommunen gestuft bis ins Jahr 2021 insgesamt 300 Millionen Euro für schulische Sozialarbeit, IT-Administration und Verwaltungsaufgaben. Die IT-Administration in Schulen darf nicht von dem Engagement einzelner Lehrkräfte und von der Schulleitung abhängen, weshalb wir hier entlasten wollen. Dazu kommen als finanzielle Unterstützung für die Einführung der inklusiven Schulen noch einmal 210 Millionen Euro.

Auch die strukturelle Entwicklungsfähigkeit der Kommunen will eine SPD-Landesregierung fördern. Sie wird in größeren Städten wie in ländlichen Regionen ihren Kurs der Wohnungsbauförderung fortsetzen und mit dem „Niedersachsenfonds“ als eines ihrer Leitprojekte neue Finanzierungsmodelle für strukturschwache Regionen vorlegen.

Eine SPD-Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass nach der dringend gebotenen Reform der Grundsteuer erneut die Diskussion über eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur kommunalen Wirtschaftsteuer geführt wird. Sie lehnt alle Vorstöße zur Abschaffung dieser wichtigsten kommunalen Steuer ab. Darüber hinaus hält sie daran fest, dass Bundesmittel vollständig an Kommunen und Kreise weitergeleitet werden. Der Leistungsfähigkeitsvorbehalt nach Artikel 58 der Niedersächsischen Verfassung soll gestrichen werden.

Wohnraum für alle.

VOR ALLEM BEZAHLBARE WOHNUNGEN BRAUCHT DAS LAND

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Mittel für die soziale Wohnraumförderung auf 800 Millionen Euro angehoben. Mit der „Konzertierten Aktion Bauen und Wohnen“ wurden die Förderbedingungen verbessert. Landesförderung ist wieder auf Neubau von bezahlbarem Wohnraum, altersgerechte, barrierefreie und energetische Modernisierung des Bestandes und Wohnraum für Geflüchtete gerichtet.

Nach dem Verlust von mehreren Zehntausend Belegrechten durch die Untätigkeit der Vorgängerregierung soll die drohende soziale Spaltung in den Städten durch zusätzliche Belegrechte gestoppt werden. Die Wohnraumförderfonds sollen eine verlässliche, stabile Förderung ermöglichen. Anreize für mehr sozialen Wohnungsbau sollen eine Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit im Rahmen von Sonderabschreibungen bieten. Das bestehende Zuschussprogramm soll ausgebaut werden.

Gemeinsam mit der sozialen Wohnungswirtschaft, Genossenschaften und privaten Investoren und Investoren wird eine SPD-Landesregierung für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Dies ist eines ihrer Leitprojekte. Sie wird deshalb neben anderen Maßnahmen auch Gruppenbauvorhaben oder die Gründung von Genossenschaften unterstützen. Hochbetagten Menschen soll auch bei Pflegebedürftigkeit ein selbstständiges Leben im eigenen Haushalt ermöglicht werden, beispielsweise durch Mittel des Landesprogramms „Wohnen und Pflege im Alter“.

Gute Nachbarschaft in Stadt und Land

Gemeinsam mit Bund und Kommunen wird eine SPD-Landesregierung jährlich rund 150 Millionen Euro für eine wirksame Städtebauförderung ausgeben. Mit einem neuen Programm für „Gute Nachbarschaft“ wird sie den Aufbau eines Quartiersmanagements in Städten und Dörfern unterstützen und integrierte Stadtentwicklungskonzepte für Menschen aus allen Schichten und Gruppierungen zur Basis der Städtebauförderung machen. Das Programm „Soziale Stadt“ soll zu einem Leitprogramm der Städtebauförderung werden, um benachteiligte Quartiere in Stadt und Land zu stabilisieren und aufzuwerten. Die laufenden Maßnahmen zur Quartiersentwicklung werden wir bis zur jeweiligen Vollendung weiter unterstützen.

Das Instrument „Business-Improvement-Districts“ soll die Entwicklung der Innenstädte steuern: Es dient in Partnerschaft von Unternehmen, Investoren, Verbänden, Kommunen und Bevölkerung dazu, Leerstände zu überwinden und für neue Belebung der Innenstädte zu sorgen. Eine SPD-Landesregierung will zudem die Verantwortung für die Baukultur übernehmen. Architektenwettbewerbe sollen genutzt werden, damit das Land bei der Qualität seiner Baumaßnahmen Vorbild bleibt. Der Staatspreis für Architektur bleibt erhalten.

Schutz vor überzogenen Mieten

Soziales Mietrecht schützt Mieterinnen und Mieter. In den Städten und Gemeinden mit einem überhitzten Wohnungsmarkt wird eine SPD-Landesregierung die Menschen vor überzogenen Mieterhöhungen schützen und das Mietniveau stabilisieren. Die Mietpreisbremse soll dabei helfen, weitere rechtliche Instrumente wie ein Wohnraumaufsichtsgesetz sollen bei Bedarf ergänzend eingeführt werden.



Pflege vor großen Herausforderungen.

Die niedersächsische Bevölkerung ist zwischen 2003 und 2013 um etwa 203.000 Menschen gesunken, dagegen die Zahl der Leistungsempfänger in der Pflege erheblich gestiegen. Zugleich geht die Zahl junger Menschen zurück, die eine Versorgung übernehmen können oder wollen. Bis 2030 werden in Niedersachsen bis zu 50.000 Pflegekräfte fehlen. Unter diesen dramatischen Vorzeichen gewinnt dieses Problem eine herausragende Bedeutung. Eine SPD-Landesregierung wird Pflege flächendeckend sicherstellen und innovative Projekte im Bereich »Wohnen und Pflege im Alter« unterstützen. Pflegebedürftige und hochbetagte Menschen sollen möglichst lange weitgehend selbstständig im eigenen Zuhause und in einem altersgerechten Umfeld leben können.

LAND UND KOMMUNEN SIND GEFORDERT

Aber: Nach wie vor ist die Pflege nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt. Gesellschaft, Politik, Leistungserbringer und Pflegekassen verfolgen individuelle Ziele oder Verbandsinteressen. Um die Herausforderungen der Pflege zu meistern, wird die SPD eine offensive und breite Diskussion anstoßen, die Themen wie Alter, Solidarität, Aufgaben des Einzelnen, der Familie, der Gesellschaft, Generationengerechtigkeit und die kulturelle Frage des Zusammenlebens als gemeinsame Aufgabe definiert.

Eine SPD-Landesregierung unterstützt vor allem den Ausbau von unversorgten Angeboten wie der Tagespflege und deren Weiterentwicklung hin zu integrierten Versorgungsstrukturen. Die durch das Pflegestärkungsgesetz III eingeführten Bewertungsgrade müssen besser in bestehende Strukturen eingefügt und eine flächendeckende Beratung gewährleistet werden. Pflegeinfrastruktur sicherzustellen ist Sache der Pflegekassen. Die Kommunen sind aufgefordert, die seit Jahren nach dem Landespflegegesetz vorgegebenen kommunalen Pflegepläne zu erstellen: Sie zeigen auf, wie künftig nötige Rahmenbedingungen der Versorgung unter Berücksichtigung der Sozial- und Wohnungspolitik, der Quartiers- und Infrastrukturplanung erreicht werden können. Hierfür können kommunale Pflegekonferenzen – unter Einbeziehung der verschiedenen Akteure vor Ort – ein geeignetes Mittel sein.

Im selbstbestimmten Leben besser versorgt

Ein großer Schritt zur Verbesserung der Wohnsituation im Alter war die Erneuerung des Niedersächsischen Heimgesetzes durch die SPD-geführte Landesregierung. Das Gesetz hat selbstbestimmte und innovative Wohnformen auch und gerade für Menschen mit Demenzerkrankungen befördert.

Flankierend dazu sollen Pflegebedürftige über ein persönliches Budget verfügen, damit sie selbst auswählen können, welche Hilfen und Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Dafür wird die SPD auf Bundesebene streiten. Ebenfalls auf Bundesebene wird sie sich für eine faire Entlohnung pflegender Angehöriger einsetzen. Analog zum Elterngeld soll befristet eine Lohnersatzleistung (Pflegegeld) gewährt werden, die neben einer Anreizfunktion zur Pflegebeteiligung von Familienangehörigen sicherstellt, dass Pflegezeiten stärker bei der Rente berücksichtigt werden.

Professionelle Pflegekräfte werden aus wirtschaftlichen Gründen oft zu schnellerem Arbeiten bei der ambulanten Pflege angehalten. Zeitvorgaben sollen hier mehr menschliche Zuwendung möglich machen. Eine SPD-Landesregierung wird auf Bundesebene dafür eintreten, dass auch ambulante Pflege künftig vollständig und nicht nur pauschal durch die Pflegekassen abgerechnet werden können – vor allem bei niedrigen Pflegegraden. Zukünftig sollen Länder und Kommunen mehr Eingriffsrechte in die Finanzierung der Pflege bekommen, um durch neue Verträge eine bessere Pflege mit Pflegekassen, kommunalen Spitzenverbänden und Einrichtungen auszuhandeln. Neben der Bezahlung müssen die Arbeitsbedingungen in allen Pflegeberufen verbessert werden: durch einen realistischen Personalschlüssel, Gerätschaften zur Unterstützung der Pflegekräfte bei körperlich anstrengenden Aufgaben, weniger zeitintensiven Dokumentationen.

Gegen die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung

Eine SPD-Landesregierung wird Trennung zwischen ambulant und stationär im Pflegeversicherungsrecht auflösen. Diese verhindert die Umsetzung innovativer, flächendeckender und umfassender Versorgung. Gerade im ländlich geprägten Niedersachsen scheitern innovative Versorgungsformen an starren Vorgaben einer solchen Sektorentrennung. Hierzu braucht es entsprechende sektorenübergreifende Verträge. Ziel der SPD ist es, individuelle Konzepte für einzelne Regionen mit einem Mix aus ambulanter häuslicher, teilstationärer und stationärer Versorgung zu entwickeln. Dazu wird es eine Bundesratsinitiative geben.

Förderung altersgerechter technischer Assistenzsysteme

Den Lebensabend selbstbestimmt im eigenen Haushalt verbringen: Dieser Wunsch vieler Menschen kann wegen der begrenzten personellen Ressourcen oft nur mit Hilfe altersgerechter technischer Assistenzsysteme erfüllt werden. Solche Systeme müssen in den Pflegealltag integriert werden – auch zur Entlastung der Pflegekräfte. Eine SPD-Landesregierung

wird dafür neue Beratungsstrukturen aufbauen. Möglichkeiten und Grenzen der Kostenübernahme durch die Pflegeversicherung sind auf Bundesebene zu regeln.

Gerechte Vergütung für das Pflegepersonal

Die Belastungen des Pflegepersonals, ihre körperliche und psychische Beanspruchung sind hoch. Eine SPD-Landesregierung wird alle Maßnahmen unterstützen, die die Verdichtung dieser Arbeit reduzieren. Sie wird den Abschluss verbindlicher Branchen-Tarifverträge in der Altenpflege für eine bessere Bezahlung unterstützen. Auf der Bundesebene wird sie sich dafür einsetzen, dass Pflegekassen zu einer Art Tariftreuegesetz verpflichtet werden: Sie sollen Versorgungsverträge nur noch mit Einrichtungen abschließen, die ihre Pflegekräfte nach Tarif bezahlen. Außerdem fordert eine SPD-Landesregierung bundeseinheitliche Qualitätsstandards in der Weiterbildung sowie eine wechselseitige Anerkennung landesrechtlich geregelter Abschlüsse.

Wenn tarifgerechte Bezahlung gewährleistet ist, wird eine SPD-Landesregierung Pflegeeinrichtungen zur Einstellung von ausländischem Personal unterstützen. Migrantinnen und Migranten können als Pflegekräfte wertvolle Beiträge leisten – besonders bei kultursensibler Pflege. Den pflegespezifischen Spracherwerb werden wir durch geeignete Maßnahmen unterstützen.

Weniger Bürokratie ohne Qualitätsverluste

Eine SPD-Landesregierung wird alle Chancen wahrnehmen, um den hohen bürokratischen Aufwand in der Pflege zu verringern, ohne dabei die Qualität zu beeinträchtigen. Sie setzt sich weiter für eine fachlich fundierte Reduzierung der Dokumentation in der Pflege ein. Die Einführung eines Strukturmodells zur landesweiten Entbürokratisierung soll rasch erfolgen.

Kunst – Kultur – gemeinsam.

Ein breites kulturelles Angebot macht Niedersachsen noch lebenswerter. Die Begegnung mit Kunst und Kultur stärkt die Persönlichkeit des Einzelnen und das Sozialverhalten sowie das Selbstbewusstsein insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Die SPD setzt sich deshalb für einen barrierefreien Zugang zu Kultur und Kunst ein. Dazu gehört auch soziale Barrierefreiheit: Kultur darf nicht elitär, sondern muss offen für alle sein. Deshalb sollen neben der sogenannten Hochkultur auch niederschwellige Angebote für jedermann entwickelt werden. Nur so kann kulturelle und damit gesellschaftliche Teilhabe gelingen.

Die Gesellschaft ist bunter gewordenen. Sie wird zunehmend mit anderen Bräuchen und Kulturen konfrontiert. Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und kulturelle Vielfalt sind dabei als Beitrag zu Toleranz und Offenheit zu verstehen, als Gewinn für alle. Teilhabe kann als Schlüssel gegen die Bildung von Parallelgesellschaften und Ausgrenzung dienen. Hier ist der Beitrag von Kunst und Kultur nicht hoch genug einzuschätzen.

Genau deshalb wird eine SPD-Landesregierung die Kulturförderung des Landes möglichst erweitern und dauerhaft erhöhen. Dazu gehört auch, für gute und faire Arbeitsbedingungen durch Übernahme der Tarifsteigerungen im Bereich Kultur und Kunst zu sorgen. In einem Kulturfördergesetz soll die landesweite Versorgung mit kulturellen Einrichtungen wie Theatern, Museen, Bibliotheken, Kunst- oder Musikschulen gesichert werden. Kulturelle Angebote zu Soziokultur oder Live-Musik in der Fläche sollen zudem durch Unterstützung der Kulturverbände und Landschaften ausgebaut werden,

Eine SPD-Landesregierung wird die Bibliotheken stärken und bei der Digitalisierung unterstützen, um die Lesekompetenz von Kinder und Jugendlichen zu fördern. Sie wird Ganztagsschulen mehr für kulturelle Angebote nutzen und Akteuren aus Kunst und Kultur den Zugang erleichtern.

Die Kulturschaffenden in Niedersachsen, die Institutionen, aber in herausgehobener Weise die Künstlerinnen und Künstler sind das „Salz in der Suppe“ unseres Landes. Sie sollen stärker denn je Wertschätzung erfahren, in kulturpolitische Prozesse und Entscheidungen einzbezogen werden.

Zugleich wird sie wegen der geänderten EU/EFRE-Förderung im Kulturbereich Landeseinrichtungen sowie Einrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft durch ein Investitionsprogramm fördern. Die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern soll durch eine stärkere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft verbessert werden.

Leben aktiv gestalten.

Starke Feuerwehr – starkes Ehrenamt – starke Partner

Ob ehrenamtlich oder hauptberuflich – Sicherheit vor Ort wird mit F wie Feuerwehr geschrieben. Wie stark die Feuerwehren in Niedersachsen verankert sind, zeigen die gut 130.000 Aktiven in mehr als 3.300 Freiwilligen Feuerwehren. Sie sind zudem ein wichtiger Faktor für das öffentliche Leben und die Gemeinschaft in den Dörfern.

Eine SPD-Landesregierung will weiter für beste Arbeitsbedingungen der ehrenamtlichen und berufsmäßigen Brandschützer sorgen. Sie tritt bei Arbeitgebern dafür ein, dass Feuerwehrleuten den nötigen Rückhalt bekommen. Mit der internationalen Leitmesse INTERSCHUTZ 2020 und dem Deutschen Feuerwehrtag 2020 in Hannover richtet sich weltweite Aufmerksamkeit auf Niedersachsen. Auch dies ist ein Ansporn für eine weiterhin gute Förderung der Feuerwehren.

Die Feuerwehren müssen mit immer komplexeren Herausforderungen Schritt halten. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb die Fortbildungsmöglichkeiten an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) ausbauen und erstmals ihre Modernisierung aus dem allgemeinen Landshaushalt finanzieren. Die NABK an den Standorten in Celle/Scheuen und Loy soll sich zum Kompetenzzentrum auch für strategischen Bevölkerungsschutz weiterentwickeln. Neuen Anforderungen in verschiedensten Katastrophenszenarien soll eine zielgerichtete und gestärkte Ausbildung der Führungskräfte gerecht werden.

Für eine SPD-Landesregierung hat auch in Zeiten des demografischen Wandels der Grundsatz Bestand: in jedem Ort eine Freiwillige Feuerwehr. Intensive Mitgliederwerbung soll auch an Migrantinnen und Migranten gerichtet werden. Die vom Land initiierte Kampagne „Ja zur Feuerwehr“ hat bewiesen, dass sich solche Anstrengungen lohnen.

Rettungsdienst und Katastrophenschutz – Rückgrat der organisierten Hilfe

Leistungsstarke Hilfsorganisationen sind unverzichtbare Bestandteile des hoch entwickelten Hilfeleistungssystems in Niedersachsen. Eine SPD-Landesregierung wird das bewährte System weiter modernisieren. Sie wird einen Aktionsplan zur Förderung des „Ehrenamtes für ein sicheres Niedersachsen“ mit wichtigen Verbesserungen auflegen: Anrechnung von Dienstzeiten, bessere Berücksichtigung bei Einstellungen im öffentlichen Dienst und Anerkennung als berufliche Qualifikation.

Die Ausbildung im Katastrophenschutz soll weiter professionalisiert und mit den Anforderungen von Beruf und Familie in Einklang gebracht werden. Die Lehrgänge sollen mit denen der Feuerwehr gleichgestellt werden. Auch die Fahrzeugbeschaffung soll einheitlich am aktuellen Stand der Technik ausgerichtet sein. Größere Sicherheitsrisiken und ungenügende Unterstützung durch den Bund erfordern hier mehr Investitionen vom Land. Flächendeckend verfügbare Einheiten sollen ausreichende Einsatzpotenziale für Großschadenslagen sowie Behandlungsplätze und Betreuungskapazitäten gewährleisten. Gemeinsame Leitlinien sorgen für eine zentrale Einsatzführung auf kommunaler und Landesebene – mit fließenden Übergängen vom individualmedizinischen Notfall über größere Schadensereignisse bis zur Katastrophenlage. Rettungsdienst und Katastrophenschutz bilden dabei ein untrennbares Verbundsystem.

Eine SPD-Landesregierung will den Einsatz mobiler Führungsstäbe und die Entsendung von Experten in Einsatzgebiete als landesweite Aufgabe ermöglichen. Zugleich sollen die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärker gefördert und die Möglichkeiten zur flächendeckenden Warnung der Bevölkerung bei Gefahrenlagen verbessert werden. Erforderlich ist eine vernetzte Planung von Prävention und Notfallvorsorge im Vorfeld von Katastrophen und Krisen – ein landesweites modernes Krisenmanagement. Pandemie-Planung, Deichbau, zentrale Lagerung von Impfstoffen und Notfallmedikamenten, Schutz vor Sturmfluten und Unwetter sowie die Sicherung kritischer Infrastrukturen dürfen nicht einzelnen Fachressorts überlassen bleiben.

Ehrenamt – wer anpackt braucht Unterstützung

Ehrenamtliche leisten Außerordentliches – für die SPD ist bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische und soziale Gesellschaft. Es ist der Kitt unserer Gesellschaft. Jeden Tag leisten in Niedersachsen Tausende Menschen einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Für fast die Hälfte aller Menschen in Niedersachsen ist bürgerschaftliches Engagement Teil des Alltags.

Sie gestalten das gesellschaftliche Leben zum Beispiel in der Feuerwehr, im Rettungsdienst, im THW oder in anderen Hilfsorganisationen, in der Kirche und den Religionsgemeinschaften, in der Jugendarbeit, im Sport oder der Kommunalpolitik, in der Elternarbeit oder der Altenhilfe, für den Umwelt- und Naturschutz, im Kulturbereich und in sozialen Projekten. Für dieses Engagement gebührt ihnen höchster Respekt und Anerkennung.

Ohne das große ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe wäre die Aufnahme und Versorgung der vielen geflüchteten Menschen nicht möglich gewesen. In allen Städten und Gemeinden engagieren sich Menschen für die Geflüchteten und helfen, ihnen eine neue Heimat zu geben. Das ist eine großartige Leistung. Darauf sind alle stolz. Spitze ist das überdurchschnittlich starke Engagement junger Menschen. Sie widerlegen damit das Vorurteil, Kinder und Jugendliche seien heute allein konsumorientiert und kaum bereit, gesellschaftliche und soziale Verantwortung zu übernehmen. Aber mit der demografischen Entwicklung kommt auch der Gruppe der Älteren eine besondere Rolle zu. Diese „jungen Alten“ haben viel Erfahrung und sind für die Gesellschaft unverzichtbar. Die ehrenamtlich Tätigen stehen bei ihrer Arbeit oft vor großen Herausforderungen. Sie brauchen deshalb Unterstützung. Das gilt besonders für neue selbstorganisierte Initiativen, wie sie in letzter Zeit beispielsweise in der Flüchtlingshilfe entstanden sind. Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt bürgerliches Engagement mit vielen Projekten: mit finanzieller Unterstützung der Freiwilligenagenturen, dem landesweiten Internetportal „FreiwilligenServer Niedersachsen“, mit Fortbildungsangeboten, mit Wettbewerben, Versicherungsschutz für Aktive und gesellschaftlicher Anerkennung.

Eine SPD-Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt mit der Gesamtstrategie „Wer anpackt, braucht Unterstützung“ stärken. Sie wird ab 2018 ein landesweites Programm mit rund einer Millionen Euro auflegen, um vor Ort dauerhaft Anlaufstellen zur Stärkung des Ehrenamts einzurichten bzw. vorhandene zu stärken.

Einzelne Bausteine dabei sind:

- Verdoppelung der finanziellen Hilfestellung der Freiwilligenagenturen zur Förderung, Unterstützung und Beratung bürgerschaftlichen Engagements;
- Werbekampagne für bürgerschaftliches Engagement insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen;
- Ausbau der Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen;
- flexiblere Freistellungsregelungen und Arbeitszeitgestaltung für Beschäftigte im Landesdienst;
- Prüfung rechtlicher Vorschriften auf ihre Verträglichkeit mit dem Ehrenamt und Abbau bürokratischer Hürden;
- gezielte Werbekampagnen für den Ausbau des Engagements von und in Unternehmen.

Sportland Niedersachsen setzt Ausrufezeichen

Sport ist für die SPD mehr als Sieg oder Niederlage, mehr als Medaillen und Pokale. Sport verbindet die Menschen und schafft Identifikation. Im Sport kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion zusammen, mit und ohne Behinderungen und aus allen sozialen Milieus. Gemeinsamer Sport schafft Zusammenhalt und integriert. Sport dient der Erhaltung der Gesundheit, seine präventive und rehabilitative Wirkung entlastet das Sozialsystem. Sport erhöht das individuelle Selbstwertgefühl und ist ein guter Beitrag zum Gemeinwohl.

Mit dem starken Partner Landessportbund, den Sportfachverbänden und den rund 10.000 Sportvereinen mit ihren zahllosen Ehrenamtlichen ist Niedersachsen gut aufgestellt und den künftigen veränderten Anforderungen gewachsen.

Für den Sport als wichtige gesellschaftliche Aufgabe wird eine SPD-Landesregierung auch künftig die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Über die Sportförderung hinaus werden für besonders wichtige Projekte Rahmenbedingungen geschaffen: so für die Einbindung von Vereinsangeboten in die pädagogische Arbeit von Kindertagesstätten und Ganztags-schulen, das Freiwillige Soziale Jahr im Sport, die Integration von Geflüchteten und Neubürgern, Angebote für behinderte Sportlerinnen und Sportler oder Schwimmkursen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Durch den „Tag des Sports“ wurde ein weiteres Ausrufezeichen für den Sport gesetzt.

Eine SPD-Landesregierung wird die Strukturen des Breitensports weiter stärken. Sportvereine stehen insbesondere im Bereich der Inklusion, der Integration und des demografischen Wandels großen Herausforderungen gegenüber. Hier muss die Sportförderung gegebenenfalls angepasst werden. Das gilt auch für eine Förderung von Einrichtungen, die sich in Trägerschaft von Vereinen und kommunalen Wirtschaftsbetrieben befinden. Die Förderung von Fanprojekten wird deutlich erhöht, um die Gewaltprävention zu stärken.

Die ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen soll besonders gewürdigt und unterstützt werden. Ziel ist es, bürokratische Hürden für ehrenamtliche Tätigkeit auch im Sport so niedrig wie möglich zu halten. Deshalb sollen auch hier rechtliche Vorschriften und Verwaltungsaufgaben auf ihre Verträglichkeit mit der ehrenamtlichen Realität überprüft und gegebenenfalls reduziert werden.

Sport findet heute nicht nur im Verein statt, sondern ebenso in Betrieben, Werkstätten, Schulen oder selbstorganisiert auf öffentlichen Plätzen. Neben dem Vereinssport wird eine SPD-Landesregierung daher auch den nicht-organisierten Sport mit seinen besonderen Angeboten für die soziale Arbeit unterstützen. Der Sport behinderter Menschen und die Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund sollen auch künftig intensiv gefördert werden.

Beinahe jeder Sport braucht ausreichende Sportanlagen. Um Zugänglichkeit für alle zu gewährleisten, sollen diese Anlagen ihren Platz in den kommunalen Zentren behalten. Erhalt und Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern sind einer SPD-Landesregierung wichtig. Sie will dies über die Ausweitung finanzieller kommunaler Spielräume und weiterer Mittel unter anderem für Barrierefreiheit ermöglichen.

Mit gezielten Initiativen will sich eine SPD-Landesregierung für den Spitzensport einsetzen. Hier sollen Athletinnen und Athleten sowie ihre Trainerinnen und Trainer im Mittelpunkt stehen. Das Training soll ungestört und unter optimalen Bedingungen möglich sein. Als Arbeitgeber wird das Land Spitzensportler weiter freistellen.

Weil wir
sturmfest und

stark
sind.



Gesundes Leben in Niedersachsen.

- 1. Natur und Umwelt.**
- 2. Gesunde Ernährung vom Land.**
- 3. Gesundheit schützen und Gesundheit schaffen.**

Natur und Umwelt.

Die SPD hat Nachhaltigkeit als zentralen Grundsatz ihrer Politik verankert. Sie will eine Wirtschafts- und Lebensweise gestalten, die eine dynamische Wirtschaftsentwicklung mit der Begrenzung natürlicher Ressourcen harmonisiert. Doch dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn es dafür in der Bevölkerung eine sichere politische Mehrheit gibt – wenn die Gesellschaft ein ökologisch-ökonomisches Gleichgewicht als Lebensqualität empfindet: weniger Lärm, weniger Schadstoffe in Luft, Böden und Gewässern, also allgemein sinkende Belastungen für Mensch und Umwelt. Das alles sind Ziele sozialdemokratischer Politik.

NATURSCHUTZ SICHERT GRUNDLAGEN DER LEBENSQUALITÄT

Eine SPD-Landesregierung steht zu dem verfassungsrechtlichen Staatsziel, in Verantwortung für heutige und künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Sie setzt sich ein für Erhalt und Entwicklung leistungsfähiger Ökosysteme wie Laub- und Mischwälder, Binnengewässer und Flusslandschaften. Sie fördert Biotopverbünde, die Ökosysteme biologisch verbinden – vernetzte Bach- und Flussläufe, Wegseitenstreifen oder Baumalleen mit Busch- und Krautstrukturen.

Doch die Nutzungsansprüche an den natürlichen Ressourcen nehmen zu, bedrohen gesunde Lebensgrundlagen und erzeugen Konflikte mit dem Allgemeinwohl. Die Zwischenbilanz des europäischen Schutzprojekts „Natura 2000“ hat bereits im Jahr 2010 gezeigt, dass das Artensterben anhält und gesunde Lebensgrundlagen beeinträchtigt sind. Das Artensterben muss aufgehalten werden, zum Beispiel durch die Förderung von Streuobstwiesen und die Pflanzung heimischer Bäume und Pflanzen, die zu den verschiedenen Jahreszeiten blühen. Eine SPD-Landesregierung wird die Ausgestaltung des „Natura 2000“-Netzwerks und die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorantreiben. Sie wird dabei insbesondere die Kommunen begleiten und unterstützen. Denn europäisch vereinbarte Verpflichtungen einzuhalten heißt auch, finanzielle EU-Förderungen für das Land zu bewahren. Weiter soll das Niedersächsische Naturschutzgesetz novelliert werden.

Ressourcen erhalten Leistungsfähigkeit der Ökosysteme

Zur Sicherung natürlich erhaltener Flächen und biologischer Vielfalt wird eine SPD-Landesregierung ein Programm „Ressourcensicherung“ auflegen. Darin wird es um Maßnahmen gegen Flächenverbrauch und übermäßig intensive Flächennutzung gehen, gegen weitere Versiegelung sowie um Abfallvermeidung. Umweltschädigende großflächige Monokulturen sollen kompensiert oder unterbunden, gleichzeitig zusätzlicher Lebensraum im Biotopverbund gesichert werden. Einen Schwerpunkt werden Randzonen der genutzten Flächen und Gewässer bilden. Entsiegelungsprojekte und die grundsätzliche Wiederverwertbarkeit bereits genutzter Ressourcen („Urban Mining“-Ansatz) sind zu fördern.

Eine SPD-Landesregierung fordert eine wirksame Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, weil nur so Verbesserungen in der Umwelt zu erreichen sind. Sie setzt sich für den Schutz der Hoch- und Niedermoore, des Feuchtgrünlandes und der Laub- und Mischwälder ein, weil diese Ökosysteme klimaschädliches CO₂ speichern, der Wasserspeicherkapazität und der Grundwassererneubildung dienen.

Erfolge beim Erhalt biologischer Vielfalt ausbauen

Weißstorch, Seeadler und Kranich sind Beispiele für die gelungene Wiederansiedlung bedrohter oder bereits ausgestorbener Arten. Heimische Tier- und Pflanzenarten sollen erhalten und vor invasiven Arten geschützt werden. Mit Programmen wie dem Weißstorch- oder dem Fließgewässerschutzprogramm und durch die Einrichtung von Schutzgebieten und Nationalparks hat die SPD-geführte Landesregierung Lebensräume für Flora und Fauna bereits entscheidend verbessert. Dem steht allerdings als Folge intensiver Bodennutzung der Rückgang von Vogelarten wie Feldlerche oder Rebhuhn oder von Insekten wie den Bienen gegenüber. Diesen Trend will eine SPD-Landesregierung stoppen. Dafür ist die rasche biologische Aufwertung der Ökosysteme und ihrer Verbundstrukturen unumgänglich.

Die Rückkehr von Wolf und Luchs nach Niedersachsen erfordert ein klares Konzept zum Schutz der Menschen sowie ihrer Haus- und Nutztiere. Während der Luchs keine großen wirtschaftlichen Schäden hervorruft, führt das Vordringen des Wolfes in weite Gebiete des Landes zu erheblichen Konflikten, vor allem mit der Weideviehhaltung. Besonders aber müssen die Ängste der Menschen vor dem Wolf ernst genommen werden. Eine SPD-Landesregierung will diesen Konflikt umgehend entschärfen. Sie wird alle Möglichkeiten nutzen, um Wölfe von menschlichen Siedlungen fernzuhalten. Auffällige Exemplare sollen aus dem Bestand genommen werden. Sie wird den Herdenschutz umfassend unterstützen und beim Nachweis wirtschaftlicher Schäden unbürokratisch für Entschädigung sorgen. Gleichzeitig soll durch Austausch mit Ländern wie Polen oder Schweden und Bundesländern wie Brandenburg rechtskonform nach europäischen Vorgaben gehandelt werden.

Wasser: Schutz für die Grundlage allen Lebens

Wasser ist Grundlage allen Lebens und Lebensraum von Pflanzen und Tieren. Wasser dient als Energiequelle, als unersetzlicher Rohstoff und als Verkehrsweg. Allerdings sind 84 Prozent der Fließgewässer belastet. Fast jedes dritte Gewässer weist Arzneimittelrückstände auf und ist gefährdet durch Pflanzenschutzmittel, Mikroschadstoffe, Mikroplastik und Nitrat.

Eine SPD-Landesregierung sieht den Gewässerschutz als wichtige Aufgabe an. Sie wird den „Masterplan Ems“ konsequent umsetzen und die Renaturierung aller Fließgewässer nach Maßgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie fortsetzen. Flüsse und Bäche sollen in ökologisch guten Zustand versetzt und ein Ende der Versalzung herbeigeführt werden. Grundsatz dabei: Weitere Flussvertiefungen kann es nur geben, wenn sie ökologisch vertretbar sind. Außerdem sollen Gewässerrandstreifen besser geschützt und die Wasserqualität der Binnenseen verbessert werden. Grundwasserschutz heute bedeutet sichere Trinkwasserversorgung für morgen. Doch weit über die Hälfte der Grundwasserreservoire weisen zu hohe Nitratgehalte auf. Eine SPD-Landesregierung wird Konzepte zur Verminderung der Schadstoffeinträge auch in der Landwirtschaft vorlegen und auf sparsamen Umgang mit dem Wasser achten: Sinkende Grundwasserspiegel gefährden die Versorgung mit gesundem Wasser. Niedersachsen braucht ein neues Wassergesetz. Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen.

Für die SPD Niedersachsen hat der Trinkwasserschutz unbedingten Vorrang vor der Erdgasförderung. Daher lehnen wir die Förderung von Erdgas innerhalb von Wasserschutzgebieten jeder Art ab. Es soll daher geprüft werden, ob es zur Sicherstellung dieser Ziele erforderlich ist, in die niedersächsische „Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten“ (SchuVO) ein Verbot des Bohrens nach Erdgas in Wasserschutzgebieten jeder Art aufzunehmen. Der Gesundheitsschutz hat für uns dabei oberste Priorität. Mit der Ombudsstelle für Erdbebenschäden hat die SPD-geführte Landesregierung schon eine wichtige Anlaufstelle geschaffen, die Betroffene unterstützt und hilft, strittige Fälle vorgerichtlich zu klären. Mit umfangreichen Untersuchungen der Schadstoffbelastung an Erdgasförderstellen sowie eines möglichen Zusammenhangs zwischen der Häufung von Krebsfällen und der Erdgasförderung hat die SPD-geführte Landesregierung gezeigt, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Diese Bemühungen wollen wir weiter ausbauen.

An der Küste wird eine SPD-Landesregierung die EU-Rahmenrichtlinie „Meeresstrategie“ umsetzen, um eine bessere Vereinbarkeit von Natur- und Umweltschutz, Tourismus und Wirtschaft zu erreichen. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit dem Kampf gegen die „Verschlammung“ der Meere durch Plastikpartikel.

Schutz vor den Folgen des Klimawandels

Der Klimawandel verändert Verteilung und Intensität der Niederschläge. Es kommt in einigen Regionen zu geringeren, in anderen zu extremen Niederschlägen. Eine SPD-Landesregierung wird durch vorbeugenden Hochwasserschutz und angepasstes Wassermanagement die Menschen in den betroffenen Regionen schützen.

Gleichzeitig bereiten vor allem in Ballungsgebieten längere und intensivere Wärme- und Trockenphasen während der Sommermonate Probleme: Ältere Menschen und Kinder leiden dann besonders unter steigenden Feinstaub-Emissionen. Eine SPD-Landesregierung wird versuchen, diese Belastungen durch intelligente Siedlungs- und Verkehrsplanung zu mildern. Teil einer solchen Planung wird auch die Förderung des ökologischen ÖPNV und SPNV sein. Dazu gehört es, die Entwicklung alternativer Antriebssysteme weiter voranzutreiben.

Weiter sollen Flüsse und Flussauen auch unter Naturschutzaspekten wieder mehr Raum erhalten. Mit der Landwirtschaft wird es einen fairen Interessenausgleich geben. Überschwemmungsgebiete von Flüssen werden von Bebauung und Versiegelung ausgenommen: Eine SPD-Landesregierung wird berücksichtigen, dass der Klimawandel mit Erderwärmung und steigendem Meeresspiegel die Grenzen der Überschwemmungsgebiete verschiebt. Deichsicherheit und Küstenschutz für die Anwohner haben daher Priorität.

Mehr Effizienz bei Klimaschutz und Energiewende

Kein gesellschaftspolitischer Bereich unterliegt einem so starken Umwandlungsprozess wie der Energiesektor. Nach dem Pariser Klimaabkommen sind zur Reduzierung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius weitreichende Veränderungen in der Energieversorgung, dem Verkehrssektor, der Landwirtschaft und im Gebäudebereich erforderlich. Eine SPD-Landesregierung will eine nachhaltige und sozialverträgliche Klimaschutz- und Energiewendepolitik mitgestalten und regionale Wettbewerbsvorteile generieren. Die Klimaschutzziele erfordern gleichermaßen den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die deutliche Erhöhung der Energieeffizienz.

Eine SPD-Landesregierung sieht beim Thema Energiewende allgemeinen politischen Handlungsbedarf vor allem auf folgenden Gebieten:

- Akzeptanz in der Bevölkerung: Eine landesweite Kampagne soll über Effizienz- und Ausbauziele sowie die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürgern informieren.
- Mieterschutz: Möglichst alle sollen von den technischen Fortschritten der Energiewende profitieren – auch Mieterinnen und Mieter durch gerechtere Regelungen bei der Nutzung erneuerbaren Stroms und durch gleichbleibende Warmmieten bei energetischen Sanierungen.

- Stromeinsparpotenziale: Bei künftigen Kostensteigerungen sollen sie für Verbraucher und Betriebe durch Stromsparchecks, gute Beratung und Stromspartarife- oder -verträge erschlossen werden. Auf Bundesebene geht es um Senkung der Stromsteuer.
- Sanierung: Die Modernisierung alter Gebäudesubstanz zur Erhöhung der Energieeffizienz soll nach energetischen Quartierskonzepten erfolgen und durch ein Sanierungsmanagement begleitet werden. Dazu werden die Programme zur Städtebauförderung und Dorferneuerung überarbeitet.
- Neubau: Die erheblichen Klimaschutzzpotenziale der Bauwirtschaft sollen genutzt werden. Einen wichtigen Beitrag können hier die moderne Holz- oder Strohballenbauweise leisten, die CO₂ speichern statt CO₂-Ausstoß zu verursachen. Wir wollen bei öffentlichen Bauten weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen und bezahlbares und klimaschonendes Bauen miteinander verbinden.
- Qualifizierte Beratung: Unternehmen unterschätzen oft die Effizienzpotenziale oder überschätzen die erforderlichen Investitionen. Bessere Beratung soll das Einsparpotential erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sichern.

In einem Fünf-Jahres-Plan will eine SPD-Landesregierung darüber hinaus folgende Maßnahmen für die Energiewende ergreifen:

- Die guten Erfahrungen bei Beratungskampagnen, der Gebäudesanierung sowie beim Einwerben von EU- und Bundesfördermitteln sprechen für den Ausbau der kommunalen Energie- und Klimaschutzagenturen. Auch die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) soll auf diesem Hintergrund mit Landesmitteln stärker gefördert werden.
- Die Koppelung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bietet die Voraussetzung für kostenoptimierte Umstellung der Energiewirtschaft auf niedrigeren Kohleverbrauch (Dekarbonisierung). Dazu sollen regenerative Energieträger für WärmeverSORGUNG, Mobilität und Stromerzeugung in der Spitzenlast eingesetzt werden.
- Eine Bundesratsinitiative soll schnellstmöglichen Ausstieg aus Kohleverstromung und Wärmeerzeugung auf Kohlebasis ermöglichen.
- Solarthermie für Nahwärmennetze und den Einsatz in Wohngebäuden soll durch flächendeckende Pilotprojekte gefördert werden. Ziel ist es, ganze Quartiere über mehrere Monate ausschließlich mit solarthermischer Wärme zu versorgen. Dabei ist auch auf die Vorbildwirkung bei landeseigenen Einrichtungen zu setzen.
- Die einseitige Abgabenlast auf den Strompreis soll abgelöst werden von einer der Klimarelevanz entsprechenden Belastung aller Energieträger. Ziel: Stromverbrauch bei Wärmepumpen und Elektromobilität wettbewerbsfähiger zu machen.
- Windenergieanlagen sollen vor allem dort gebaut werden, wo Beeinträchtigungen für Mensch und Natur möglichst gering ausfallen. Ziel: Gebiete mit vorhandenen Infrastrukturen wie Hochspannungsfreileitungen, Autobahnen, Kanälen oder ehemalige militärische Sperrzonen oder Industriegebiete zu nutzen. An der Umsetzung des 20-GW-Ausbauziels wird festgehalten.

Allen Bürgerinnen und Bürgern stehen bei der Umsetzung der Energiewende Partizipationsrechte zu. Eine SPD-Landesregierung wird Bürgerbeteiligungsmodelle auch im Rahmen der inzwischen obligatorischen Vergabe im Ausschreibungsverfahren gewährleisten. Darüber hinaus soll im Rahmen einer bildungspolitischen Offensive zu Klimaschutz und Energiewende in allen Bildungseinrichtungen ein umsichtiger Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen vermittelt werden.

Senkung der Strompreise

In den vergangenen Jahren sind die Strompreise insgesamt um über 30 Prozent gestiegen – vorrangig ausgelöst durch die steigende EEG-Umlage. Gleichzeitig hat sich die Finanzierung des Stromnetzes massiv erhöht: Die Netzentgelte machen bereits jetzt rund ein Viertel des Strompreises für die Endkundinnen und Endkunden aus. Vom gezahlten Strompreis gehen damit rund 50 Prozent an den Staat. Für die kommende Legislaturperiode haben wir uns daher folgende Ziele gesetzt:

- Senkung der Stromkosten: Durch die Senkung der Stromsteuer um den Anteil der erneuerbaren Energien werden wir eine schnelle Entlastung für Verbraucherinnen und Verbraucher herbeiführen. Die Stromsteuer beträgt derzeit 7 Prozent oder 2,05 Cent/kWh des Strompreises und beläuft sich relativ konstant auf 6 bis 7 Milliarden Euro pro Jahr. Eine entsprechende Senkung würde im ersten Schritt eine Sofortentlastung von zwei Milliarden Euro für die Endkundinnen und Endkunden erzielen.
- Angleichung der Netzentgelte: Um den Anstieg der Strompreise für Endkundinnen und Endkunden zu dämpfen, werden wir den Kostentreibern begegnen und bereits Beschlusses umsetzen: Die schrittweise Angleichung der unterschiedlichen Netzentgelte sowie das Einfrieren und Abschmelzen vermiedener Netzentgelte für nichtsteuerbare EE-Anlagen.
- Reform der EEG-Umlage: Wir werden uns weiterhin auf Bundesebene für eine bessere, nachhaltige Finanzierung der Energiewende einsetzen und mittelfristig den Ausstieg aus dem EEG-System vorbereiten. Ziel ist es, Verbraucherinnen und Verbrauchern zu helfen. Dabei werden einkommensstarke Haushalte und Unternehmen proportional stärker zur Finanzierung herangezogen.

Stromtrassen und Speichertechnologien für Erneuerbare Energien

Der Ausbau der Stromtrassen muss mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt halten. Nur dann kann die in Windkraftanlagen auf Land und See erzeugte Energie verlässlich genutzt werden. Deshalb bedeutet der Aufbau einer modernen und wettbewerbsfähigen Energieinfrastruktur eine große industrie- und umweltpolitische Chance für Niedersachsen. Eine SPD-Landesregierung wird dieses Projekt im engen Dialog mit der betroffenen Bevölkerung und den beteiligten Verwaltungen und Unternehmen gestalten. Dabei ist Transparenz in der Trassenplanung ebenso wichtig wie Abwägung von ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen. Außerdem wird sie sich für die Stärkung der dezentralen Energieversorgung durch Kommunen und Unternehmen stark machen.

Neben dem Netzausbau wird eine SPD-Landesregierung die Speichertechnologien fördern. Sie müssen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden. Gemeinsam mit dem Bund sollen Pilotprojekte zum Umbau konventioneller (Groß)-Kraftwerke zu Innovationszentren für Strom- und Speichertechnologien entwickelt werden. Außerdem sind Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen wichtig, die Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien, dynamischer Netzauslastung, Strom-zu-Wärme- und Strom-zu Gas-Technologien betreiben.

Sicheres Ende der Atomkraft

Die SPD setzt sich seit den 1980-er Jahren für den Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung ein. Vor allem deren angebliche Kosteneffizienz ist spätestens dann widerlegt, wenn die Entsorgung der atomaren Abfälle berücksichtigt wird. Bis heute sind dabei die Wirkungsmechanismen von radioaktiver Niedrigstrahlung nicht ausreichend bekannt. Auch das macht den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und die Erforschung der Niedrigstrahlung notwendig. Eine SPD-Landesregierung fordert, dass das marode Bergwerk Asse II schnellstmöglich gesichert wird und die Atomabfälle zurückgeholt werden. Der Betreiber muss unverzüglich einen genauen Zeit- und Ressourcen-Plan vorlegen, der die Arbeiten zur Rückholung und die Notfallmaßnahmen enthält. Der Atommüll im Bergwerk muss möglichst trocken gelagert, ein weiteres Durchnässen durch aktive Maßnahmen begrenzt werden. Eine SPD-Landesregierung fordert weiter, dass unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Asse die Situation von Schacht Konrad im Rahmen des Endlagersuchverfahrens neu bewertet wird. Die Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe ist eine Mindestanforderung.

Die SPD steht zu der gesellschaftlichen Aufgabe, ein verursacherfinanziertes Endlager für radioaktive Abfälle in Deutschland zu errichten. Das Verfahren muss von Anfang an transparent unter Bürgerbeteiligung stattfinden und die Untersuchung alternativer Standorte einschließen. Ein ergebnisoffenes Suchverfahren soll den Standort – ein Endlagerbergwerk in einer tiefen geologischen Formation – mit der bestmöglichen Sicherheit ermitteln, der den hohen Sicherheitsanforderungen für Menschen und Umwelt gerecht wird. Gorleben

hält die SPD als Endlager für ungeeignet, da eine unbelastete Erkundung dort nicht erfolgen kann.

Eine SPD-Landesregierung setzt sich für häufigere und strengere Kontrollen der Atomkraftwerke Grohnde und Emsland ein. Betreiber und Aufsicht müssen dafür weiterhin ausreichend qualifiziertes Personal vorhalten. Der Rückbau der AKW-Standorte soll in einem transparenten Verfahren ablaufen. Zwischen vorübergehendem Einschluss und sofortigem Rückbau muss in einem öffentlichen Diskurs abgewogen werden.

Eine SPD-Landesregierung fordert, dass die Funktionsfähigkeit der Behälter, Gebäude und technischen Anlagen für zwischengelagerten Atommüll aller Klassen zyklisch überprüft wird. Mängel sind umgehend zu beseitigen. Dokumentationen über die Inhaltsstoffe der Behälter sind zu pflegen und aktuell zu halten. Statt ihrer Vernichtung bei formalem Ablauf der Aufbewahrungspflicht müssen die Dokumentationen solange erhalten werden wie von dem Atommüll Gefahren ausgehen.

Gesunde Ernährung vom Land.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DURCH SCHONENDE AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Mit rund 40.000 landwirtschaftlichen Betrieben und 390.000 Beschäftigten bilden Agrar- und Ernährungswirtschaft die zweitstärkste Wirtschaftsbranche des Landes. Aber: Verbraucherinnen und Verbraucher fordern, die Lebensmittelproduktion umwelt- und tiergerechter sowie sozialverträglicher zu gestalten. Die traditionellen Produktionssysteme im Agrarbereich mit ihren negativen Auswirkungen auf Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit sowie auf Grund- und Oberflächengewässer stehen in der Kritik.

Die Politik einer SPD-Landesregierung ist auf eine leistungsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft ausgerichtet, die frei von Gentechnik arbeitet, sich auf Nachhaltigkeit und Tierwohl verpflichtet und ressourcenschonend qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert. „Vom Acker bis zur Ladentheke“: In diesem Leitsatz ist ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit und Qualitätskontrolle durch lückenlose Rückverfolgbarkeit garantiert. Eine solche Zielsetzung schließt die Zukunftsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft ein.

Ziel einer SPD-Landesregierung ist es deshalb, das Tierwohl zu verbessern, eine Abweichung der Tierhaltung zu vermeiden und bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern.

Marktchancen für „Bio“ nutzen

Der Lebensmittelmarkt fordert neben der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln höchster Qualität auch regionale, vegetarische oder vegane Produkte. Das eröffnet der Agrar- und Ernährungsbranche neue Absatzchancen, die konsequent genutzt werden müssen. Eine SPD-Landesregierung wird die Forschung auf diesen Gebieten stärken und den Wissenstransfer in der Agrar- und Ernährungsforschung intensivieren. Neue technologische Verfahren sichern die hohe Qualität der Lebensmittel.

Besonderes Augenmerk gilt dem Ökolandbau. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln ist ungebrochen. Eine SPD-Landesregierung wird Agrarbetriebe darin unterstützen, Markt-

chancen im Biosegment zu nutzen und ökologisch bewirtschaftete Flächen weiter ausbauen. Über die niedersächsische Marketinggesellschaft sollen Initiativen zur Vermarktung regionaler Produkte unterstützt werden.

Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft

Tierhalter sollen ihre hochwertigen Produkte im Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen erzeugen. Dafür müssen sie die Tierhaltungssysteme stärker an die arteigenen Bedürfnisse der Tiere anpassen. Gemeinsam mit dem Berufstand will eine SPD-Landesregierung die Tierschutzstandards des niedersächsischen Tierschutzplans in diesen Betrieben schrittweise auf einer verlässlichen Basis umsetzen. Dazu soll eine nationale Nutztierstrategie erarbeitet und möglichst bundeseinheitlich umgesetzt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass sich Bund, Länder, Wirtschaft, NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und Wissenschaft auf ein gemeinsames Vorgehen in der Tierwohldebatte verständigen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre müssen Ziele und Maßnahmen für Haltung, Zucht und Fütterung von Nutztieren – Stichwort: „Stall der Zukunft“ – in einem nationalen Aktionsplan festgeschrieben werden. Dazu sollen praktische Erfahrungen und Forschungserkenntnisse zusammengeführt, in einem Tierwohlkompetenzzentrum koordiniert und über eine Informationsplattform verfügbar gemacht werden. In einer nationalen Nutztierstrategie soll ein ergänzter einheitlicher Rechtsrahmen wesentliche gesetzliche Vorgaben der Tierproduktion zusammenfassen – vor allem Tierschutzrichtlinien, Hygienevorschriften und das Arzneimittelrecht. Einheitliche Indikatoren sollen Tierhaltern und Behörden Hinweise auf Optimierungsbedarf geben und eine objektive Beurteilung von Tierhaltung erlauben.

Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass bürokratische und rechtliche Hürden für den Bau oder Umbau tiergerechterer Haltungssysteme abgebaut werden. Förderprogramme von Land, Bund und EU für tiergerechtere Haltung sollen den Landwirten, unabhängig von der Größe ihres Betriebs, dabei helfen. Die Menschen vor Ort müssen bei Ansiedlung, Modernisierung und Neubau von Tierhaltungsanlagen eingebunden werden. Nur durch allgemeine Information und gesellschaftliche Einbindung kann sich Nutztierhaltung positiv weiterentwickeln.

Nährstoffüberschüsse kontrollieren und besser verteilen

Invieh starken Regionen sind Geruchsemissionen sowie hohe Belastung von Boden, Oberflächen- und Grundwasser durch Nährstoffeinträge wie Gülle unvermeidlich. Zusätzlich fallen Gärreste aus Biogasanlagen als verwertbare Nährstoffmengen an. Künftig müssen die Nährstoffkreisläufe durch eine stärker an Agrarflächen gebundene Tierhaltung geschlossen werden. Flächenbewirtschaftung und Tierhaltung müssen wieder zusammenwachsen.

Eine SPD-Landesregierung wird für die Kontrolle der Nährstoffströme sorgen und Verstöße gegen geltendes Recht ahnden. Sie wird auf Landesebene den Rechtsrahmen dafür weiterentwickeln. Eine Lösung könnte der Transport von Gülle in Ackerbauregionen durch zertifizierte Lohnunternehmen sein: Allerdings müssen noch Verfahren für diese Transporte nach festgelegten Standards entwickelt werden. Dabei werden auch Aufbereitungsanlagen in den tierhaltenden Regionen und Güllelagerstätten in Ackerbauregionen unterstützt. Wirtschaftsdünger soll bedarfsgerecht und bodenschonend mit moderner emissionsarmer Verteiltechnik ausgebracht werden. Schließlich sollen stickstoff- und phosphatreduzierte Futtermitteln nach DLG-Standards den Nährstoffgehalt in der Gülle reduzieren.

Tierschutz für Haus- und Zootiere

Der allgemeine Tierschutz gilt für Haustiere und exotische Tiere in Zoos wie auch für herrenlose Tiere. Um dieses Anliegen speziell im Agrarministerium stärker zu gewichten, hat eine SPD-Landesregierung einen Tierschutzbeauftragten etabliert und das Klagerecht für Tierschutzverbände eingeführt. Es soll auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

Verbraucherschutz: Information, Transparenz und Sicherheit für Konsumenten

Ob intransparente Finanzmärkte, Missbrauch bei privater Altersvorsorge, unübersichtliche Internetdienste oder unkorrekte Strom- und Telefonverträge: Die SPD achtet die Schutzrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern hoch und wird sie weitgehend vor unsicheren Produkten, unlauteren Geschäftspraktiken und Datenmissbrauch schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf kompetente, unabhängige Beratung angewiesen. Nur so können sie souverän Entscheidungen treffen und als Partner im Handel auftreten. Dafür sind starke und unabhängige Verbraucherorganisationen unverzichtbar.

Für eine SPD-Landesregierung ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass auf den Märkten nicht nur gute Produkte und Dienstleistungen gehandelt werden, sondern dass es über alle Angebote umfassende und transparente Informationen gibt. Das schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Risiken und wahrt ihre Rechte. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung Verbraucherschutz und die Arbeit der Verbraucherzentrale massiv gestärkt: durch gesetzlich abgesicherte institutionelle Förderung und über die Unterstützung von geeigneten Projekten. Aktuelles Beispiel dafür ist als unabhängige Interessenvertretung der „Marktwächter Energie“. Diesen Weg wird sie konsequent weiter verfolgen.

Gesundheit schützen und Gesundheit schaffen.

Flächendeckende Krankenhausversorgung als Gebot der Daseinsvorsorge

Die SPD-geführte Landesregierung hat in einem Kraftakt 1,357 Milliarden Euro zum Abbau von Sanierungsstaus bis 2020 bereitgestellt, um die Bedeutung einer flächendeckenden Krankenhausversorgung zu unterstreichen. Dies gehört zu den Leitprojekten einer künftigen SPD-Landesregierung. Ein neuerlicher Investitionsstau soll durch eine erhebliche Aufstockung der Instandhaltungsmittel verhindert werden. Dabei erfolgt die Finanzierung des Krankenhausbaus weiter auf der Basis von Einzelinvestitionen. Förderung „mit der Gießkanne“ über Baupauschalen und Investitionsbewertungsrelationen sind abzulehnen, weil sie die Steuerungsmöglichkeit des Landes für eine flächendeckende Krankenhausversorgung deutlich einschränken würden.

Flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elementen der Daseinsvorsorge. Die Wohnortnähe eines Krankenhauses spielt insbesondere in den ländlichen Regionen eine große Rolle. Patientinnen und Patienten erwarten überall eine qualitativ gute und sichere Krankenhausbehandlung. Pflegepersonal sowie Ärztinnen und Ärzte sollen angemessen auf die Patientinnen und Patienten eingehen können.

Doch die Realität sieht anders aus: Rationalisierungsdruck aufgrund unzureichender Finanzierung durch Krankenkassen und überzogene Gewinninteressen einzelner Krankenhausträger haben zu Missständen geführt: So wurde mancherorts unverhältnismäßig Pflegepersonal abgebaut, so dass für Patientinnen und Patienten immer weniger „Zeit am Bett“ bleibt. Eine SPD-Landesregierung wird es nicht hinnehmen, dass ein wirtschaftlich arbeitendes, bedarfsnotwendiges Krankenhaus mit steigenden Patientenzahlen Personal abbauen muss, nur um Kostensteigerungen aufzufangen.

Krankenhäuser haben zunehmend Probleme, ärztliches und pflegerisches Fachpersonal zu finden. Es ist ein Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte entbrannt, der sich absehbar verschärfen und die Versorgungsqualität bedrohen wird. Eine SPD-Landesregierung wird alles tun, um eine wohnortnahe und gute Krankenhausversorgung zu gewährleisten. Auf der Grundlage des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) wird sie Regelungen zu Qualitätsvorgaben, zur Einführung planungsrelevanter Qualitätskriterien und zu Vorgaben über Sicherstellungszuschläge vorantreiben. Dazu gehört auch die Planung für eine leistungs-

fähige „Krankenhauslandschaft“. Insbesondere in den ländlichen Regionen müssen Krankenhäuser die sektorale Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung durch übergreifende Versorgung aufheben.

Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass

- Pflegekräftemangel und Probleme bei der Nachbesetzung freiwerdender Arztstellen durch enge Zusammenarbeit beider Bereiche entschärft werden;
- bessere Abstimmung von ambulanten und stationären Untersuchungs- und Behandlungsleistungen für eine Optimierung der Ressourcen sorgt;
- medizinische Geräte zum Wohl der Patientinnen und Patienten und zur effizienteren Gestaltung der Behandlungsabläufe gemeinsam genutzt werden.

Schon heute bieten Modellvorhaben die Möglichkeit zur intersektoralen Zusammenarbeit. In kommunale Gesundheitszentren gibt es unterschiedliche ambulante Versorgungsangebote unter einem Dach. Eine SPD-Landesregierung wird solche Projekte mithilfe neuer Gesundheitsregionen ausbauen und medizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft fördern. Bei komplexen Krankheitsbildern sollen die Patientinnen und Patienten möglichst in spezialisierten Einrichtungen aufgenommen werden. Darum sind an größeren Krankenhäusern überörtliche und übergreifende Wahrnehmung von Aufgaben und Schwerpunktgebilden sinnvoll. Überörtliche Kompetenzzentren sollen mit Fachwissen kleine Krankenhäuser in der Fläche unterstützen. Den Ausbau der entsprechenden telemedizinischen Infrastruktur werden wir durch geeignete Maßnahmen unterstützen. Die SPD wird dabei auch die Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern im Blick behalten. Sie sind für eine gute gesundheitliche Versorgung von Frauen und ihren Kindern unverzichtbar.

Prävention und Gesundheitsförderung müssen alle erreichen

Prävention und Gesundheitsförderung sind wichtige Bausteine der Gesundheitsversorgung. Mit dem 2016 vom Bund verabschiedeten Präventionsgesetz haben Krankenkassen mehr Möglichkeiten, einzelne präventive Maßnahmen zu fördern. Das allein reicht allerdings nicht aus. Denn angesichts der komplexen Einflussfaktoren auf Gesundheit und Krankheit muss eine erfolgreiche Prävention in der gesamten Gesellschaft verankert werden. Neben individuellem Verhalten spielen die Lebensverhältnisse dabei eine entscheidende Rolle. Das wiederum macht die enge Kooperation unmittelbar berührter Handlungsfelder wie Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik nötig.

Mit dem Masterplan „Gesundheitswirtschaft“ hat die SPD-geführte Landesregierung den Rahmen für eine politikfeldübergreifende Präventionsstrategie geschaffen. Nun will sie modellhaft unterschiedliche Ansätze erproben und wissenschaftlich evaluieren lassen. Der Einfluss der sozioökonomischen Lage auf den Gesundheitszustand ist hinreichend belegt. Präventionsmaßnahmen des Landes zielen deshalb auf Verbesserung der Lebenslage

sozioökonomisch benachteiligter Personengruppen ab. Daher sollen präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen insbesondere an Grund- und Hauptschulen angeboten werden, um jungen Menschen die Chance zu geben, Gesundheitsinformationen zu verstehen und sich frühzeitig darüber aufklären zu lassen: damit sie ein gesundes Leben führen können.

Kampf gegen MRSA-Keime

Die vielfachen Resistenzbildungen gegen Antibiotika und insbesondere gegen das Methicillin-resistente Staphylococcus aureus-Bakterium (MRSA) müssen eingedämmt werden. Für eine SPD-Landesregierung ist dies eine der zentralen Herausforderungen bei der Verhinderung von Infektionsübertragungen. Prävention spielt dabei eine wichtige Rolle, zum Beispiel durch flächendeckende Speicheltests vor operativen Eingriffen und Hygiene in Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dazu gehört auch der Einsatz von zielgerichteten Antibiotikatherapien.

Modellprojekte für eine bessere Notfallversorgung

Gerade im Flächenland Niedersachsen muss die Notfallversorgung gut koordiniert und ausgestaltet sein. Die bisherige Aufgabenteilung zwischen kassenärztlichem Bereitschaftsdienst, Notfallambulanzen an den Krankenhäusern und medizinischem Rettungsdienst kann Erkrankten und Angehörigen offenbar nur schwer vermittelt werden. So kommt es immer wieder zu Fehlorientierung von Patientinnen und Patienten mit der Folge, dass vielbeschäftigte Rettungsdienste und überlaufenden Notfallambulanzen die Kapazitäten für echte Notfälle fehlen.

Deshalb will eine SPD-Landesregierung den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst und die Notaufnahme der Krankenhäuser zusammenführen. Bereits heute tragen die Krankenhäuser nachts, an Wochenenden und an Feiertagen die Hauptlast einer funktionierenden Notfallversorgung. Durch räumliche Verschmelzung von vertragsärztlichem Notdienst und Krankenhaus-Notfallambulanz können Personal und medizinische Geräte gemeinsam genutzt werden. In Modellprojekten soll die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Notfallambulanzen in Kliniken neu strukturiert werden: Sie sollen eine einheitliche und vorgelagerte Anlaufstelle für die medizinische Versorgung und den weiteren Behandlungsweg bilden. Die Einrichtung solcher Portalpraxen wird vom Land gefördert.

Für bessere ärztliche Versorgung auf dem Lande

Demografische Entwicklung und Bevölkerungskonzentration in Metropolregionen erschweren eine gute ärztliche Versorgung auf dem Lande. Eine SPD-Landesregierung wird auf verschiedenen Wegen gegen diese problematische Situation angehen:

- Anreizsysteme sollen Ärztinnen und Ärzte zur Übernahme freiwerdender Landpraxen motivieren.
- In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) und den Krankenkassen soll Ärztinnen und Ärzten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch neue Strukturen erleichtert werden.
- Die Realisierung von Anreizsystemen für Medizinstudierende (z. B. Stipendien in Kooperation mit Kliniken oder Gebietskörperschaften vor Ort) werden wir prüfen.
- In Ergänzung zu Einzelpraxen werden Ärztehäuser, medizinische Versorgungszentren und Zweigniederlassungen gefördert, die neben der Freiberuflichkeit Arbeitsplätze für angestellte junge Ärztinnen und Ärzte bieten.
- Kleine Krankenhäuser in ländlichen Regionen sollen als Basis für Gesundheitszentren mit Fachärzten und Vertretern aus weiteren Medizinberufen dienen. So ist die Vernetzung von ambulanten und stationären Strukturen zu verbessern.
- Vor allem in dünn besiedelten Regionen soll mit Modellprojekten der Arztbesuch in Mittelpunkten durch öffentlichen Nahverkehr erleichtert werden: Ohne das Hausarztprinzip abzuschaffen, wird so die begrenzte Zahl von Ärztinnen und Ärzten optimal eingesetzt.
- Ausgebaut werden Projekte wie der Einsatz von Versorgungsassistentinnen und -assistenten in der Hausarztpraxis (VERAH), die mit hochqualifizierten Leistungen wie Impf-, Medikations- und Wundmanagement Ärztinnen und Ärzte entlasten. Die Einbeziehung von ambulanten Pflegediensten wird gefördert.

Psychiatrie von morgen

Psychosoziale Probleme stellen ein wachsendes Risiko für die körperliche und seelische Gesundheit der Menschen dar. Die größten Risiken sind dabei Armut und Einsamkeit, Arbeits- und Wohnungslosigkeit – zunehmend aber auch berufsbedingte Belastungen. Von den Fachkräften der Gesundheits- und Sozialdienste sind heute verstärkte psychosoziale Kompetenzen gefragt.

Eine SPD-Landesregierung will für kranke Menschen im Alltag Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement stärken und dabei die präventive Arbeit gemeinwohlorientierter Träger und Vereine stärker einbeziehen. Sie wird die Integration qualifizierter psychiatrieerfahrener Genesungsbegleiter in psychiatrischen Hilfsangeboten fördern. Psychiatrische und psychotherapeutische Fachdienste sollen zu festen Bestandteilen der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur einer Region werden. Ziel ist ein flächendeckendes, wohnortnahes und bedarfsgerecht ausgestaltetes, flexibles Netz von leicht zugänglichen Angeboten, die von akuter Krisenintervention über langfristige Betreuung bis zu komplexen Hilfen reichen.

Flächendeckende Versorgungsregionen sollen die nachbarschaftliche kommunale Zusammenarbeit beim Auf- und Ausbau eines gut koordinierten Hilfesystems erleichtern. Große Bedeutung kommt dabei Sozialpsychiatrischen Verbünden und den Sozialpsychiatrischen Diensten zu. Kern wohnortnaher Versorgung sollen Gemeindepsychiatrische Zentren werden. Zu ihren wichtigen Aufgaben gehört ein mobiler interdisziplinärer Krisen- und Notfaldienst, der gemeinsam mit der zuständigen Klinik auf Regionsebene täglich rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Eine SPD-geführte Landesregierung will das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) novellieren und einen Landespsychiatrieplan mit weitreichenden Empfehlungen erarbeiten. Eine Landesstelle Psychiatriekoordination soll die Aktivitäten bündeln und die interne wie externe Kooperation zwischen Land und Kommunen, Sozialversicherungsträgern und Leistungserbringern unterstützen. Zur Stärkung der landesweiten und kommunalen Koordination und Steuerung soll die Psychiatrieberichterstattung intensiviert werden.

Weil sich
Schweiß
und Einsatz
immer

lohnen.



Gute Arbeit und gesunde Wirtschaft in Niedersachsen.

- 1. Gute Arbeit im Mittelpunkt.**
- 2. Sichere Arbeit in erfolgreichen Unternehmen.**
- 3. Energieland Nr. 1 und Land der „Smart Energy“.**
- 4. Maritime Offensive an der Küste.**
- 5. Mobilität für Land und Wirtschaft.**
- 6. Innovation ist Zukunft.**
- 7. Mittelstand und Handwerk stärken.**

Gute Arbeit im Mittelpunkt.

Potenziale optimal ausschöpfen

Die Digitalisierung der Wirtschaft, neue Geschäftsmodelle, Wertschöpfungsketten und Steuerungsprozesse werden Wirtschaft und Arbeitswelt grundlegend verändern. Für eine SPD-Landesregierung bleibt in diesem Prozess die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein zentrales Aufgabenfeld. Der technologische Fortschritt muss der Aufwertung von Arbeit dienen. Es gilt, die Potenziale digitaler Produktion und smarter Dienstleistungen optimal auszuschöpfen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden.

Eine sichere Fachkräftebasis ist eine zentrale Voraussetzung für die künftige Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Zugleich bietet Qualifikation eine große Chance auf Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt. Eine SPD-Landesregierung steht dabei vor fundamentalen Herausforderungen – dem demografischen Umbruch und der rasant fortschreitenden Digitalisierung: Der hohe Bedarf an Fachkräften steht im Gegensatz zu schrumpfendem Potenzial an Erwerbstätigen. Gleichzeitig steigt der Altersdurchschnitt der Belegschaften und erfordert neue Konzepte in Personalentwicklung und Arbeitsorganisation.

Bildungserfolge durch duales System

Der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme heißt Bildung. Dabei stellt das duale System der Berufsausbildung eine Stärke des deutschen Bildungssystems dar. Deshalb ist auf die Qualität der beruflichen Ausbildung, aber auch auf die Gestaltung des Übergangs von Schule zu Beruf ein besonderes Augenmerk zu richten.

Die Diskussion um das Verhältnis beruflicher und akademischer Bildung führt oft in die Irre. Beides ist notwendig. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in der gesamten Bildungskette Anstrengungen unternehmen, vorhandene Potenziale auszuschöpfen und das Bildungsniveau durch lebenslanges Lernen zu erhöhen. Dazu gehört die Überleitung von Studienabbrechern in die duale Ausbildung und das Berufsabitur, um die Systeme durchlässig zu halten.

Die SPD-geführte Landesregierung hat mit den Initiativen für frühkindliche Bildung und dem Ganztagschulprogramm einiges erreicht. Diese Bereiche sollen intensiv weiterbearbeitet werden. In enger Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern und den Kammern wird die

SPD nun den Einstieg in Arbeit und den Aufstieg im Arbeitsmarkt besser organisieren. Dies wird folgende Maßnahmen erfordern:

- Förderung von Geringqualifizierten,
- Nachqualifizierung junger Erwachsener,
- intensive Hilfen zur Integration von Migrantinnen und Migranten,
- eine wirksamere Unterstützung von Langzeitarbeitslosen,
- Steigerung der Beschäftigungsquoten bei Bevölkerungsgruppen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind – Frauen, Migrantinnen und Migranten, Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen.

Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte

Für den Wettbewerb um qualifizierte Kräfte auf dem globalisierten Markt sind vor allem jene Unternehmen und Arbeitgeber, Standorte und Regionen gewappnet, die ihren Beschäftigten attraktive Arbeitsbedingungen bieten können. Für die langfristige Bindung vorhandener Fachkräfte sowie für die Nachwuchsgewinnung spielen stabile Beschäftigungsverhältnisse und gute Arbeits- und Lebensbedingungen eine zentrale Rolle.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rücken zunehmend die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine ausgewogene Balance zwischen Arbeit und Freizeit in den Mittelpunkt. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch die Versorgung von älteren pflegebedürftigen Angehörigen. Deshalb sollen kleine und mittlere Betriebe (KMU) und das Handwerk beim Aufbau neuer Strukturen gefördert werden, wenn sie ihren Beschäftigten hier Hilfestellungen geben wollen, um sie als Fachkräfte im Unternehmen zu halten.

Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs

Qualifizierte Nachwuchskräfte suchen attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu zählen vor allem Unternehmenskultur und Führungsstil, Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, individuelle Karriere- und Aufstiegsprogramme. Mit den neuen technischen Möglichkeiten, wie sie zum Beispiel das Smartphone bietet, sind viele Tätigkeiten nicht mehr an einen betrieblichen Arbeitsplatz gebunden. Das gibt den Beschäftigten auf der einen Seite mehr Flexibilität. Auf der anderen Seite besteht durch die damit verbundene Arbeitsverdichtung und die ständige Erreichbarkeit die Gefahr der Entgrenzung von Beruf und Privatleben.

Eine SPD-Landesregierung wird die Beschäftigten mit diesem Problem nicht allein lassen. Sie setzt sich für faire betriebliche Vereinbarungen ein, die Flexibilität ermöglichen – zugleich jedoch der ständigen Beanspruchung des Arbeitnehmers deutliche Grenzen setzen.

Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen sind gefordert, im Rahmen der betrieblichen Personalpolitik die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten durch gute Arbeitsbedingungen bis ins Rentenalter zu erhalten. Altersgerechte und -differenzierte Bedingungen am Arbeitsplatz sind Voraussetzungen zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit, der Kompetenz und der Motivation der Beschäftigten.

Eine SPD-Landesregierung wird das Spannungsverhältnis zwischen Flexibilität und sozialer Absicherung neu definieren und den Veränderungsprozess offensiv gestalten. Dabei müssen gesetzliche Rahmenbedingungen, Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen ineinander greifen.

Perspektive für Langzeitarbeitslose: sozialer und inklusiver Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist gespalten: Zwar senkt der anhaltende Stellenboom die Arbeitslosigkeit Stück für Stück, zugleich aber verharrt die Anzahl der Langzeitarbeitslosen mit mehr als einer Million Menschen auf hohem Niveau. Langzeitarbeitslose sind dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe abgehängt. In Niedersachsen suchen knapp 100.000 Menschen schon länger als ein Jahr einen Arbeitsplatz. Persönliche Risikofaktoren sind dabei vor allem die Betreuung eines Kindes unter drei Jahren, fehlende oder geringe Qualifikation, sprachliche Defizite, gesundheitliche Einschränkungen, höheres Lebensalter und herkunftsbedingte Diskriminierung.

Das oberste Ziel einer SPD-Landesregierung ist es, diesen Menschen einen Arbeitsplatz auf dem regulären Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Dazu braucht es eine nachdrückliche berufliche und individuelle Nachqualifizierung und natürlich eine Wirtschaftspolitik, die mehr Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus ist das in der vergangenen Legislaturperiode mit zehn Millionen Euro aufgelegte Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit auszubauen: Ein sozialer Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Aspekt einer Teilhabegesellschaft.

Eine öffentlich geförderte Beschäftigung für 1.000 Langzeitarbeitslose in Niedersachsen: Diese Initiative der SPD-geführten Landesregierung kann angesichts der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen nur ein erster Schritt sein. Auf Sicht soll ein sozialer und inklusiver Arbeitsmarkt entstehen, der allen Menschen offensteht. Denn auskömmliche, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist die beste Vorbeugung gegen drohende Altersarmut. Bei allen Maßnahmen für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt wird die SPD insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigen. Sie brauchen integrierte Programme, die auf die besondere Herausforderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgestimmt sind.

Sichere Arbeit in erfolgreichen Unternehmen.

Aktive Industriepolitik fortsetzen

Ebenso wie die Beiträge der Gewerkschaften und Betriebsräte haben die strategischen Beteiligungen an Volkswagen und an der Salzgitter AG dazu beigetragen, hochqualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze im Land zu halten. Der Zukunftspakt bei VW ist eine gute Blaupause auch für andere Unternehmen zur Gestaltung der Transformation im automobilen Bereich. Anhaltendes Kümmern um Unternehmen wie die Nordseewerke in Emden, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind, hat gemeinsam mit starken Partnern den Weg zu neuen Entwicklungen geöffnet. Massives Werben bei der EU-Kommission in Brüssel um weitere Befreiungen von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat verhindert, dass energieintensive Unternehmen wie Stahlwerke, Zinkhütten oder die chemische Grundstoffindustrie ins Ausland jenseits der EU-Grenzen abwandern.

So verstanden stellt aktive Industriepolitik den Markenkern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Niedersachsen dar. Das soll so bleiben. Die SPD-geführte Landesregierung hat sich in einer Bundesratsinitiative dafür eingesetzt, dass der Staat kleinen und mittleren Unternehmen unbürokratisch zehn Prozent der forschungsbezogenen Personalkosten erstattet. Das wird die Zukunftsfähigkeit dieser Betriebe sicherstellen – funktioniert aber nur, wenn die Unternehmen künftig tatsächlich mehr in Forschung und Entwicklung investieren.

Region Braunschweig als industrielles Herz stärken

Die Region Braunschweig ist die forschungs- und industiestärkste Region des Landes. Sie verfügt über weitestgehend intakte geschlossene Wertschöpfungsketten und trägt damit maßgeblich zum wirtschaftlichen Gesamterfolg Niedersachsens bei. Hier gilt es insbesondere, Start-up-Unternehmen für die kostengünstigere Fläche zu gewinnen und für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Forschungslandschaft erstreckt sich insbesondere auf die in den für die Region notwendigen Kompetenzen wie: Digitalisierung, alternative Kraftstoffe und Antriebe, Energiespeicherung, Rohstoff- und Ressourcen-Sicherung für die Metall- und Chemieindustrie. Der hier vorhandene Technologievorsprung soll durch die SPD-geführte Landesregierung nicht nur gesichert, sondern massiv ausgebaut werden.

Dies werden wir insbesondere durch die Stärkung der Universitäten sowie die Zulassung von Außenstellen der Fachhochschulen passend zu den jeweiligen Kompetenzen in den Gebietskörperschaften erreichen. Auch werden wir uns um die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen des Bundes bemühen. Wir werden die Region zur Fortschrittsregion weiterentwickeln, die in den genannten Bereichen den allgemeinen Innovationen bereits heute mehrere Schritte voraus ist.

Volkswagen und das engmaschige Netzwerk an Zulieferbetrieben bilden das industrielle Zentrum des Landes. Der Wandel hin zu mehr E-Mobilität und zu autonom fahrenden Fahrzeugen ist Chance und Herausforderung zugleich. Denn langfristig werden weniger Arbeitskräfte in der Produktion für die „Hardware“ benötigt, stattdessen mehr im Bereich der Programmierung, also der „Software“. Dies wiederum setzt berufsbegleitendes lebenslanges Lernen der Beschäftigten voraus. Gleichzeitig werden gut ausgebildete Fachkräfte für die neuen Anforderungen benötigt. Diesen Weg wird eine SPD-Landesregierung gemeinsam und im engen Austausch mit Unternehmen und Mitarbeitern aktiv gestalten. Nur im Erfolgsfall können die Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben – und Niedersachsen kann seine Position als Automobilland Nr. 1 halten.



Energieland Nr. 1 und Land der „Smart Energy“.

Chancen der Energiewende nutzen

Eine SPD-Landesregierung wird die Leitmärkte Automobil- und Mobilitätswirtschaft, Logistik, Energie, Agrar und Ernährung, Maritime Wirtschaft sowie Tourismus stärken. Sie wird gleichzeitig den Megatrend Digitalisierung und die Sicherheit der Energieversorgung im Auge behalten. Sie wird in jedem Fall aber die Standortvorteile Niedersachsens für offensive Ansiedlungsstrategien nutzen: Energiekosten und Energiesicherheit werden durch Atomausstieg und Energiewende zu maßgeblichen Standortfaktoren für Unternehmen.

Niedersachsen ist schon jetzt Energieland Nr. 1. Leistungsstarke Betriebe sind führend im Bereich der Onshore-Windenergie. Mit der Ansiedlung von Siemens in Cuxhaven und der Einrichtung des „Deutschen Offshore-Industrie-Zentrum“ ist die Grundlage für eine führende Rolle auch bei der Winderzeugung auf See gelegt. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Sektor weiter ausbauen und das Offshore-Industrie-Zentrum zum Anker und Treiber der Energiewende in Deutschland entwickeln. Dazu gehört auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Ausbau der Energienetze – wie auch die Förderung neuer Speichertechnologien. Der Bau einer Großspeicherbatterie in Varel ist dabei ein erster wichtiger Meilenstein.

Im Rahmen einer Aktion Datensicherheit mit niedersächsischen Unternehmen sorgen wir dafür, dass dort, wo regenerative Energien zu Verfügung stehen, Serverfarmen entstehen, die sichere Datenspeicher für niedersächsische Unternehmen und öffentliche Institutionen anbieten. So lässt sich die kluge Nutzung von Windenergie mit dem Standortvorteil sicheres Datenhosting verbinden.

Industriepolitischen Renaissance an der Küste

Eine SPD-Landesregierung wird die Energiewende zu einer industrielpolitischen Renaissance an der Küste nutzen. Die Ansiedlung von Siemens war der erste Schritt. Auf dem Weg in eine langfristig allein aus erneuerbaren Energien gespeiste Stromproduktion ist für die

Versorgungssicherheit der Einsatz konventioneller Kraftwerke notwendig. Eine SPD-Landesregierung setzt dabei auf effiziente, emissionsarme Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung. Sie sollen in umweltfreundlicher heimischer Produktion entstehen, um die Erdgaspreise stabil zu halten und die Wertschöpfung im eigenen Land zu generieren. Die Digitalisierung der Energiewende soll durch das Projekt „ENERA“ zukunftsfähig gestaltet werden. Durch den damit verbundenen Einsatz intelligenter Technologien wird die Energieversorgung effizienter. Niedersachsen soll nach dem Plan einer SPD-Landesregierung zum Land der „Smart Energy“ werden. Energetische Modernisierungsmaßnahmen sollen die Programme zur Städtebauförderung und zur Dorferneuerung komplettieren. Sie dienen der Umweltpolitik und fördern zugleich das Handwerk.



Maritime Offensive an der Küste.

Den Hafen Niedersachsen ausbauen

Eine SPD-Landesregierung will die niedersächsischen Häfen weiter ausbauen. 40.000 Arbeitsplätze hängen von ihnen und der maritimen Wirtschaft ab. Der JadeWeserPort in Wilhelmshaven und die Offshore-Basis in Cuxhaven gehören zu den zentralen Zukunftsinvestitionen und haben neue Segmente des Hafenumschlags erschlossen. Bedeutend sind auch Hafenstandorte wie Emden für den Automobilumschlag, Brake für den Futtermittelpunkt und für die Inselversorgung in Ostfriesland.

Ein Hafen ist nur so gut wie seine Verbindung ins Hinterland. Mit einer optimalen Anbindung steht und fällt der Ausbau des „Hafen Niedersachsen“: per Straße – das unterstreicht die Bedeutung der Autobahn A 20 –, aber insbesondere auch per Bahn. Deshalb ist eine ausreichende Schienenanbindung für den JadeWeserPort so wichtig.

Kapazitäten für den Gütertransport

Eine SPD-Landesregierung wird die Güterverkehrszentren in Niedersachsen entwickeln. Diese wichtigen Logistik-Zentren dienen der Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger. Es soll sichergestellt werden, dass auch noch im Jahr 2030 ausreichend Kapazitäten auf der Schiene bestehen, um den Gütertransport zu bewältigen. Im Verlauf des Dialogs mit den betroffenen Gebietskörperschaften, Institutionen und Bürgerinitiativen hat die „Alpha“-Ausbauvariante für die modernisierte Schienenverbindung zur niedersächsischen Küste den Zuschlag erhalten: Statt illusorischer Neubaustrecken wird es ein weiteres Gleis zwischen Lüneburg und Uelzen sowie den Ausbau der bestehenden Strecken Rotenburg-Verden und Langwedel-Uelzen zu den vom Dialogforum erarbeiteten Bedingungen der Region geben.

Außerdem will eine SPD-Landesregierung Hafenumschlag und Schifffahrt ökologischer gestalten. Dem dienen unter anderem die Kompetenzzentren „Green Shipping“ in Elsfleth und Leer. Unabdingbar, gerade im globalen Wettbewerb, ist eine bessere Kooperation aller Häfen in Norddeutschland. Die voranschreitende Digitalisierung von Logistikprozessen wird diese Kooperation unterstützen.

Mobilität für Land und Wirtschaft.

Automobilstandort Niedersachsen stärken

Die Automobilindustrie steht vor großen Herausforderungen. Digitalisierung und neue Antriebstechnologien stehen dabei ebenso auf der Tagesordnung wie neue Mobilitätskonzepte. Dabei steht natürlich Volkswagen und insbesondere die niedersächsische Zulieferindustrie für die SPD im Fokus.

Eine SPD-Landesregierung wird weiter an einer engen Verzahnung von Herstellern und Zulieferern arbeiten, um Produktion und Beschäftigung auch beim Umstieg auf neue Technologien am Automobilstandort Niedersachsen voranzubringen. Im Mittelpunkt wird dabei eine strategische Innovationspartnerschaft zwischen Herstellern und Zulieferindustrie stehen. Damit lässt sich gewährleisten, dass Produktion und Beschäftigung auch beim anstehenden Wandel zu mehr Elektromobilität bzw. alternativen emissionsfreien Konzepten in Niedersachsen gesichert bleibt.

Die Sicherung der Arbeitsplätze bei allen Zulieferern und Ingenieur-Dienstleistern für VW muss oberste Priorität haben. Das Umsteuern auf e-Mobilität muss gleichfalls politisch mit den genannten Betrieben zu einer Erfolgsgeschichte ausgebaut werden. Hier darf es keine Verlierer geben. Niedersachsen ist die Ingenieur- und Entwicklerregion Nr.1 – und dies muss so bleiben. Daher will eine SPD-Landesregierung mit einer gezielten Innovationsstrategie dem erwartbaren technischen Fortschritt immer einen deutlichen Schritt voraus sein. Dazu gehört ein Strategiedialog mit Unternehmen und Gewerkschaften über die Zukunft der Automobilindustrie und Mobilität.

Eine SPD-Landesregierung wird Niedersachsen auch bei der Elektromobilität zum Vorreiterland machen. Das gilt für eine gut ausgebauten Ladeinfrastruktur ebenso wie für den ÖPNV mit modernen Elektrobussen. Zusätzlich treiben wir mit einem Testfeld für automatisiertes Fahren und einem ausreichenden Angebot an Tankstellen der Zukunft mit Ladesäulen, Wasserstoff und weiteren Energieträgern den Ausbau der Mobilität der Zukunft aktiv voran. Dazu führen wir flächendeckend Echtzeitinformationen im öffentlichen Verkehr und die ganz neue Vernetzung von öffentlichem und individuellem Verkehr vor allem im ländlichen Raum ein. Das erfolgreiche Konzept für den schienengebundenen Personennahverkehr mit dem Wasserstoffzug von Alstom wird fortgesetzt. Ziel ist es, alle niedersächsischen Bahnstrecken elektrisch und emissionsfrei zu befahren.

Das Auto trägt im Flächenland Niedersachsen auch künftig den Hauptanteil der Mobilität. Das unterstreicht die große Bedeutung der Straßeninfrastruktur. Brücken, Autobahnen, Bundes-, Landes- und kommunale Straßen müssen instandgehalten und modernisiert werden. Darüber hinaus setzt sich eine SPD-Landesregierung für einen bedarfsgerechten Lückenschluss im Straßennetz, insbesondere durch die Autobahnen A 20 und A 39 ein.

Die Telematik bietet hervorragende Chancen, um den Verkehr flüssiger und sicherer zu machen. Dabei sollen bedarfsgerechte und kapazitätsoptimierte Verkehrsleitsysteme und Temporegelungen nicht nur auf Autobahnen eingerichtet werden. Wichtig ist es, die Telematik-Infrastruktur mit verbesserter und verbindlicher Sicherheitstechnik in den Fahrzeugen zu vernetzen.

Autonom fahrende Fahrzeuge bieten neue Chancen im Personen- und Güterverkehr – gerade im ländlichen Raum. Ihre Entwicklung wird mit der schrittweisen Erprobung und Einführung in allen Landesteilen unterstützt. Gleiches gilt für Konzepte zur besseren Lieferlogistik in den Städten, um den innerstädtischen Lkw-Verkehr zu reduzieren.

Elemente eines zukunftsfähigen Personennahverkehrs

Ein wichtiger Schwerpunkt bleibt der Ausbau von öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Ein moderner, mit allen anderen Verkehrsarten verknüpfter und barrierefreier öffentlicher Verkehr wird in Zukunft immer wichtiger. Eine SPD-Landesregierung wird die Kommunen dabei bestärken, denn vor Ort werden die jeweils passenden Instrumente eingesetzt. Im ländlichen Bereich ist ein Beförderungsmix wichtig, der den Ausbau des ökologisch vorbildlichen ÖPNV, Mitfahrzentralen, Anrufsammeltaxis oder Bürgerbusse umfasst.

Das Smartphone soll dabei als zentrales Informations- und Steuerungsmedium dienen. Echtzeitinformation, gerade im ländlichen Raum, für abgestimmte Umsteigemöglichkeiten mit der Verknüpfung von Carsharing, Bahn und Fahrrad sollen einfach, komfortabel und günstig sein. Eine gezielte Förderrichtlinie soll innovative Auskunfts- und Ticketplattformen unter Einbezug weiterer Verkehrsmittel im Mobilitätsverbund auf den Markt bringen. Ziel dieser Initiative soll es sein, perspektivisch ein landesweites, regionsverknüpftes digitales Auskunfts- und Ticketsystem umsetzen zu können – etwa durch Verknüpfung mit Nutzeroberflächen angrenzender Räume. Außerdem wird eine SPD-Landesregierung die Weiterentwicklung moderner Bezahlfunktionen vorantreiben. Angestrebtt wird eine landesweite Tarifstruktur mit Best-Price-Abrechnung.

Der Einsatz von Hybridbussen, elektrischen Bussen, Fahrzeugen mit Brennstoffzellenantrieb oder alternativen Antrieben sollen modellhaft entwickelt werden. Das E-Bike erlangt wachsende Bedeutung und gehört zur neuen Mobilität im ÖPNV. Gute Bike-and-Ride-Plät-

ze, sichere Rad- und Radschnellwege sowie optimale Verknüpfung mit Bus und Bahn gehören zu den Elementen eines zukunftsfähigen Nahverkehrs.

Eine SPD-Landesregierung wird aufgegebene Bahnstrecken sinnvoll reaktivieren. Das Schienennetz soll durch neue Haltepunkte an bestehenden Strecken und durch verbesserte Fahrplanangebote verdichtet werden. Mit dem Ausbau der Bahnangebote sollen auch länderübergreifende Kooperationen intensiviert werden. Nicht elektrifizierte Strecken werden mit umweltfreundlichen Technologien betrieben, zum Beispiel mit wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen im Cuxhavener und Stader Land. Das Busliniennetz soll durch Landesbuslinien dichter werden.

Die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger gehört auch zu den Leitprojekten einer SPD-Landesregierung. Gerade bei älteren Menschen kann ein gut vernetztes Nahverkehrangebot eine selbstständige Lebensführung erleichtern oder im ländlichen Raum sogar erst ermöglichen. Der Alltag älterer Menschen ist vielfach geprägt von Aktivitäten außer Haus, Einkäufen, Arztbesuchen, Spaziergängen und sozialen Kontakten. Dies setzt generell die Möglichkeit zur Mobilität mit der Erreichbarkeit jeweiliger Ziele voraus. Daher sind Mobilität und Erreichbarkeit wichtige Größen für die Gestaltung der sich verändernden Gesellschaft.

Innovation ist Zukunft.

Wirtschaft 4.0 erfolgreich gestalten

Wirtschaft 4.0 bedeutet Modernisierung mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken auf der Grundlage intelligenter, digital vernetzter Systeme. Die niedersächsische Wirtschaft soll auf dem zentralen Feld des technologischen und sozialen Wandels eine führende Rolle übernehmen. Es geht darum, die Chancen der Digitalisierung in alle Landesteile zu tragen. Im Vergleich zu den Großunternehmen stehen vor allem traditionell eher innovationsschwächere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und das Handwerk dabei vor großen Herausforderungen. Sie müssen sich auf die neuen Entwicklungen einstellen und in die neuen Technologien investieren: Sie müssen Anschluss an die Welt der Wirtschaft 4.0 finden.

Eine SPD-Landesregierung sieht die Chance, dass sich Industrie und Dienstleistungswirtschaft zum Leitmarkt und Leitanbieter für eine „Wirtschaft 4.0“ entwickeln. Sie sucht deshalb nach Förderwegen, damit auch die KMU und das Handwerk den Technologiesprung erfolgreich bewältigen können. Deshalb unterstützt sie das „Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0“, das mit verschiedenen Standorten auch in der Fläche präsent ist. Sie fördert zugleich den Ausbau des „Kompetenzzentrums Digitales Handwerk“ und von Start-ups.

Gleichzeitig wird eine SPD-Landesregierung eine gute Beratungs- und Förderstruktur entwickeln, damit die durch Digitalisierung grundlegend veränderten Arbeitsprozesse und Berufsbilder betrieblich umgesetzt werden können. Für die erfolgreiche Gestaltung der Wirtschaft 4.0 und ihren unterschiedlichen Digitalisierungsformen ist es entscheidend, auf die jeweiligen Branchen passgenau einzugehen. Deswegen stärkt eine SPD-Landesregierung Netzwerke und wirtschaftliche Cluster. Das Innovationszentrum Niedersachsen ist das zentrale Instrument dafür.

Mit einem Digitalbonus für kleine und mittelständische Unternehmen und der Förderung von Digitalberatern, die idealerweise in den bestehenden Wirtschaftsfördereinrichtungen angesiedelt werden, werden wir das Unterstützungsangebot weiter abrunden. Dafür stellen wir bis zu 10 Millionen Euro pro Jahr bereit.

Das von der SPD-geführten Landesregierung bereits installierte „Netzwerk Industrie 4.0 Niedersachsen“ soll ausgebaut werden. Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen hilft es, die digital vernetzten Prozesse optimal zu nutzen.

Transfer von Technologie und Wissen gegen Innovationsschwäche

Eine SPD-Landesregierung wird für eine regional passgenaue Struktur des Technologie-transfers sorgen. Denn Strategien zum Wissens- und Technologietransfer sind Grundlage bei der Bekämpfung von Innovationsschwäche. Aber auch die bereits schon entwickelten Instrumente der Fachkräftesicherung müssen auf die neuen Anforderungen eingestellt werden. Dabei sollen die Stärken der Universitäten und Fachhochschulen konsequent genutzt werden, um die Produktentwicklung in den Unternehmen zu bereichern.

Transfer und wissenschaftliche Beratung haben an vielen Hochschulen neben Forschung und Lehre einen eigenständigen Platz. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Organisationen und mit der Zivilgesellschaft arbeiten Hochschulen an neuen Ideen. So leisten Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie mit dem Südniedersachsenprogramm erfolgreiche Beiträge zur regionalen Entwicklung. Aber noch immer bleiben viele Chancen ungenutzt, die sich aus den Ideen der Hochschulen entwickeln ließen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb den Technologie- und Wissenstransfer, die Kooperation von Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft in den Bereichen Digitalisierung und Informatik, Nutzung neuer Energien und im Medizin- und Gesundheitsbereich weiter ausbauen. Davon sollen besonders klein- und mittelständischen Unternehmen profitieren. Eine Initiative des Landes zur Förderung von Start-ups aus den Hochschulen gehört ebenfalls zu dieser Initiative.

Experten aus der Praxis sollen stärker in Auswahlprozesse der Forschungsförderung einbezogen werden (expert review), um Gebrauchstauglichkeit und Nutzerfreundlichkeit der Forschungsergebnisse zu erhöhen.

Eine SPD-Landesregierung wird Transferstrategien für die jeweilige Region zum Bestandteil der strategischen Planung jeder Hochschule machen. Diese Transferstrategien sollen die Hochschulen für Dritte öffnen und gleichzeitig die Autonomie der Hochschulen im wissenschaftlichen Kern ihrer Aufgaben durch klare Spielregeln für die Forschungspartner schützen.

Start-ups entwickeln Technologien und Produkte der Märkte von morgen. Sie sind die Basis künftiger Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Insbesondere die Digitalisierung birgt die Chance für neue Produkte und Geschäftsmodelle. Niedersachsen verfügt über eine lebendige Start-Up-Szene. Eine SPD-Landesregierung will diese jungen Unternehmen im Land halten und ihnen bestmögliche Startchancen geben. Sie wird die Start-ups mit maßge-

schneiderten Beratungsangeboten in Start-Up-Zentren fördern, ein Stipendienprogramm auflegen und ihnen den Zugang zu Risikokapital, Business-Angels und Finanzinvestoren erleichtern. Sie wird dafür den Risikokapitalfonds „NSeed“ auf 50 Millionen Euro aufzustocken und weitere 50 Millionen Euro durch privates Kapital aus Niedersachsen aktivieren.

Mit einem mit 100 Millionen Euro dotierten Beteiligungsfonds sorgen wir dafür, dass sich die jungen niedersächsischen Unternehmen in der Phase nach der Gründung gut entwickeln können. Wir erwarten, dass sich die niedersächsische Wirtschaft zur Hälfte beteiligt.

Wir legen ein Gründerstipendium auf, das unkompliziert insbesondere jungen Menschen helfen wird, ihre Ideen in Niedersachsen in neue Dienstleistungen und Produkte zu verwandeln. Dafür stellen wir für 100 Stipendien pro Jahr zwei Millionen Euro bereit. Unser Ziel ist, dass sich die niedersächsische Wirtschaft zur Hälfte an dem Programm beteiligt.

Mittelstand und Handwerk stärken.

Mittelstand und Handwerk sind die Basis der Wirtschaft Niedersachsens. 70 Prozent der Beschäftigten und 75 Prozent der Auszubildenden sind in den kleinen und mittleren Unternehmen tätig. Der Mittelstand ist der wichtigste Arbeitsplatzmotor: Hier sind allein seit 2010 mehr als 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Eine SPD-Landesregierung wird die kleinen und mittleren Unternehmen auch in Zukunft durch aktive Wirtschaftsförderung unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel betriebliche Innovations- und Investitionsförderung. Diese Mittel sollen möglichst verstetigt werden, damit Niedersachsen auch in der neuen EU-Förderperiode ab 2021 Fördergebiet bleibt. Ein besonderer Fokus liegt auf der Unterstützung der KMU bei der Fachkräftesicherung durch eine Förderung von Aus- und Weiterbildung und im Prozess der Digitalisierung.

Das Handwerk ist mit seinen rund 83.000 Betrieben, rund 50 Milliarden Umsatz und rund 520.000 dort tätigen Menschen eine gewichtige Wirtschaftsmacht. Eine SPD-Landesregierung wird den Meisterbrief als Zugangsvoraussetzung zur selbständigen Handwerksausübung erhalten und gegen Angriffe, zum Beispiel durch weitere europäische Liberalisierungsvorhaben, verteidigen. Sie wird das Handwerk stärken und bei den zentralen Herausforderungen Fachkräftesicherung, Innovation und Digitalisierung unterstützen.

Sozialpartnerschaft und Tarifpartnerschaft sind auch und gerade im Handwerk Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und für die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte. Tarifbindung und -autonomie sollen daher weiter gestärkt werden.

Zur Fachkräftesicherung wird eine SPD-Landesregierung das Qualifizierungs- und Integrationsprojekt für Geflüchtete mit Bleibeperspektive (IHAFA) bei Bedarf über 2019 hinaus fortsetzen, die Meisterausbildung durch Kostenfreiheit attraktiver machen und Projekte fördern, die gezielt Studienabbrecher für das Handwerk gewinnen sollen. Die niedrigschwellige Innovationsförderung kommt insbesondere Handwerksbetrieben zugute und soll fortgesetzt werden. Die besonderen Unterstützungsangebote von Bund und Land für die Handwerksbetriebe im Prozess

der Digitalisierung durch die verschiedenen Kompetenzzentren in Niedersachsen sollen über die bisherigen Förderzeiträume hinaus gesichert werden.

Von der Regelung der Unternehmensnachfolge sind immer mehr Betriebe in Niedersachsen betroffen – sie stellt für viele Handwerksbetriebe eine große Herausforderung dar. Daher wird eine SPD-Landesregierung das Projekt der Nachfolgemoderatorinnen und -moderatoren fortsetzen, die die Unternehmen aktiv begleiten und bei der Suche nach geeigneten Nachfolgern aktiv unterstützen.

Warum sicher?



Weil sicher!

Geschützt und sicher in Niedersachsen.

Sozialdemokratische Innenpolitik bedeutet Gleichklang von Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden muss effektiv funktionieren, denn der Staat muss fähig sein, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Zugleich sind die Freiheitsrechte des Einzelnen zu respektieren. Die SPD spielt nicht das eine gegen das andere aus, sondern gestaltet einen handlungsfähigen Staat in einer demokratischen Gesellschaft mit hoher Lebensqualität. Die Sicherheitsbehörden leisten hervorragende Arbeit. Doch Herausforderungen wie Terroranschläge oder ausufernde Cyber-Kriminalität machen es notwendig, Polizei, Verfassungsschutz und Justiz weiter zu stärken.

Die allgemeine Verwaltung und stabile Finanzen sind das Fundament für ein funktionierendes Gemeinwesen. Dieses Fundament gilt es zu erhalten und zu stärken, um den Rahmen für die Freiheit und die Sicherheit für alle Menschen zu garantieren. Nicht zuletzt der verstärkte Zuzug geflüchteter Menschen nach Deutschland beweist, wie wichtig ein funktionierendes Staatswesen ist.

1. **Sicher leben in Stadt und Land.**
2. **Zuwanderung aktiv steuern.**
3. **Starker Rechtsstaat und bürgernahe Justiz.**
4. **Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst erhalten.**
5. **Gesunde Kassen für einen aktiven Staat.**

Sicher leben in Stadt und Land.

Nie zuvor war die niedersächsische Polizei so stark wie heute. Seit 2012 stieg die Zahl der Polizistinnen und Polizisten hier von 19.919 auf 21.061 Stellen. Mit 1.142 Stellen mehr ist das der höchste in Niedersachsen jemals erreichte Stand. Gleichzeitig absolvieren so viele junge Leute die Polizeiausbildung wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Das alles sind Ergebnisse sozialdemokratischer Innenpolitik. Damit wurde die Polizeipräsenz in der Fläche erheblich verbessert und Polizeistationen als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger wurden gestärkt. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Standard erhalten und weiter ausbauen. Deshalb wird sie in der nächsten Wahlperiode zusätzliche 1.000 Einstellungsmöglichkeiten schaffen. Es sollen sowohl Polizeibeamte für den Einsatz- und Streifendienst als auch Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus angeworben werden. Durch gezielte Werbemaßnahmen sollen vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewonnen werden. Denn es stärkt die Polizei, wenn sie in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegelt.

Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte soll zugleich die Perspektive auf eine Beförderung mindestens nach Besoldungsstufe A11 erhalten. Grundlage ist ein Stellenhebungsprogramm von 1.500 Stellen von A9 nach A11, das zusätzliche 3.000 Beförderungsmöglichkeiten schafft. Zugleich werden Zulagen und Entschädigungen für Polizei und Verfassungsschutz fortlaufend überprüft und, wenn nötig, dynamisch angepasst.

Moderne Polizeiarbeit auf den Kern konzentrieren

Die Politik einer SPD-Landesregierung wird darauf abzielen, Polizeiarbeit auf den Kern ihrer Ermittlungs- und Analysearbeit zu konzentrieren. So sollen zum Beispiel Vollzugsbeamte bei Polizei und der Verfassungsschutz durch Fachpersonal konsequent von Verwaltungs- oder IT-Aufgaben befreit werden. Moderne Software soll Polizeiarbeit verbessern. Im Zentrum wird dabei die elektronische Auswertung und ständige Verfügbarkeit der gesammelten Daten stehen. Alle Polizeikräfte erhalten dafür mobile Endgeräte. Ein Pilotprojekt ist unter dem Namen „Gesamtstrategie IKT“ 2016 bereits erfolgreich gelaufen.

Bürgerfreundliches Polizeigesetz etablieren

Eine SPD-Landesregierung wird das Niedersächsische Polizeigesetz mit dem Ziel reformieren, eine bürgernahe, transparente und gleichzeitig noch effektivere und qualifiziertere Polizeiarbeit in Niedersachsen sicherzustellen. Das neue Gesetz wird folgende Eckpunkte aufweisen:

Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) wird künftig als „Gesetz über die Abwehr von Gefahren“ geführt. Eine moderne und hochqualifizierte Polizei im demokratischen Rechtstaat schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren, gewährleistet Sicherheit vor Terrorismus und Kriminalität.

Polizeiarbeit darf nicht auf private Sicherheitskräfte ausgelagert werden.

Moderne Polizeiarbeit mit moderner Ausrüstung

Die Ausstattung der Polizei soll in den Bereichen Einsatz- und Kommunikationsmittel, Streifenwagen, Ausbildung und Liegenschaften optimiert werden. Im Rahmen eines weiteren Antiterrorpaketes wird die Ausstattung der Polizei weiter verbessert. Sondergeschützte Fahrzeuge für die SEK, der Ausbau des zweiten Standortes des SEK in Oldenburg und die Ersatzbeschaffung von größeren Hubschraubern für den schnellen Einsatz der SEK im Flächenland Niedersachen stehen hier im Fokus. Außerdem wird ein „Analyse-Service-Verbund“ mit dem Schwerpunkt Terrorismus eingeführt, der Einsatz der Fußfessel, die Auswertungs- und Analysekompotenten gestärkt und eine Taskforce für den Cyberbereich Terror eingerichtet.

Zugleich werden die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für den Einsatz von Bodycams sowie die gezielte Videoüberwachung an Verbrechenschwerpunkten geschaffen.

Datenschutz sichert private Rechte

In der modernen Polizeiarbeit spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle. Das Recht auf Privatsphäre sowie Informations- und Meinungsfreiheit gehören im digitalen Zeitalter zu den Eckpfeilern sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Dabei sind der Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und allgemeine Sicherheitsbedürfnisse in Einklang zu bringen. Eine SPD-Landesregierung wird jedenfalls den „anlasslosen“ und nicht rechtsstaatlich kontrollierten Zugriff auf die private Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger nicht zulassen.

Wohnungseinbrüche bekämpfen

Jeder Wohnungseinbruch ist einer zu viel, weil er das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zutiefst verletzt. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung hierauf ein besonderes Augenmerk legen.

Klar ist: Einbrecher halten sich heute nicht mehr an Grenzen. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die länderübergreifende Polizeikooperation ausbauen und zugleich Präventionsmaßnahmen unterstützen. Dazu sollen Förderprogramme für den privaten Schutz in den eigenen vier Wänden aufgelegt werden. Einhergehen soll das mit der Prüfung, ob Schutzmaßnahmen gegen Wohnungseinbrüche steuerlich begünstigt werden können. Die Instrumente der Kriminalitätsvorhersage werden mit modernen Mitteln weiter ausgebaut: der Analyse von Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten und zur Steuerung des Einsatzes von Polizeikräften, das sogenannte Predictive Policing.

Beteiligungskultur statt Hierarchie-Denken

Mit der neuen Polizeistrategie 2020 hat die SPD-geführte Landesregierung Maßstäbe für eine lebendige Beteiligungskultur gesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich öffentlich wie anonym mit Vorschlägen zur Verbesserung von Arbeit und Strukturen der Polizei beteiligen. Mitsprache bei Entscheidungen erhöht die Akzeptanz der gemeinsamen Ziele, sie darf nicht durch reines Hierarchie-Denken unterbunden werden. Gegenseitiger Austausch zwischen den Laufbahngruppen gewährleistet eine kompetente, vertrauensvolle und effektive Zusammenarbeit zwischen der Führungsebene und Mitarbeiterschaft. Eine SPD-Landesregierung wird diese Polizeikultur weiterentwickeln.

Verfassungsschutz gegen islamistischen Extremismus

Paris und Brüssel, Würzburg und Ansbach, Berlin und nicht zuletzt auch Hannover: Die Anschläge des islamistischen Terrorismus haben Deutschland erreicht. Für die Sicherheitsbehörden problematisch sind vor allem selbstständig handelnde Einzeltäter, deren Radikalisierung oft verdeckt über das Internet erfolgt. Ihre Anschlagspläne sind im Vorfeld kaum zu erkennen. Auch für Niedersachsen liegt eine ernste Bedrohungslage vor. Um dieser Gefährdung, der salafistischen Radikalisierung sowie der Propaganda und den Rekrutierungsversuchen des sogenannten „Islamischen Staats“ in den sozialen Netzen wirksam zu begegnen, müssen die Sicherheitsbehörden leistungsfähig aufgestellt sein. Dazu gehören eine effiziente IT-Infrastruktur sowie IT- und wissenschaftliche Analysekompetenz. Eine SPD-Landesregierung wird den Verfassungsschutz personell und finanziell dauerhaft und gezielt mit wissenschaftlicher Expertise und im Bereich der Observation verstärken. Die Zulagen für Verfassungsschutz-Kräfte werden an die Zulagen der Polizei angepasst.

Aktion Neustart für Aussteiger

Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus muss durch präventive Maßnahmen flankiert werden. Der Staat muss ansprechbar sein – für die, die in extremistische Milieus abzurutschen drohen ebenso wie für die, die bereits abgedriftet sind und aussteigen wollen.

Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Angebote zur Prävention gegen salafistische Radikalisierungen ausgebaut und vernetzt werden. Die Beratungsstelle „be-RATen e.V.“ und das unter gemeinsamer Geschäftsführung von Landeskriminalamt und Verfassungsschutz geleitete Kompetenzzentrum „Islamistische Radikalisierung in Niedersachsen“ sind dabei wichtige Säulen. Sie setzt zudem auf Aussteigerprogramme, wie sie sich bereits am Beispiel des Rechtsextremismus bewährt haben. Betroffene sollen nicht stigmatisiert, sondern es sollen ihnen Perspektiven für ein Leben in der Gesellschaft aufgezeigt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird zudem die Kriminalprävention durch frühzeitige Intervention und kompetente Fachleute in den Polizeidienststellen weiterführen. Potenzielle Gefährder werden konsequent überwacht.

Bei der Bekämpfung von Extremismus ist nicht zuletzt die Zivilgesellschaft gefordert, ob in der Schule oder im Sozialamt, im Sportverein oder als Nachbarn. Eine SPD-Landesregierung wird die Beratungsangebote des Landespräventionsrats gegen Rechtsextremismus und gegen salafistische Radikalisierung unterstützen.

Gesellschaft gegen extremistische Gewalt

Salafistische Radikalisierung und steigende Islamfeindlichkeit befürchten sich gegenseitig. Rechtsextreme und Rechtspopulisten nutzen gezielt Angst vor Anschlägen, um Geflüchtete oder Muslime als Sicherheitsrisiko abzustempeln. Schon jetzt reicht die Islamfeindlichkeit weit über den von Sicherheitsbehörden registrierten Personenkreis hinaus.

Eine SPD-Landesregierung wird verhindern, dass islamfeindliche Parolen und Antisemitismus salonfähig werden. Sie wird dafür sorgen, dass rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zum Beispiel gegenüber Geflüchteten sowie Anschläge auf deren Unterkünfte verfolgt werden. Offenbar fühlen sich manche Bürgerinnen und Bürger mit einer latent bis offen fremdenfeindlichen Haltung zu solchen Taten legitimiert, da sie sich als Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens sehen. Dem ist mit Aufklärung und Prävention entgegenzuwirken. Das „Niedersächsische Landesprogramm gegen Rechts“ stellt dabei wichtige Weichen. Eine SPD-Landesregierung wird es genauso weiterentwickeln wie die Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten (Aktion Neustart).

Immer häufiger handeln Rechtsextreme kriminell auch gegen Ehrenamtliche und Kommunalpolitiker. Eine SPD-Landesregierung wird gegen solche Aktionen gesellschaftliches Engagement bündeln und dafür sorgen, dass Prävention frühzeitig und koordiniert ansetzt.

Sicherheit funktioniert am besten auf breiter Basis und profitiert von einer engen Einbindung der Sozialarbeit und einer intensiven Beteiligung der Zivilgesellschaft, zum Beispiel lokaler Bürgerorganisationen.

Kriminalität von Flüchtlingen ist kein Tabuthema

Erfolgreiche Integration bedeutet auch Respekt vor Recht und Gesetz zu halten. Dies erwartet die SPD von Menschen mit Migrationshintergrund, genauso wie von allen anderen. Es ist falsch, über Probleme hinwegzusehen – genauso wie es Gift für das gesellschaftliche Klima ist, ganze Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Muslime, pauschal zu verdächtigen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb gegen Kriminalität im Flüchtlingsbereich genauso entschlossen vorgehen wie gegen jede andere.

Zuwanderung aktiv steuern.

Die demografischen Probleme wachsen: In einigen Gegenden stehen bereits Wohnungen und Geschäfte leer, Stadtkerne bluten aus, Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass Niedersachsen stärker von „geordneter“ Zuwanderung profitiert. Diese gesteuerte Zuwanderung ist zum Beispiel am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert. Sie ermöglicht es qualifizierten und arbeitssuchenden Menschen aus Drittstaaten, hier Fuß zu fassen.

Eine SPD-Landesregierung wird sich deshalb auf der Bundesebene weiter für ein modernes Einwanderungsgesetz einsetzen. Dazu wird sie einen Dialog über die deutsche Identität als Einwanderungsland und die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft beginnen. Diese breit angelegte Debatte wird die Landeszentrale für politische Bildung in den Städten und Gemeinden unterstützen.

Schutz für Kriegsflüchtlinge

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren für Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge eingesetzt – so mit Aufnahmeprogrammen für syrische Flüchtlinge und für schutzbedürftige Frauen aus dem Nordirak. Die SPD wird diesen Kurs gegen den Widerstand von Konservativen und Rechtspopulisten weiterverfolgen. Sie wird auch künftig an solchen Aufnahmeprogrammen mitwirken und Schutzsuchende aufnehmen. Das schließt Familiennachzug bei anerkannten Schutzsuchenden ein. Zu dieser Grundhaltung gehört auch der Einsatz für die Bekämpfung von Fluchtursachen auf Bundesebene, wie er mit dem Aufbau eines Landesprojektes im Nord-Irak deutlich wird.

Freiwillige Rückkehr forcieren

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich erfolgreich für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eingesetzt. Sie wird auch künftig allen Versuchen entgegentreten, diese Regelungen aufzuweichen. Aber: So entscheidend es ist, Schutzsuchende zu unterstützen, so klar ist auch, dass nicht alle bleiben können. Wer keinen Schutzanspruch geltend machen kann, wird das Land wieder verlassen müssen. Dabei ist vor Abschiebung vor-

dringlich eine freiwillige Rückkehr anzustreben. Niedersachsen hat hier bereits gute Erfolge erzielt und ist bundesweit Vorreiter für diesen humanen Weg. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die Beratung zur freiwilligen Rückkehr ausbauen und den Kommunen noch intensiver bei dieser Praxis helfen. Zugleich tritt sie dafür ein, den Aufenthalt von Straffälligen, die kein Aufenthaltsrecht haben, konsequent zu beenden.

Starker Rechtsstaat und bürgernahe Justiz.

Der Rechtsstaat bildet die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Eine bürgernahe Justiz sorgt für Recht und Gerechtigkeit. Für diese Aufgabe muss die Justiz motiviert sein – und gut ausgestattet. Nach diesen Grundsätzen wird eine SPD-Landesregierung ihre Schwerpunkte für eine moderne Rechtspolitik ausrichten.

Vor dem Gesetz sind alle gleich

Das gesellschaftliche Klima wird zunehmend durch soziale und politische Frontstellungen geprägt. Die Akzeptanz von Demokratie und Rechtsstaat scheinen zu schwinden. Viele haben das Gefühl, es gehe nicht mehr „gerecht“ zu, es werde mit zweierlei Maß gemessen und es entstünden vermehrt rechtsfreie Räume. Wachsende Terrorismusgefahr sorgt für weitere Verunsicherung. In diesem Klima entsteht rechtspopulistisches Gedankengut mit negativen Folgen für Rechtsstaat und Demokratie.

Die Justiz ist gefordert, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Der Grundsatz „Vor dem Gesetz sind alle gleich“ darf nicht ins Wanken geraten. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die Justiz in die Lage versetzen, Verfahren unabhängig von ihrer Komplexität in angemessener Zeit und guter Qualität durchzuführen. Das erfordert Aufstockung der Ressourcen und Stärkung des Fachwissens, schließlich Reformen zur Verfahrensvereinfachung. Im Dialog mit den Hochschulen, der Anwaltschaft und der Justiz sollen Schwächen in der Juristenausbildung analysiert und beseitigt werden.

Handlungsbedarf sieht die SPD im Strafrecht, bei Verfahren gegen die organisierte Kriminalität und gegen Internet- und Cyber-Kriminalität; im Zivilrecht bei komplexen Verfahren in Kapitalanlagedelikten, Bau- oder Arzthaftungsfragen; im Bereich der Fachgerichtsbarkeit und der hohen Zahl von Asylverfahren; schließlich den zahlreichen Verfahren an den Sozialgerichten. Weiter ist es geboten, einfache Fälle von Strafsachen in beschleunigten Verfahren bis in die Berufungsinstanz abzuurteilen. Komplexe Wirtschafts- und Steuerstrafsachen erfordern eine hohe Professionalität. Massenverfahren stellen wiederum eine Herausforderung dar, weil eine Vielzahl von Klägern aus gleichem oder ähnlich gelagertem Sachverhalt klagen.

Eine SPD-Landesregierung wird das Justizpersonal zügig auf den Standard des Personalbedarfsberechnungssystems „PebbSy 1,0“ aufstocken. Es sollen Kapazitäten geschaffen werden, um Belastungsspitzen mit zusätzlichem Personal flexibel aufzufangen. Expertenwissen soll durch Spezialisierung und Konzentration gefördert werden. Eine Reform zur Vereinfachung des Verfahrensrechts soll die Möglichkeiten von Musterverfahren ausweiten.

Angesichts der hohen Belastung der Justiz kommt der alternativen Streitschlichtung besondere Bedeutung zu, insbesondere der Mediation. Streitende Parteien finden dabei in den allermeisten Fällen zu einer Lösung. Das sichert den Rechtsfrieden und entlastet die Justiz. Eine SPD-Landesregierung wird das Instrument der Mediation durch Kostenbeihilfen oder als verpflichtendes Vorschaltverfahren ausbauen.

Rechtsprechung muss für alle erfahrbar sein

Gerichte haben den Verfassungsauftrag, effektiven Rechtsschutz für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Zumindest in der Eingangsinstanz ist es für die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsprechung wichtig, dass die Entscheidung von einem Gericht vor Ort getroffen wird: Rechtsprechung muss in der Mitte der Bevölkerung stattfinden und für alle erfahrbar sein. Ein Gericht, das nicht vor Ort tätig ist, kann das nur eingeschränkt leisten. Das ist nicht bürgerfreundlich, weil „lange Wege“ zum Gericht viele Bürger davon abhalten, „ihr“ Recht in Anspruch zu nehmen. Rechtsprechung „fern der Heimat“ löst zudem das Gefühl der Fremdbestimmtheit aus und schadet der Akzeptanz des Rechtssystems.

Eine SPD-Landesregierung wird allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu den Gerichten sichern und Veränderungen bei der Prozesskosten- und Beratungshilfe verhindern, die diesem Ziel widersprechen. Wir werden uns für eine Evaluation der Wirksamkeit von Prozesskosten- und Beratungshilfe einsetzen. Das bürgerfreundliche Widerspruchsverfahren zur Vermeidung von unnötigen Gerichtsverfahren werden wir auf weitere Bereiche ausdehnen.

Eine SPD-Landesregierung wird die Justiz in der Fläche mit kleineren Gerichten erhalten. Diese Gerichte können sich auch zu Kooperationen mit anderen Gerichten zusammenfinden. Die gegen „kleinere“ Amtsgerichte angeführten wirtschaftlichen Gründe spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Mehr Bürgernähe in der Justiz

Manche Bürgerinnen und Bürger sehen in Gerichten immer noch eine Verkörperung des bestrafenden Obrigkeitstaats. Andere verstehen die komplizierten Regeln, Sprache und Urteile in der Justiz nicht. Eine SPD-Landesregierung wird Schwellenängste abbauen, den

Zugang zu Gerichten erleichtern und so die Akzeptanz der Justiz und ihrer Entscheidungen erhöhen. Der Ansatz einer bürgernahen Justiz umfasst Barrierefreiheit, Internetauftritte sowie die Kommunikation zwischen Gericht und Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb sollen Reformprojekte wie die Vereinheitlichung der gerichtlichen Internetauftritte und die Einführung von „leichter Sprache“ fortgesetzt werden.

Wichtiger Beitrag der Ehrenamtlichen

Die vielen ehrenamtlich Tätigen leisten einen wichtigen Beitrag für die Justiz. Eine SPD-Landesregierung wird über die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements und die zahlreichen Hilfestellungen für Ehrenamtliche besser informieren. Die Landesregierung wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen und dafür Sorge tragen, dass Landesbeschäftigte ihrem Ehrenamt nachgehen können, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Freistellung von Ehrenamtlichen schaffen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist die Funktion von Schiedsleuten oder von Schöffinnen und Schöffen nicht hinreichend bekannt. Andere beschäftigen sich mit ehrenamtlicher Betreuung erst dann, wenn ein Bedarf in der eigenen Familie entstanden ist. Und es gibt eine Schwellenangst vor der Übernahme eines Ehrenamts trotz der Begleitung von Justizangestellten.

Um all diese Vorbehalte abzubauen, wird eine SPD-Landesregierung eine einheitliche Koordinierungsstelle „Ehrenamt in der niedersächsischen Justiz“ mit umfangreichen Informations- und Lotsenfunktionen sowie kostenlosen Fortbildungsmöglichkeiten einrichten. Weiter soll geprüft werden, ob bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten als Praktikum gewertet werden und somit für die Berufstätigkeit von Nutzen sein können. Betriebe sollen aufgefordert werden, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Übernahme eines Ehrenamtes zu ermutigen. Ehrenamtliche dürfen durch ihr Engagement keine Nachteile im Beruf erleiden.

Sicherheit an den Gerichten

Die Zahl der Gewaltakte und Bedrohungen gegen Bedienstete der Justiz hat zugenommen. Eine SPD-Landesregierung wird das Konzept für die Sicherheit in Gerichtsgebäuden weiterentwickeln und tägliche Einlasskontrollen einführen. Dafür wird die Zahl der Wachtmeister erhöht, die ein Sicherheitstraining durchlaufen sollen. Für Zugangskontrollen wird Sicherheitstechnik wie Handsonde, Röntgengepäckscanner und Detektorrahmen eingesetzt.

Betreuung braucht mehr Ehrenamt

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist die Zahl der Betreuungen gestiegen. Ein erhöhter Bedarf an Betreuern ist abzusehen. Zugleich haben die Pflichten des ehrenamtlichen Betreuers wie „Rechnungslegung gegenüber dem Gericht“ zugenommen. Wohl auch

deshalb geht die Zahl der ehrenamtlichen Betreuung zurück, obwohl es von Betreuungsvereinen und -behörden sowie vom Gericht zahlreiche Hilfestellungen gibt.

Eine SPD-Landesregierung wird nachdrücklich dafür werben, dass Menschen vor dem Entstehen des Betreuungsbedarfes eine Vorsorgevollmacht ausstellen und so eine rechtliche Betreuung überflüssig wird. Alternative ist eine Betreuungsverfügung, in der eine Betreuerin oder ein Betreuer bestimmt wird. Weiter wird eine SPD-Landesregierung dafür werben, dass mehr Menschen eine ehrenamtliche Betreuung übernehmen. Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden sollen finanziell stärker gefördert werden. Die auf mehrere staatliche Stellen verteilte Beratung ehrenamtlicher Betreuer soll gebündelt und personell ausgestattet werden. Zu viel Bürokratie soll niemanden von der Übernahme ehrenamtlicher Betreuung abhalten.

Bei professionellen Betreuerinnen und Betreuern wird eine SPD-Landesregierung Ausbildungsrichtlinien entwickeln und das Berufsbild regeln. Im Beschluss zur Bestellung von Berufsbetreuerinnen und -betreuern sollen Gerichte künftig ausführen, warum die benannte Betreuung ausgewählt wurde, dagegen ehrenamtliche Betreuung nicht in Betracht kommt.

Gesichtsverschleierung im Gerichtssaal

Gerade im Gerichtssaal hat die gesellschaftliche Debatte über das Tragen von Kopftüchern, Gesichtsverschleierung (Niqab) oder Ganzkörperverschleierung (Burka) die Frage nach der Grenze zwischen Religionsfreiheit und Neutralitätspflicht der Justiz an Brisanz gewonnen.

Eine SPD-Landesregierung erwartet von hauptamtlichen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und -anwälten strikte Neutralität. Bei ihnen ist jede Art religiöser Bekleidung nicht akzeptabel – anders als bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern oder anderen Prozessbeteiligten, zum Beispiel aus der Verwaltung. Sie sollen die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite vertreten, so dass hier ein Kopftuch zu akzeptieren ist. Allerdings ist im Gerichtssaal eine Gesichts- oder gar Ganzkörperverschleierung generell abzulehnen. Der persönliche Eindruck und die Sichtbarkeit von Mimik und Körpersprache können für die Rechtsfindung entscheidend sein. Bei der Zeugenvernehmung zum Beispiel müssen für die Beweiswürdigung auch nonverbale Reaktionen offen erkennbar sein.

Personalentwicklung im Kampf um die besten Köpfe

Die Justiz braucht gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels herrscht ein starker Konkurrenzkampf um die besten Köpfe. Darüber hinaus stellen veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten – in-

terkulturelle Vielfalt, Technisierung der Arbeitswelt, erhöhte Ansprüche an Vereinbarkeit von Familie und Beruf – neue Anforderungen an die Justiz.

Eine SPD-Landesregierung wird sich diesen Herausforderungen durch mehr Vielfalt bei der Personalauswahl stellen und dafür sorgen, dass vor allem auch Menschen mit Migrationshintergrund oder mit beruflichen Erfahrungen den Rechtsbetrieb verstärken. Deshalb sollen Regeln analog der Bundeslaufbahnverordnung (Paragraf 46) für die Personalentwicklung der niedersächsischen Justiz gesetzlich verankert werden. Überprüft werden sollen auch das Gehaltsgefüge und die Attraktivität der Arbeitsplätze.

Gleichzeitig wird eine SPD-Landesregierung Ausbildungsinhalte und Berufsbilder an den gesellschaftlichen Wandel und die veränderten Aufgaben anpassen – vor allem bei Anstaltsleitungen, Ärztinnen und Ärzten im Vollzug, bei Service-Einheiten und beim Justizwachtmeisterdienst. Neben den Fachthemen für die jeweiligen Laufbahngruppen müssen auch Führungskräfteschulung und persönliche Weiterbildung in die Fortbildung einbezogen werden. Dazu gehören Sprachkompetenzen.

Opfer-Perspektive stärker ins Bewusstsein rücken

Wer Opfer einer Straftat geworden ist, erlebt häufig nicht nur die Tat selbst als Trauma, sondern auch das, was einer Strafanzeige folgt: das Ermittlungsverfahren, die Medien-Berichterstattung, die Notwendigkeit der eigenen Zeugenaussage, die individuell als gerecht oder ungerecht beurteilte Verurteilung der Tat – und letztlich den Umstand, dass nahezu alle inhaftierten Straftäterinnen und Straftäter irgendwann in Freiheit entlassen wird. Allerdings ist das Bewusstsein für die Opferperspektive mittlerweile gestiegen. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte bemühen sich inzwischen, Opfer von Straftaten nicht unnötig zu belasten.

Eine SPD-Landesregierung wird die Opfer-Perspektive stärker in das Bewusstsein von Gesellschaft und Verfahrensbeteiligten rücken, um die mit der Tat und dem Verfahren verbundenen Belastungen zu mildern. Sie will durch den Einsatz moderner Konzepte wie dem sogenannten Wiedergutmachungsverfahren („Restorative Justice“) die Auseinandersetzung der Täterin und des Täters mit seiner Tat stärken. Organisatorische Maßnahmen bei Polizei und Justiz sowie das Engagement von Betreuungseinrichtungen sollen Kriminalitätsopfern Schutz und Hilfe bieten. Um die wertvolle Arbeit der freien Opferhilfe für Opfer von Straftaten zu unterstützen, wurden die Haushaltsmittel des Landes für die psychosoziale Prozessbegleitung, den Täter-Opfer-Ausgleich und die mobile Opferberatung Rechtsextremismus bereits aufgestockt.

Justizvollzug: Resozialisierung als Schwerpunkt

Eine SPD-Landesregierung wird den gut funktionierenden Justizvollzug für die innere Sicherheit des Landes ausbauen. Neben dem Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten ist dabei Resozialisierung Hauptziel des Vollzuges. Gefangene sollen dadurch befähigt werden, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Vor diesem Hintergrund soll ein umfassendes Resozialisierungsgesetz auch schon bestehende Regelungen mit modernen Konzepten zusammenführen.

Resozialisierung verläuft umso erfolgreicher, je nahtloser die Übergänge aus der Haft zu einem Leben in Freiheit führen. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung langfristig ein modernes Fallmanagement einrichten, bei dem Täterinnen und Täter von der rechtskräftigen Verurteilung bis weit nach der Entlassung aus der Haft – auch bei anschließender Bewährungszeit oder Führungsaufsicht – von einer einzigen Fallmanagerin oder einem einzigen Fallmanager individuell betreut werden. Der Vollzug soll in stabile Verhältnisse entlassen sowie während der Inhaftierung soziale Kontakte erhalten und fördern. Dies erfordert ein vernetztes übergreifendes Zusammenwirken von Justiz, Justizvollzug, Polizei, lokalen Behörden und Bündnissen.

Deshalb wird eine SPD-Landesregierung dafür sorgen, dass

- eine Vernetzung der Sozialarbeit im Strafvollzug und des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) erfolgt;
- das Leben im Vollzug an allgemeine Lebensverhältnisse angepasst und der offene Vollzug sowie vollzugslockernde Maßnahmen vor der Entlassung angewendet werden;
- ein integriertes Konzept für eine umfassende Betreuung der Verurteilten im Sinne eines Fallmanagements entwickelt wird und medizinische, psychiatrische und psychosoziale Versorgung enthält;
- die Haftzeit für Schul- und Berufsabschlüsse genutzt wird;
- eine bessere Eingliederung von Strafgefangenen in die Systeme der Sozialversicherung auf der Bundesebene erfolgt. Dazu gehört die Prüfung, ob arbeitende Gefangene Rentenanwartschaften erwerben können.

Eine SPD-Landesregierung wird die Wirksamkeit der Resozialisierungsmaßnahmen in wissenschaftlichen Langzeitstudien evaluieren und ggf. entsprechend anpassen. Nach dem Vorbild des Landes Nordrhein-Westfalen will sie das Amt eines Vollzugsbeauftragten einrichten. Er soll als zentrale Anlaufstelle für alle vom Justizvollzug Betroffenen fungieren, Erkenntnisse bündeln und das Justizministerium beraten. Petitionsrecht, gerichtlicher Rechtsschutz und bestehendes Beschwerderecht bleiben davon unberührt.

Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe

Regelmäßig werden etwa 450 Haftplätze durch Ersatzfreiheitsstrafen belegt, weil zu einer Geldstrafe Verurteilte mit der Zahlung überfordert sind. Häufig davon betroffen sind alleinerziehende Mütter in sozialen Notlagen, deren Kinder dann aus ihrem familiären Umfeld gerissen und häufig psychisch beeinträchtigt werden. Eine SPD- Landesregierung wird weiter versuchen, solche Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Sie unterstützt deshalb die Projekte einiger Anlaufstellen für Straffällige zur „Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe“. Dieses Konzept soll flächendeckend ausgeweitet werden.

Anlaufstellen für Straffällige

Die 14 Beratungsstellen der freien Wohlfahrtspflege sind ein fester Bestandteil der Straffälligenhilfe und werden jährlich von rund 5.000 Betroffenen aufgesucht. Sie arbeiten mit den sozialen Diensten der Justiz, den Fachstellen für Sucht und Suchtprävention, der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, kommunalen Fachdiensten, den Agenturen für Arbeit und weiteren staatlichen und freien Einrichtungen gut zusammen. Eine SPD-Landesregierung wird die Arbeit dieser Anlaufstellen absichern und sie aus ihrem unsicheren Projektstatus in eine dauerhafte institutionelle Förderung überführen.

Jugendhilfe im Jugendarrest

Die SPD-geführte Landesregierung hat den Jugendarrest mit einem eigenen Gesetz und besserer Personalausstattung ausgebaut. Neben den Angeboten der ambulanten Maßnahmen eröffnet er weitere Ansatzpunkte im Umgang mit delinquenten jungen Menschen. Nun sollen ambulante sozialpädagogische Angebote für junge Straffällige nach dem Jugendrecht finanziell abgesichert und als pädagogisches Instrument der Jugendhilfe verstärkt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird den Arrest für Schulverweigerung auf seine Sinnhaftigkeit überprüfen. Einerseits sprechen gute Gründe dagegen, nicht straffällige Schulverweigerer zu arrestieren. Andererseits werden gute Erfolge vermeldet, Schulverweigerinnen und -verweigerer im Arrest an das Lernen heranzuführen. Unabhängig von einer Entscheidung für oder gegen den Arrest wird eine SPD-Landesregierung ein integriertes Konzept vorlegen, das den Behörden ermöglicht, Schulverweigerung erfolgreich zu begegnen oder zeitnah auf die Verweigerungshaltung von Jugendlichen zu reagieren.

Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst erhalten.

Eine zukunftsfähige Gestaltung des öffentlichen Dienstes muss die Digitalisierung des Arbeitslebens und die demografische Entwicklung berücksichtigen. Denn die Unterschiede bei der Ausprägung einzelner Berufsbilder sowie bei der Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Beschäftigten und ihrer individuellen Lebensentwürfe – Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen – stellen eine große Herausforderung für die digitale Zukunft dar.

Eine SPD-Landesregierung wird moderne, flexible (Lebens-)Arbeitszeitmodelle entwickeln, die diese Voraussetzungen erfüllen. Berufsfähigkeit soll möglichst lange erhalten bleiben. Aktives Gesundheitsmanagement kann hier wichtige Beiträge leisten. Dem dient auch ein ausdifferenziertes Konzept zum Kompetenzerhalt und zum lebenslangen Lernen.

Der niedersächsische Haushalt ist von hohen Personalausgaben bestimmt. Tatsächlich sind Möglichkeiten eng begrenzt, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes über eine höhere Bezahlung zu steigern. Gleichwohl hat die SPD-geführte Landesregierung Wert darauf gelegt, angemessene tarifliche Vereinbarungen zu erreichen und zumindest eine faire Beteiligung der Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu ermöglichen. Trotzdem muss zur Kenntnis genommen werden, dass der öffentliche Dienst bei einigen besonders gefragten Berufsbildern derzeit kaum wettbewerbsfähig ist. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die Rahmenbedingungen ihrer künftigen Personalpolitik so ausrichten, dass sie flexibler als bisher auf besondere Marktlagen reagieren kann.

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes wird jedoch nicht nur an der Höhe des Einkommens bemessen. Daran wird eine SPD-Landesregierung anknüpfen. Ihr geht es vor allen Dingen darum, die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber im nicht-monetären Bereich weiter zu stärken – zum Beispiel bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen und des Arbeitsplatzes, bei Aus- und Fortbildungsangeboten und Qualifizierungsmaßnahmen.

Gut aufgestellt im Wettbewerb um die besten Köpfe

Nach einem Jahrzehnt des Personalabbaus und der damit verbundenen strukturellen Schwächung des Staatsapparats hat die SPD-geführte Landesregierung wieder in den Nachwuchs investiert. Sie hat sich trotz aller Schwierigkeiten im Wettbewerb um die besten Köpfe gut aufgestellt. Dieser Kurs wird fortgesetzt. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in der Fortbildung dem Studieninstitut in Bad Münder einen zentralen Platz einräumen, um Verwaltungspersonal zukunftsweisend zu qualifizieren. Sie wird die Kooperation mit der Fachhochschule Osnabrück und der kommunalen Hochschule bei der Ausbildung für den ehemaligen gehobenen Dienst ausbauen. In fachspezifischen Bereichen wie der Informationstechnologie (IT) sollen moderne Ausbildungsgänge, so beim Studiengang Verwaltungsinformatik, angeboten werden. Auch die Anstrengungen für aktives Gesundheitsmanagement, für bessere Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit Familie und Pflege und für effektivere Personalentwicklung sollen fortgeführt und intensiviert werden.

Gesunde Kassen für einen aktiven Staat.

Nachdem CDU und FDP in zehn Regierungsjahren den Schuldenstand enorm ausgeweitet haben, konnte die SPD-geführte Landesregierung 2017 erstmals in der Landesgeschichte einen Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung realisieren. Schon für den Haushalt 2016 ist auf eine Kreditaufnahme verzichtet worden – ein Jahr früher als geplant. Auch für die Folgejahre ist in der Mittelfristigen Finanzplanung die „Schwarze Null“ fest verankert.

Haushaltssanierung mit Augenmaß sichert Schuldenbremse

Die „Schwarze Null“ ist keine Effekthascherei, sondern Ergebnis eines ausgewogenen Konsolidierungskurses. Freilich gab es immer Raum für notwendige Investitionen in Bildung, Soziales, Innere Sicherheit und Sanierung der Infrastruktur. Das hat sich besonders während der „Flüchtlingskrise“ bewährt: Trotz günstiger Rahmenbedingungen wäre deren finanzielle und soziale Bewältigung nicht zu meistern gewesen, hätte die SPD-geführte Landesregierung vorschnell auf Deckungsmittel verzichtet.

Nachhaltige Finanzpolitik ist mehr als „Schwarze Null“

Die frühere CDU/FDP-Landesregierung hat Schulden angehäuft und massiv auf Kosten der Substanz gelebt. Belege dafür sind ein Bau-Moratorium oder der riesige Sanierungsstau in Verwaltungen, Hochschulen und Hochschulmedizin. Diese versteckte Verschuldung hatte vielfach unwirtschaftliche Ergebnisse zur Folge. Sie schafft überdies hohe Handlungszwänge und gefährdet letztlich die Einhaltung der Schuldenbremse. Das darf sich nicht wiederholen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat deshalb dafür gesorgt, dass

- wieder neue Baumaßnahmen umgesetzt werden können;
- ein Sondervermögen für dringendste Sanierungsmaßnahmen aufgelegt wurde;
- Bauunterhaltungsmittel für Straßen und Gebäude auch im Bereich der energetischen Sanierung deutlich und dauerhaft verstärkt wurden.

Diesen Kurs wird eine SPD-Landesregierung fortsetzen. Nachhaltige Finanzpolitik ist mehr

als nur eine Schuldenbremse. Sie umfasst auch ausreichende Mittel für Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und damit die Bewahrung des Landesvermögens.

Die Frage nach den Steuersenkungen

In relativ kurzer Zeit haben drei Dinge den Verzicht auf Nettokredite möglich gemacht: stabile Steuereinnahmen, niedrige Zinsen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Damit ist ein seit mehr als 70 Jahren gestecktes Ziel erreicht – ein Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung. Das allerdings hat noch nicht alle Probleme gelöst. Wegen der drückenden Schuldenlast konnten viele wichtige Zukunftsinvestitionen, so für Infrastruktur oder Bildung, nicht ausreichend erfolgen oder mussten ganz unterbleiben. Nun ist die Zeit überfällig. Gleichzeitig aber muss ein enormer Sanierungsstau abgebaut werden. Deshalb sagt die SPD ganz klar: Steuersenkungen müssen gerecht und verkraftbar bleiben. Denn Niedersachsen wird auch in Zukunft nicht in beliebiger Höhe auf Steuereinnahmen verzichten können. Nur so sind wichtige Zukunftsinvestitionen zu leisten.

Steuergerechtigkeit für Normalverdiener

Eine SPD-Landesregierung wird im Bund dafür eintreten, dass die Einkommensteuertarife gerechter gestaltet werden. Steuerliche Erleichterungen müssen tatsächlich bei Normalverdienerinnen und -verdienern ankommen statt Spitzenverdienerinnen und -verdiener zu entlasten. Hierzu bietet sich der Ausgleich durch einen höheren Spitzensteuersatz an.

Durch verstärkten internationalen Datenaustausch und erhöhte Transparenz der Steuerdaten ist die ursprüngliche Begründung für die Abgeltungssteuer überholt. Eine SPD-Landesregierung wird sich aber für eine steuerliche Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit einsetzen.

Darüber hinaus haben Niedersachsen und Hessen gemeinsam im Bundesrat einen Gesetzentwurf für eine verfassungsgemäße Ausgestaltung der Grundsteuer eingebracht. Eine SPD-Landesregierung wird weiter auf eine bundeseinheitliche verfassungsgemäße Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen hinwirken.

Globaler Steuerwettbewerb und internationaler Datenaustausch

Eine als fair und gleichmäßig empfundene Besteuerung ist wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der persönlichen Abgabenpflicht. Sie herzustellen ist eine Daueraufgabe, die – zumal in der globalisierten Weltwirtschaft – immer neue Anforderungen stellt. Die steuerliche Gestaltungsfreiheit, insbesondere bei hohen Kapitalvermögen und Einkommen, darf nicht zu einem Wettbewerb um die besten Modelle von Steuerhinterziehung und Steuerflucht

führen. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, wird eine SPD-Landesregierung Steuerbetrug und Steuerhinterziehung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Wenn nötig, wird sie mit dem weiteren Ankauf von Steuer-CDs dafür sorgen.

Gutes Personal für gerechte Steuerverwaltung

Trotz deutlicher Fortschritte bei der Bekämpfung von Steuer- und Schwarzgeldoasen zeigt sich immer deutlicher, dass die sich neu bzw. zusätzlich ergebenden Steuerstraftatbestände anspruchsvolle Aufgaben mit sich bringen. Die Vorstellung, durch die fortschreitende technische Unterstützung zukünftig weniger Personal für die Steuerverwaltung zu benötigen, droht sich genau ins Gegenteil zu verkehren. Immer komplexere Sachverhalte und mehr internationale Vorschriften – geprägt von einer Steuergestaltungsindustrie – stellen die Steuerverwaltung vor immer neue Herausforderungen.

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat bis 2013 den Personalbestand der Steuerverwaltung um 1.000 Stellen gekürzt. Niedrige Anwärterzahlen haben dazu geführt, dass nicht genügend ausgebildete Kräfte zur Verfügung standen, um ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ersetzen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf einem hohen Niveau stabilisiert und dafür die Steuerakademie deutlich gestärkt. Eine SPD-Landesregierung wird künftig die Unterstützung der Steuerbeamteninnen und -beamten durch Tarifbeschäftigte mit unterschiedlicher Qualifikation verbessern. Nach der erfolgreichen Stärkung der Steuer-Außenprüfung durch rund 100 Stellen in der laufenden Wahlperiode soll in der kommenden Legislaturperiode ein Folgeprogramm starten – mit der jährlich gleichen Aufstockung von 20 Stellen im Bereich der internationalen Besteuerung und des Datenaustauschs. Dabei wird eine SPD-geführte Landesregierung die Steuerverwaltung nahe bei den Menschen und in der Fläche erhalten.

Weil

Nieder- sachsen

einzigartig
ist.



Heimat in Zeiten der Globalisierung.

- 1. Digitalisierung – mit Elan und sozialer Verantwortung.**
- 2. Starke Regionen in einem innovativen Land.**
- 3. Niedersachsen in Europa – Europa für Niedersachsen.**

Digitalisierung – mit Elan und sozialer Verantwortung.

PC, Smartphone und Tablet haben die Welt in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum globalen Dorf gemacht: Alle sind jederzeit erreichbar. Die Möglichkeiten digitaler Kommunikations-, Informations- und Speichertechnologien sind nahezu grenzenlos. Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für die Chancengleichheit, weil sie den Menschen gleichermaßen und unabhängig von ihrem Lebensmittelpunkt Vorteile bietet. Auch in Niedersachsen und seinen ländlichen Räumen können so Standortnachteile kompensiert werden. Die Digitalisierung wird auch Produktionsprozesse revolutionieren und Arbeitsplätze verändern. Hier muss Niedersachsen Anschluss an die weltweite Entwicklung halten.

Doch um solche Chancen zu erschließen, benötigt die neue digitale Welt Regeln und Ausrichtung. Das gilt in der Arbeitswelt genauso wie bei der Bildung, für Lehrerinnen und Lehrer wie für Landwirtinnen und Landwirte, junge Menschen sowie Patientinnen und Patienten, im Rechtsverkehr wie in der öffentlichen Verwaltung. Eine SPD-Landesregierung setzt deshalb in sozialer Verantwortung Rahmenbedingungen für Entwicklung und Umgang mit den neuen Technologien.

Landesweit mindestens 50 Megabit pro Sekunde

Eine SPD-Landesregierung wird die digitale Infrastruktur im Land als eines ihrer Leitprojekte konsequent ausbauen. Technologische Entwicklung und schnelle Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordern höchste Datenübertragungsraten. Aktuell stehen mehr als 1,5 Milliarden Euro an Förder- und Darlehensmitteln zur Verfügung, um Niedersachsen spätestens bis 2020 flächendeckend mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu versorgen. Derzeit ist bereits ein Versorgungsgrad von 75 Prozent erreicht. Die entsprechenden Ausbauvorhaben laufen bereits oder stehen kurz vor dem Start.

Eine SPD-Landesregierung will jedoch Niedersachsen fit machen für die Gigabit-Gesellschaft. Sie setzt daher künftig auf den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser und Bandbreiten von grundsätzlich weit über 100 Mbit/s. Der Investitionsbedarf ist groß, um

Niedersachsen flächendeckend auch in den dünn besiedelten Gebieten entsprechend zu versorgen. Doch Niedersachsen soll bis spätestens 2025 flächendeckend mit Glasfaser versorgt sein. Dafür soll der Bund ein groß angelegtes Förderprogramm auflegen, an dem sich das Land engagiert beteiligen wird.

Ebenfalls wichtig für das Flächenland Niedersachsen ist der Ausbau schneller und sicherer LTE-Netze (Long-Term-Evolution) für die Mobilfunkversorgung. Deshalb fordert eine SPD-Landesregierung vom Bund und von den Mobilfunkanbietern ein Konzept zum Schließen von 4G-Lücken und die Einführung von 5G-Netzen.

Der Zugang zum schnellen Netz überall ist für uns Teil der Daseinsvorsorge – entsprechend fordern wir die Unterstützung des Bundes und der Mobilfunkunternehmen sowie den Wegfall von Beihilfeverboten und Sperrklauseln.

Wirtschaft, Gesundheit und Mitbestimmung

In der Wirtschaft 4.0 werden Grenzen zwischen Privatleben und Beruf durchlässiger. Eine SPD-Landesregierung wird daher den Dialog zwischen Arbeitswelt, Wissenschaft und der Öffentlichkeit anstoßen, um die gesundheitlichen Auswirkungen von veränderten Arbeitsbedingungen zu klären.

Digitalisierung stellt auch neue Anforderungen an die Mitbestimmung. Eine SPD-Landesregierung wird im Rahmen der Initiative „Gute Arbeit für eine digitale Arbeitswelt“ allen Versuchen entgegentreten, Digitalisierung zur einseitigen Flexibilisierung und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen oder einer zunehmenden Fragmentierung von Belegschaften zu nutzen. Chancen und Risiken einer Arbeitswelt 4.0 sollen mit Beteiligung des Landes Gegenstand einer umfassenden Forschung zur „Arbeit der Zukunft“ werden.

Auch auf europäischer Ebene wird eine SPD-Landesregierung den digitalen Binnenmarkt aktiv mitgestalten und dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen sozial gerecht und regional ausgewogen entwickelt werden. Sie fordert eine Agenda der digitalen Arbeit, die Gewicht auf Beschäftigte und deren Rechte legt. Der digitale Fortschritt darf nicht dazu führen, dass sich prekäre Arbeitsformen ausbreiten und damit auch die Sozialversicherungssysteme gefährden.

Gleichzeitig wird es immer notwendiger, Freiheit und Rechte von EU-Bürgerinnen und Bürgern im Netz zu sichern. Die europäische Datenschutzgrundverordnung ist dabei ein wichtiger Baustein. Eine SPD-Landesregierung wird an ihrer Umsetzung und Weiterentwicklung mitwirken und die Wirksamkeit sicherstellen.

Auch spielerisch im Netz – die digitale Schule

Eine SPD-Landesregierung wird die digitale Bildung durch entsprechende Infrastrukturen an den Schulen und weitere digitale Lernkonzepte für alle Schulformen und -stufen fördern. Zum Ausbau der digitalen Bildung soll auch die flächendeckende Einführung von Mikroprozessoren, wie zum Beispiel des altersgerechten Computers „Calliope mini“ an Grundschulen gehören. Kinder können so spielerisch auf die digitale Wirklichkeit der Gesellschaft vorbereitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass auch digitale Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Gefahr im Netz - Internetkompetenz und Medienschutz

Die zunehmende Mediennutzung bei Kindern- und Jugendlichen birgt Gefahren. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb den Jugendmedienschutz vorantreiben und das Konzept „Medienkompetenz in Niedersachsen – Ziellinie 2020“ intensiv weiterverfolgen. Kinder und Jugendliche sollen in Schule, Vereinen und Freizeit lernen, sich vor Gefahren im Internet zu schützen. Hetze und Mobbing in den Sozialen Medien, sollen stärker geahndet werden, damit Kinder und Jugendliche nicht zu wehrlosen Opfern werden. Eine SPD-Landesregierung wird im Dialog mit Anbietern wie Facebook und Twitter darauf dringen, dass rassistische, extremistische und sexistische Inhalte konsequent gelöscht werden.

Allerdings ist Medienkompetenz auch bei älteren Menschen ein aktuelles Thema. In Zeiten von Fake-News und generationenübergreifender Internetnutzung stellt sich die Verbesserung der Medienkompetenz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb mit der Landeszentrale für politische Bildung daran arbeiten, bei allen Menschen eine gute Medienkompetenz zu erreichen.

Eine neue Medienpolitik ist nötig

Eine weitere Herausforderung der Medienpolitik im Zeitalter der Digitalisierung ist die Gestaltung einer Medienordnung, die auf die zunehmende Verschmelzung klassischer Fernsehprogramme mit audiovisuellen Angeboten im Internet reagiert. Eine SPD-Landesregierung will gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern auf diese neuen Nutzungsgewohnheiten eingehen. Über das Medienkonzentrationsrecht wird sie faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen sicherstellen und ein vielfältiges Medienangebot gewährleisten. Dabei wird sie sich besonders für einen zukunftssicheren öffentlich-rechtlichen Rundfunk engagieren. Die Zulassungspflicht für Streaming-Angebote sollen abgeschafft und durch eine Anzeigepflicht ersetzt werden.

Auch die Film- und Medienförderung muss sich an diese Entwicklung anpassen. Eine SPD-Landesregierung wird diese Einrichtungen deshalb zu einer Förderung von audiovisuellen Inhalten unabhängig von der Form ihrer Verbreitung fortentwickeln. Dabei wird sie

auch mit einer auskömmlichen Finanzierung der niedersächsisch-bremischen Förderinstitution „nordmedia“ zu einer guten Entwicklung des Medienstandortes beitragen.

Freiräume für das Studium - digitale Hochschule

Eine SPD-Landesregierung wird neue Professuren für die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft an ausgewählten Hochschulen einrichten, um die digitale Forschung und Ausbildung zu vertiefen. Schon in der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-geführte Landesregierung die Studienqualitätsmittel eingeführt. Davon profitiert besonders die Entwicklung der digitalen Lehre durch onlinebasierte Angebote, neue Lehr- und Lernformen und computerunterstütztes kooperatives Lernen. Das Projekt verbindet Freiräume zur individuellen Studiengestaltung und zum selbstbestimmten Studium mit besserer Vereinbarkeit für Familien und/oder studienbegleitenden Tätigkeiten. Zugleich sollen Hochschulen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Weiterbildungseinrichtungen die berufsbegleitende digitale Fortbildung intensiver unterstützen: zur Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftebedarfs und damit zum Erhalt der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im europäischen Maßstab.

E-health – die elektronische Patientenakte

Die Digitalisierung wird helfen, das Gesundheitssystem effektiver zu machen. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Prozess durch Förderung von Modellprojekten gestalten. Dazu zählt auch eine einheitliche und vernetzte elektronische Patientenakte mit allen relevanten Informationen für die Behandlung der Patientinnen und Patienten.

- Eine einheitliche und vernetzte elektronische Patient_innenakte hält alle relevanten Informationen für die Behandlung der Patientinnen und Patienten verfügbar. Sie steht mit allen ergänzenden Informationen zu Behandlungs- und Therapiealternativen dem Patienten offen und ermöglicht eine koordinierte und somit verbesserte Behandlung mit mehr Transparenz und Selbstbestimmung,
- Die elektronische Vernetzung zwischen Ärztinnen, Ärzten und Apotheken erhöht die Medikationssicherheit für Patientinnen und Patienten und hilft, unerwünschte Wechselwirkungen von Medikamenten auszuschließen.
- Big Data unterstützt die Ärztinnen und Ärzte bei der Diagnostik. Allerdings ist die unkontrollierte Sammlung von Daten zu verhindern. Es muss einen klaren datenschutzrechtlichen Rahmen bei der Nutzung solcher Technologien (z. B. Gesundheitsapps) geben.
- Telemedizin erhält vor allem bei der Vernetzung und Versorgung im ländlichen Raum eine wichtige Rolle.

Smart Government – die vernetzte Verwaltung

Ein intelligent mit Menschen, Systemen und Daten vernetztes Verwaltungshandeln (Smart-Government) bietet für die öffentliche Verwaltung Chancen zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben. Eine SPD-Landesregierung will daher zur Entwicklung und Erprobung solcher Systeme kommunale Partnerschaften von Bürger_innenorganisationen mit Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung fördern. Zur Unterstützung digitaler Transformationsprozesse in Politik, Verwaltung und Gesellschaft wird die Gründung einer „Servicegesellschaft Digitale Transformation in Niedersachsen“ geprüft. Zu ihren Aufgaben sollen die allgemeine Beratung, Koordinierung nachhaltiger digitaler Technologien, Projekte für das städtische Umfeld, Entwicklung einer vernetzten Projektplattform sowie Aufbau einer Projekt- und Wissenstransfer-Akademie gehören.

Bytes und Bits in der Landwirtschaft

Digitalisierung und Vernetzung von Produktionsabläufen in der Landwirtschaft bieten große Potenziale für nachhaltiges Wirtschaften, so für den gezielten Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln oder bei der Nutztierhaltung. Niedersächsische Landtechnikunternehmen stehen dabei mit an der Weltspitze. Sie bieten zukunftsorientierte Arbeitsplätze und verfügen über ein fundiertes technologisches Wissen. Die SPD unterstützt die Einführung digitaler Technologien in der niedersächsischen Landwirtschaft und die Entwicklung branchenweiter Lösungsansätze auf Bundesebene. Sie wird mit dem „Programm für die Entwicklung ländlicher Räume“ (PFEIL) weiter die Innovationskraft der Landwirtschaft auch durch verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft fördern.

E-Justice – der elektronische Rechtsverkehr

Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs [eJusticeGesetz] verpflichtet Justiz und Anwaltschaft bundesweit, außer in Strafsachen spätestens ab 2022 ausschließlich auf elektronischem Weg miteinander zu kommunizieren. Schon ab Januar 2018 müssen die Gerichte grundsätzlich den elektronischen Zugang ermöglichen. Voraussetzung für einen flächendeckenden elektronischen Rechtsverkehr ist die elektronische Gerichtsakte. Eine SPD-Landesregierung wird mit dem elektronischen Justiz-Niedersachsen-Programm (eJuNi) innerhalb von zehn Jahren die Grundlagen für digitale Justizarbeit schaffen. Es soll den Alltag der Gerichte modernisieren, attraktive Arbeitsplätze schaffen und den Service für Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dafür hat sich Niedersachsen mit anderen Bundesländern zum Entwicklungs- und Pflegeverbund „e2“ zusammengeschlossen.

Starke Regionen in einem innovativen Land.

Zu den Stärken Niedersachsens gehört die landschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt seiner Regionen und Städte. Erfolgreiche Regionalpolitik nutzt diese Vielfalt, knüpft an den Besonderheiten jeder Region an, unterstützt deren zukünftige Entwicklung in städtischen Ballungsräume ebenso wie in ländlich geprägten Gebieten – und dort, wo es sinnvoll ist, auch über die Landesgrenze hinaus.

Eine SPD-Landesregierung wird ihre erfolgreiche Politik der regionalisierten Landesentwicklung fortsetzen, um die Zukunftsfähigkeit jeder Teilregion zu sichern. Schon jetzt ist es gelungen, in allen Regionen – neben den Metropolregionen – dafür die Zusammenarbeit vieler Akteure, von Kommunen über die Hochschulen und die Wirtschaft bis zu Vereinen und Verbänden, zu intensivieren.

Ämter für regionale Landesentwicklung stärken

Mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung wurden 2014 leistungsfähige Ansprechpartner geschaffen, um die materielle und immaterielle Unterstützung des Landes für regional entwickelte Projekte zu organisieren. Die Arbeit dieser Ämter erhöht die Chancengleichheit zwischen den Regionen, unterstützt die Entwicklung der Kommunen und verhindert eine weitere Auseinanderentwicklung der Teilregionen.

Die Ämter nehmen Aufgaben mit direkten Auswirkungen auf die Regionalentwicklung wahr, bündeln unterschiedliche politische Fachansätze gezielt zum Vorteil vor Ort, verkürzen Wege und bringen Projekte fachübergreifend voran. In den „Regionalen Handlungsstrategien“ verständigen sich regionale Akteure und Landesregierung auf politische Schwerpunkte einer Region. Im koordinierten Fördermitteleinsatz von EU, Bund und Land werden diese Schwerpunkte bearbeitet – vernetzt und kompetent beraten durch die Ämter für regionale Landesentwicklung. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Weg fortsetzen und weitere regional bedeutsame Aufgaben des Landes auf die Ämter übertragen.

Dabei ist eine aktive Struktur- und Regionalpolitik des Landes in der Fläche auf leistungsfähige kommunale Strukturen angewiesen. Neben inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und einer gezielten Programmförderung bedarf es dabei auch der Bildung hinreichend verwaltungsstarker und gestaltungsfähiger Einheiten. Die SPD-geführte Landesregierung hat diesen Prozess intensiv begleitet. Die Erfolge des Südniedersachsen-Programms zeigen, dass eine Bündelung kommunaler Kräfte mit konzentrierter Unterstützung der Landesebene wichtige Entwicklungsprozesse in Bewegung setzen. Südniedersachsen ist dank Bündelung kommunaler Kräften und mithilfe der Landesebene zu einer eng kooperierenden erfolgreichen Region geworden. Mit der Unterstützung struktur- und finanzschwacher Kommunen, Konsolidierungspartnerschaften sowie Entschuldungs- und Beratungshilfen wird eine SPD-Landesregierung nach diesem Muster allen strukturschwachen Regionen Entwicklungsperspektiven eröffnen. Darüber hinaus wird sie die seit einigen Jahren verstärkt aus lokaler Initiative betriebene Gebietsentwicklung hin zur Schaffung verwaltungsstärkerer kommunaler Einheiten gezielt unterstützen.

Mittelzentren stärken

Eine nachhaltige Stabilisierung der ländlichen Gebiete wird nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger in zumutbarer Entfernung leistungsfähige Mittelzentren finden. Kleine und mittlere Städte bieten Einkaufsmöglichkeiten, Bildung und Kultur, Freizeit- und Sporteinrichtungen, medizinische Versorgung, Dienstleistungen. Von ihrer Attraktivität hängt oft die Zukunftsfähigkeit der umliegenden ländlichen Räume ab. Doch auch die Stabilität der Nachbargemeinden spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklungschancen der Mittelzentren.

Während die kleinen Städte und Gemeinden für die Dorfgemeinschaft und die Versorgung durch „Strukturförderung für den ländlichen Raum“ Investitionshilfen beantragen können, besteht diese Finanzierungsmöglichkeit für Kommunen ab 10.000 Einwohnern nicht. Voraussetzung für die Bewilligung niedersächsischer Städtebauförderung wiederum ist die Bildung spezifischer Schwerpunkte – was nicht immer möglich ist. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb die Mittelzentren gezielt und vordringlich unterstützen. Diese Hilfestellung muss auf jeweilige Probleme wie Lage, Wirtschaftskraft oder Bevölkerungsentwicklung ausgerichtet sein und soll die Lebendigkeit der Städte, die Bindung junger Menschen, die Erreichbarkeit sowie die bauliche Attraktivität stärken.

Die Innovationskraft großer Städte nutzen

Die großen Städte bilden für alle Teilregionen wichtige Oberzentren. Sie besitzen hohe Innovationskraft beispielsweise durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen oder durch ihre Funktion als Verkehrsknoten. Dazu kommen vielfältige kulturelle und wirtschaftliche Angebote. Attraktivität und Ausstrahlung dieser Zentren haben für die Entwicklung

der Regionen des Landes und für das Land selbst besondere Bedeutung. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb auch die Lebensqualität in Ballungszentren – mit bezahlbarem Wohnraum, attraktiven Stadtteilen, Erholungsgebieten – im Blick behalten.

Entwicklungspartnerschaften ausbauen

Mit der gebündelten Unterstützung regionaler Projekte durch die Ämter für regionale Landesentwicklung und Finanzhilfen hat die SPD-geführte Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bestehende Fördermöglichkeiten gezielt ergänzt. Diese Strategie wird weiterverfolgt. Da aber die Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes den Kommunen häufig hohe finanzielle Eigenbeteiligungen abfordern, müssen weitere landeseigene Instrumente etabliert werden. So sollen die erfolgreichen Finanzierungshilfen für Kommunen auf weitere Programme ausgedehnt und angereichert werden. Zugleich wird geprüft, ob sogenannte Entschuldungskommunen umfangreichere Investitionschancen erhalten können.

Eine SPD-Landesregierung wird für strukturschwache Räume gesondert ausgestattete Entwicklungspartnerschaften planen. Sie sollen eine mehrjährige Förderung lokaler und regionaler Strategien ermöglichen, auch wenn sich entsprechende Schwerpunkte in den EU- und Bundesprogrammen nicht abbilden lassen. Die Ämter für regionale Landesentwicklung werden diese Verfahren koordinieren und ggf. nach dem Vorbild des Südniedersachsen-Programms weitere regionale Entwicklungsagenturen einrichten.

Förderprogramme optimal verknüpfen

Die ländlichen Räume Niedersachsens sind in ihrer Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft und Entwicklungsdynamik unterschiedlich ausgeprägt. Es hat sich gezeigt, dass die Politik der regionalisierten Landesentwicklung durch die SPD-geführte Landesregierung greift. Die in den Regionen mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung aufgestellten „Regionalen Handlungsstrategien“ sollen fortgesetzt werden. Ziel einer SPD-Landesregierung es ist, auf der EU-Ebene in der neuen Förderperiode ab 2020 den erfolgreichen gemeinsamen Ansatz einer Verzahnung von Programmen wie ELER, EFRE, ESF voranzutreiben. Dabei wird sie sich gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür einsetzen, dass die bürokratischen Hürden bei Verwaltung, Verwendung und Abrechnung europäischer Fördermittel in der nächsten EU Förderperiode noch weiter abgebaut werden.

Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ intelligent nutzen

Das Förderprogramm für die Entwicklung ländlicher Räume (PFEIL) hat die zukunftsfähige Entwicklung der Strukturen im ländlichen Raum zum Ziel. In der aktuellen Legislaturperiode wurden so die Möglichkeiten der Dorfentwicklung bereits deutlich verbessert. Neben

umfangreicheren Fördermitteln konnte das Spektrum an förderfähigen Maßnahmen ausgeweitet und bedarfsgerechter gestaltet werden. Eine SPD-Landesregierung wird freie Mittel im PFEIL-Programm in die Maßnahme Dorfentwicklung und Basisdienstleistungen überführen. Diese vor Ort gut genutzten Fördermittel tragen zur regionalen Wertschöpfung bei, weil Investitionen meist durch lokale oder regionale Handwerksbetriebe umgesetzt werden. Die Entwicklung von Regionen durch die Strukturförderung im ländlichen Raum stellt einen wichtigen Beitrag zur Gesamtentwicklung des Landes dar. Ihre Bedeutung ist von der SPD-geführten Landesregierung durch eine fast flächendeckende Förderung des Regionalmanagements unterstrichen worden.

Zwar wurde mit der jüngsten Reform der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) eine bessere Verbindung zwischen der EU-Förderung und der GAK hergestellt. Aber bisher ist kein Reformschritt hin zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ gelungen. Daher muss die Weiterentwicklung der GAK, auch vor dem Hintergrund der unsicheren Perspektiven in der nächsten EU-Förderperiode, vorangetrieben werden. Dafür wird sich eine SPD-Landesregierung im Bundesrat stark machen.

Niedersachsen in Europa – Europa für Niedersachsen.

Europäerin oder Europäer in Niedersachsen sein – das heißt, aus der Sicherheit einer regionalen Verankerung die Weltoffenheit wagen. Verwurzelt in Niedersachsen und gleichzeitig fit für ein globalisiertes Leben: leben, lernen und arbeiten in Skandinavien oder am Mittelmeer, in Tallin oder in Amsterdam oder eben in Hannover. Europa soll allen offen stehen, die neugierig sind auf neue Erfahrungen.

Sozialdemokratische Regierungsverantwortung wird die Voraussetzung dafür schaffen, diese Chance allen Niedersächsinnen und Niedersachsen mit auf den Weg zu geben. In der Europäischen Union leben heute 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Demokratie. Für sie stellt sich die Frage, wie eine noch bessere Zukunft von Europa aussehen soll.

Die SPD begrüßt, dass die EU-Kommission einen Prozess zur Entwicklung Europas angestoßen hat. Im Mittelpunkt sollen Gedanken über die größten Herausforderungen und die größten Chancen der nächsten zehn Jahre stehen. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Prozess mitgestalten und die Perspektiven gerade aus niedersächsischer Sicht einbringen. Sie will allen Niedersächsinnen und Niedersachsen eine Plattform bieten, sich daran zu beteiligen.

Die dringendsten politischen Probleme wie zum Beispiel Klima, Migration, Terrorismus, Finanzpolitik, Digitalisierung sind längst nicht mehr national zu lösen. Die SPD bekennt sich auch deshalb zu einem Europa, das nicht nur Binnenmarkt ist, sondern Rechte- und Wertegemeinschaft ist. Eine SPD-Landesregierung wird in Brüssel dafür werben, dass Europa sich frei, fair und solidarisch entwickelt, mit Meinungs- und Pressefreiheit, mit europäischen Grundrechten und Rechtstaatlichkeit, mit guter Arbeit, auskömmlichen und gerechten Löhnen und vergleichbaren Sozialstandards.

Gerechte Finanz- und Steuerpolitik

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass unkontrollierte Finanzmärkte das globale Finanzsystem gefährden und destabilisieren können. Spekulation und Profitgier müssen

gestoppt werden, klare Regeln für die europäischen Finanzmärkte und Banken sind nötig. Alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen müssen besteuert werden. Eine SPD-Landesregierung wird die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer fordern, die die Finanzmarktakteurinnen und -akteure an den Kosten von Krisen beteiligt.

Steuerdumping und Steuerbetrug haben ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Deshalb müssen Steueroasen und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Grundsätzlich gilt: Unternehmen müssen dort Steuern entrichten, wo sie Gewinne erwirtschaften – ebenso wie wohlhabende Bürgerinnen und Bürger, die ihr Vermögen international anlegen. Eine SPD-Landesregierung wird sich weiterhin am internationalen Abgleich von Steuerdaten beteiligen.

Gemeinsam gute Wirtschaftspolitik gestalten

Der Europäische Binnenmarkt ist für die niedersächsische Wirtschaft Chance und Zukunft zugleich. In Niedersachsen sind europaweit bedeutende Unternehmen zu Hause, die vom Export leben. Sie sind auf offene Grenzen und freie Absatzmärkte angewiesen. Um den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu sichern und auszubauen, müssen auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen stimmen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- sich für die Gestaltung eines Europäischen Emissionshandelssystems einsetzen, das energieintensive Unternehmen international wettbewerbsfähig hält und ihnen Planungssicherheit garantiert;
- für notwendige Modernisierung der europäischen Energie-Infrastruktur, die Förderung erneuerbarer Energien und die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie eintreten.
- jeden Zwang zur Privatisierung von kommunalen Aufgaben der öffentlichen Dienstleistung ablehnen.

Faire Globalisierung für alle

Protektionismus gefährdet das deutsche Wirtschaftsmodell ebenso wie Marktabschottung, Dumping und Subventionsmissbrauch. Europa braucht faire Handelsabkommen. Dabei müssen Arbeitnehmer_innenrechte mit fairen sozialen und umweltschonenden Bedingungen verbindlich verankert werden. Die Vorteile von Handelsabkommen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern Europas zu Gute kommen. Von den Vorzügen der Globalisierung sollen die arbeitenden Menschen, nicht nur die Unternehmen, profitieren.

Eine SPD-Landesregierung setzt sich für eine moderne Handelspolitik ein, die nicht nur den freien, sondern auch den nachhaltigen und fairen Handel fördern soll. Mehr als 190 UNO-Mitgliedstaaten haben im September 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Jetzt ist die Staatengemeinschaft aufgefordert, die notwendigen Umsetzungsprozesse zu organisieren. Niedersachsen hat die Umsetzung als erstes Bundesland noch im September 2015 mit der Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien gestartet. Mit diesen Leitlinien werden die Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der Agenda 2030 in der niedersächsischen Entwicklungspolitik fest verankert.

Solidarische europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik

Angesichts der weltweiten Flüchtlingsströme müssen überall in Europa angemessene und vergleichbare Standards bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten gelten. Eine SPD-Landesregierung wird dabei für ein ausgewogenes Konzept zur legalen Einwanderung eintreten – mit gleichen Rechten und Pflichten in allen EU-Mitgliedstaaten. Klare Einwanderungsregeln sollen jenen helfen, die auf ein besseres Leben in Europa hoffen. Gleichzeitig fordert sie wirksame Maßnahmen, um unkontrollierten Zuzug von Migrantinnen und Migranten zu unterbinden. Um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen, wird sie den von der EU eingeschlagenen Weg mit Verzahnung von Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik unterstützen.

Gemeinsam europäische Sicherheit organisieren

Die EU-weite Bedrohung durch Terrorismus erfordert eine verlässliche Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Europa. Eine SPD-Landesregierung unterstützt im Rahmen der Europäischen Sicherheitsagenda ihre engere Zusammenarbeit.

Soziales Europa hat Vorrang

Die Bürgerinnen und Bürger verlangen von Europa soziale Gerechtigkeit und ein ausgewogenes Sozialleistungssystem. Statt allein auf wirtschaftliches Wachstum zu setzen, müssen sozial- und beschäftigungspolitische Aspekte, Chancengleichheit und Teilhabe künftig stärker beachtet werden. Eine SPD-Landesregierung wird für starke soziale Grundrechte eintreten. Sie fordert die Verankerung von sozialen Mindeststandards dort, wo Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berührt sind. Vor allem die Reform der EU-Entsenderrichtlinie wird sie eng begleiten. Soziale Standards müssen nach oben, nicht nach unten angepasst werden.

Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stehen für eine SPD-Landesregierung an erster Stelle: Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und Förderung von Mobilität in ganz Europa, vor allem aber mehr Ausbildungsplätze. Die niedersächsische Wirtschaft

hat dazu erfolgreiche Initiativen gestartet. Eine SPD-Landesregierung wird alle europäischen Nachbarn unterstützen, die ihre nationalen Ausbildungssysteme an das deutsche duale Ausbildungssystem anpassen wollen. Und sie wird die Ausgestaltung der neuen EU-Gleichstellungsrichtlinie aktiv begleiten, denn zu einer sozialen Gemeinschaft gehört auch die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Rechtspopulismus den Boden entziehen

Rechtspopulismus und Nationalismus haben in Europa an Boden gewonnen. Rechtspopulistische Parteien sind sich einig in der Ablehnung der EU, opponieren gegen eine pluralistische Gesellschaft, beziehen Stellung gegen den Islam und plädieren gegen die Gleichberechtigung. Dem Zulauf rechtspopulistischer Parteien ist nur zu begegnen, wenn die liberalen, freiheitlichen demokratischen Kräfte geschlossen dagegen antreten.

Eine SPD-Landesregierung fordert wie die Mehrheit der Niedersachsen die Respektierung der europäischen Grundwerte: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Sie wird mit der Europäischen Union jeder Form des Nationalismus entschlossen entgegentreten. Populistinnen und Populisten ist nur der Boden zu entziehen, wenn gemeinsam die Ursachen für rechtspopulistische Tendenzen bekämpft, die soziale Spaltung der Gesellschaft überwunden und die Globalisierung gerecht gestaltet wird.

Europäische Identität herausbilden

Eine SPD-Landesregierung trägt die Ansätze der neu entstandenen „PULS OF EUROPE“-Bewegung. Sie wird die Arbeit des Europäischen Informationszentrum (EIZ) des Landes Niedersachsen weiterführen und stärken. Sie wird die erfolgreichen Europaschulen weiter stärken und weitere Schulen für diese Arbeit gewinnen. Sie wird die europäischen Austauschprogramme aktiv fördern und die Partnerschaften des Landes Niedersachsen weiterentwickeln. Das Land Niedersachsen wird deshalb unter einer SPD-Landesregierung wieder der Versammlung der Regionen Europas (VRE) beitreten.

Gut vernetzt mit den Nachbarn

Grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten wie die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Niederlanden in der EUREGIO haben Wohlstand gebracht. Niedersachsen ist seit Jahren mit zahlreichen Regionen in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft, aber auch weltweit partnerschaftlich verbunden und international gut vernetzt. Niedersachsen stellt sich der internationalen Verantwortung, gestaltet die Rahmenbedingungen mit und fördert insbesondere ökonomische, ökologische und bildungspolitische Projekte in den Partnerregionen.

Wir sind Europa

Europa muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Ganz klar dabei ist: Ein Zurück zum Nationalstaat ist keine Alternative, sondern würde in der globalisierten Welt und ihren veränderten wirtschaftlichen Gewichten nur den Verlust von Souveränität bedeuten. Eine SPD-Landesregierung will den europäischen Reformprozess mitgestalten. Es gilt, das Richtige besser zu machen. Denn nicht DIE in Brüssel sind Europa, sondern WIR sind Europa!



Mit Zuversicht in eine gute Zukunft.

Viele Menschen sind besorgt über die drohende globale Klimakatastrophe, die Kriege vor der europäischen Haustür, den Hunger und die Armut in der Welt, die Flüchtlingsströme und den Terrorismus. Umso wichtiger ist es, dass sich die Bürgerinnen und Bürger um ihre engere Heimat, um Niedersachsen, keine Sorgen machen müssen: Das Land hat sich gerade in den vergangenen fünf Jahren positiv entwickelt.

In Niedersachsen können alle Menschen mit Zuversicht in eine gute Zukunft schauen. Tatsächlich tun das auch die meisten. Doch Vertrauen und Optimismus stellen sich nicht von selbst ein. Sie sind vor allem das Ergebnis von gemeinsamer Arbeit – für ein gutes Miteinander, für Sicherheit, für Fortschritt und Zukunft. In Kommunen und Regionen, in Unternehmen und Verwaltungen, in Schulen und in der Landwirtschaft haben Menschen ihr Bestes gegeben. Auch im hannoverschen Landtag, im Landeskabinett und in den Ministerien der SPD-geführten Landesregierung wurde viel geleistet.

Mit ihrer Politik hat die rot-grüne Koalition in den vergangenen fünf Jahren seit 2013 wesentlich dazu beigetragen, dass es Niedersachsen und seinen Menschen gut geht. Sie hat in den Betrieben wie in den Regionen Initiativen für Innovationen und Arbeitsplätze vorangebracht. Sie hat Straßen, Schienen und das Breitbandnetz weiter ausgebaut. Sie hat Niedersachsen sicherer und ökologischer gemacht, die Bildung verbessert, sozial- und gesundheitspolitische Maßstäbe gesetzt. Die SPD wird in diesem ehrgeizigen Arbeitsprogramm nicht nachlassen. Im Gegenteil: Auf dieser Grundlage will sie die Politik auch den nächsten fünf Jahren aufbauen und sich an den neuerlichen Herausforderungen für Land und Menschen orientieren.

Ihre landespolitischen Ziele und Leitprojekte hat die SPD im Wertekanon von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Regierungsprogramm 2017 – 2022 zusammengefasst.

DIE SPD SCHAFT CHANCENGLEICHHEIT DURCH BILDUNG

Die Arbeit zur Verbesserung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen muss fortgesetzt werden – in Familie und Schule, in der außerschulischen und frühkindlichen Bildung, in der Berufs- und Hochschulausbildung. Die stufenweise Einführung gebührenfreier Bildungswege ist dabei ein zentraler SPD-Baustein. Alle Bildungseinrichtungen sollen die besten Chancen zum Start in den Beruf und ein selbstbestimmtes Leben bieten. Dazu zählen wichtige Handlungsfelder wie bessere Familienbetreuung, guter Kinderschutz, emanzipierende Jugendarbeit und lebenslanges Lernen.

DIE SPD HAT MODERNE ANTWORTEN AUF DIE GLOBALISIERUNG

Eine aktive Wirtschaftspolitik wird Industrie, Handwerk und Landwirtschaft weiter für die Herausforderungen der Globalisierung fit machen – für die Digitalisierung, die Breitbandtechnik und die Industrie 4.0. Nur so können Arbeitsplätze erhalten und neue Beschäftigung mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dabei soll die Modernisierung der Gesellschaft nicht zu Lasten der einzelnen Menschen gehen. Ein modernes Niedersachsen braucht außerdem mobile Menschen, schnelle Verkehrswege und eine sichere Versorgung vor allem mit erneuerbaren Energien, um in Deutschland weiterhin Energieland Nr. 1 zu bleiben.

DIE SPD SCHÜTZT DIE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen müssen sicher und geschützt leben können: Dafür steht die SPD. Sie hat die Polizei auf den höchsten Personalstand gebracht und den Verfassungsschutz gestärkt. Sie wird die Ausrüstung der Sicherheitsbehörden weiter modernisieren. Sie wird die Kriminalität und den politischen bzw. islamistischen Extremismus auch weiter erfolgreich mit modernen Konzepten bekämpfen. Eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz wird dafür sorgen, dass die Menschen ihr gutes Recht bekommen und Straftaten so zügig wie möglich abgeurteilt werden.

DIE SPD STECKT DEN RAHMEN FÜR SOLIDARITÄT

In einem sozialen Niedersachsen leben alle Menschen gemeinsam und gleichberechtigt miteinander. Dafür steht die SPD ein. Sie wird für bezahlbaren Wohnraum sorgen, für gute Pflege in Heimen und in den Familien, für eine bessere Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, gerade in ländlichen Regionen, und für eine flächendeckende Krankenhaus-Struktur. Die SPD wird gegen die Benachteiligungen einzelner Gruppen energisch vorgehen. Das Gleichstellungsgesetz und die Initiativen zur Inklusion in Schule und Gesellschaft sind dafür zwei wichtige Beispiele. Als große zukünftige Aufgabe steht allerdings auch weiter die Integration von Menschen auf der Tagesordnung, die hier vor Verfolgung und Kriegen Zuflucht gefunden haben. Diese Aufgabe will die SPD gemeinsam mit den Kommunen und den zahlreichen Ehrenamtlichen lösen.

DIE SPD STÄRKT DIE KRAFT DER REGIONEN

Die SPD ist stolz auf die landschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt der niedersächsischen Heimat – ebenso wie auf die Modernisierungskraft der Regionen und Kommunen. Diese regionalen Stärken bringen das ganze Land voran und helfen, künftigen Herausforderungen in Europa und der globalisierten Welt standzuhalten. Deshalb hat die SPD die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der regionalen Landesentwicklung stark gefördert und wird dies auch weiter tun. Das Regierungsprogramm der SPD ist ein Wegweiser in eine gute Zukunft des Landes Niedersachsen. Die Wählerinnen und Wähler haben nun zu entscheiden, ob sie diesen Weg für weitere fünf Jahre gemeinsam mit der SPD gehen wollen und ob die Ziele und Konzepte des Programms ihre Zustimmung finden.

Die SPD bittet die Wählerinnen und Wähler, bei den Landtagswahlen am 15. Oktober 2017 mit beiden Stimmen SPD zu wählen: damit eine starke SPD mit Ministerpräsident Stephan Weil an der Spitze weiter Niedersachsens Zukunft gestalten kann.



Herausgeber:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Niedersachsen

Landesgeschäftsführer Georg Brockmeyer

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Telefon: 0511 1674 212

E-Mail: niedersachsen@spd.de

Fotos: SPD Niedersachsen, unsplash, iStock



Fragen/Wünsche/Anregungen bitte an:

NIEDERSACHSEN@SPD.DE

Übrigens: Die Landtagswahlen in Niedersachsen
finden am **15. Oktober 2017** statt!